

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboptionspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13688.

Inserate kosten die 7gelpalte Seite oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatvorwandschrift 30 Pf., Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer freilich 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Im Budgetkommission des Reichstags kam es heute zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Regierung und der Linken, die die Einführung einer Frist im Eisenbahngesetz fordert.

Im Ruhrrevier ist Schnelljustiz gegen Streikländer etabliert worden, die furchtbare Urteile fällt. Der Bergarbeiterverband sandte eine Beschwerde an den Justizminister.

Graf Khuen ist mit der Neubildung des ungarischen Kabinetts beauftragt worden.

Bei Paris stahl eine Räuberbande ein Automobil, drang in Chantilly in eine Bank ein, töte zwei Angestellte und verwundete viele Personen und stahl eine große Geldsumme.

Schnelljustiz.

Leipzig, 26. März.
Im Ruhrrevier tut die Justiz des Klassenstaats ihre Arbeit an den unterlegenen Bergarbeitern. Das Kaiserwort: Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert! ist wieder einmal die Devise der unabkömmligen Richter. Urteile werden gefällt, bei denen dem Arbeiter das Blut siebenhertz zum Herzen strömt. Er muß mühselig all seinen Verstand zusammennehmen, um zu begreifen, daß diese Urteile, die ihm auf den ersten Anblick wie Rachetaten des Grubenkapitals erscheinen wollen, von Richtern verhängt werden, die nach ihrer festen Überzeugung unparteiisch Recht sprechen. Er muß sich erst den gewaltigen Einfluß der Erziehung, des Umgangs, der Weltanschauung, der ganzen Umwelt vergegenwärtigen, muß erst bei sich feststellen, daß die Richter samt und sonders der besitzenden Klasse entstammen, daß ihre Interessen mit denen dieser Klasse manigfach verbreitet sind, muß den Einfluß der Erregung, die bei großen Streiks unter den Beständigen ausbricht und die durch die verlogenen Berichte der meisten bürgerlichen Blätter stetig genährt und verstärkt wird, auf die Richter ermessen, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß nicht der einzelne, in gutem Glauben urteilende Richter, sondern die Institution, die Klassenjustiz anzuladen ist. Wodurch die Sache für die Arbeiterklasse freilich nicht besser wird.

An solche Perioden plötzlicher Verschärfung der Klassenjustiz nach großen wirtschaftlichen Kämpfen, die ja stets mehr oder minder von Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern begleitet werden, sind wir freilich längst gewöhnt. Sie überraschen nicht mehr. Was aber den Taten der Justiz gegen die Streikländer im Ruhrrevier eine be-

sondere Note gibt, das sind einige Begleitumstände sehr gravierender Art. Bürgerliche Blätter und Korrespondenzen melden, daß in Bochum und Dortmund an den Landgerichten besondere Strafkammern für die Streikvergehen gebildet worden seien. Wir wissen nicht, ob das stimmt. Trifft die Meldung zu, so ist unsres Erachtens die gesetzliche Bestimmung, daß niemand seinem geschätzlichen Richter entzogen werden darf, verletzt. Das Gerichtsverfassungsgesetz schreibt vor, daß vor Beginn des Geschäftsjahrs auf die Dauer desselben die Geschäfte unter die Kammer derselben Art verteilt werden müssen. Diese Vorschrift kann im Laufe des Geschäftsjahrs nur geändert werden, wenn dies infolge eingetretener Überlastung einer Kammer oder infolge Wechsels oder dauernder Verhinderung einzelner Mitglieder des Gerichts erforderlich wird. Die Bildung einer Kammer für Streikfachen ist also nicht zulässig. Wenn sie geschehen ist, so ist das ein Verstoß gegen das Gerichtsverfassungsgesetz und eine Maßregel, die bedenklich der Bildung eines Ausnahmegerichts ähnlich sieht. Bestärkt sich die Meldung der erwähnten Nachrichtenquellen, so hätte der Reichstag sofort die Regierung wegen dieser ungesehlichen Praxis zu stellen.

Ein andres sehr bedenkliches Moment des Verfahrens gegen die Streikländer des Ruhrreviers ist eine ganz außerordentliche Beschleunigung des Verfahrens. Es scheint fast, als wollte die Justiz das beschleunigte Verfahren, das in dem nicht erledigten Entwurf einer neuen Strafsprozeßordnung enthalten war, durch die Praxis einführen. Schnelle Justiz ist gewiß erwünscht, auch im Interesse der Angeklagten — wenn ihr genügende Zeit zur Vorbereitung seiner Teilnahme an dem Prozeß gewährt wird. Anders steht die Sache aus, wenn so verfahren wird, wie jetzt im Ruhrrevier. Von dort wird berichtet:

Die Streikländer werden fast ausnahmslos verhaftet. Die Verhängung der Untersuchungshaft mangels eines besseren Grundes wird gestützt mit der Arbeitslosigkeit der Angeklagten. Die Leute werden also auf eine Stufe gestellt mit den Heimatlosen und Landstreichern im Sinne des § 112 Ziffer 2 des Strafprozeßordnung. Ein weiteres charakteristisches Merkmal für das beispiellose Vorgehen gegen die Streikländer ist die auf Veranlassung von oben im ganzen Streitgebiet generell durchgeföhrte Verhöhung der Erklärvorlesung auf die Anklageschrift auf 24 Stunden. Dazu kommt die gleichfalls auf höhere Veranlassung sämtlichen inhaftierten Streikländern zur Unterschrift unterbreitete Erklärung, inhaltlich der sie auf die einwöchige Frist verzichten, die zwischen der Ladung und der Hauptverhandlung liegen muß. In den allermeisten Fällen unterzeichneten die Angeklagten die Erklärung, ohne zu wissen, was sie damit tun. Wie diese Verzichtserklärung ausgenutzt wird, dafür für viele nur zwei Beispiele.

Ein am Freitag vor der 2. Strafkammer des Bochumer Landgerichts zur Aburteilung gekommener junger Arbeiter erklärte in der Verhandlung, daß ihm erst vorgestern (also am Mittwoch) die Anklageschrift bzw. die Ladung zur Hauptverhandlung angezeigt worden, so daß er außer Stande gewesen, in der kurzen Zeit Entlastungszeugen laden zu lassen!

In einem andern, am gleichen Tage verhandelten Falle waren die vom Angeklagten beantragten Zeugen erst am Abend vor der Verhandlung telegraphisch geladen worden, welchem Umstand die Frau des in Untersuchungshaft gestellten Angeklagten es verdankte, daß sie überhaupt von dem Statthalter der Verhandlung erfuhr und nur so noch in der Lage war, im letzten Augenblick einen Rechtsanwalt zu bestellen.

Neuerdings scheint das Verfahren noch kürzer gehandhabt zu werden. Einem Untersuchungsfangen wurde ein Revers unterbreitet, inhaltlich dessen er auf die Einhaltung sämtlicher in Frage kommenden Fristen verzichtete. Auch dieser Unglückliche hat die Unterschrift offenbar in völliger Unkenntnis geleistet.

Dieses summarische Verfahren ist derart, daß uns die parlamentarischen Ausdrücke für seine Kennzeichnung fehlen. Es trägt seine Früchte. Die Urteile, die gefällt werden, übertreffen an Härte so ziemlich alles, was wir bisher gewohnt waren. So wird berichtet:

Zwei jugendliche Arbeiter aus Idern besuchten ihren Onkel in Berne. Sie trafen ihn vor dem Hause an. kaum hatten sie ihn begrüßt, als sie auch schon für verhaftet erklärt wurden. Der als Zeuge vernommene Schuhmann wußte nichts anderes zu befürden als folgendes: „Ich sah die Leute an der Haustür, an der Seite stehen und ritt auf sie zu. Ich fragte: Na, was habt ihr denn da zu stehen, worauf ich zur Antwort erhielt: Wir wohnen hier. Ich sagte dann: Na, dann kommt mal mit, und brachte sie beide zur Wache.“ — Auf die Frage des Richters, ob der Zeuge verhaftet habe, festzustellen, ob die Angabe der Leute zutrete, antwortete der Zeuge mit Nein. Und das Urteil? Der eine Angeklagte erhielt zwei Wochen, der andre 10 Tage Haft.

Eine Frau, die „Streikbrecher“ gerufen hatte, wodurch zwei Arbeitswillige sich beleidigt fühlten, wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt!

Das Schöffengericht Cottrop, das am Sonnabend 18 Zeute wegen der Worte „Pui“ oder „Streikbrecher“ zu ein bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt hatte, scheint also für die Aburteilung tonangebend werden zu sollen.

Am Mittwoch ist ein junger Pole von der Bochumer Strafkammer an drei Monaten Gefängnis verurteilt worden nur auf das Zeugnis eines einzigen Kriminalschuhmans hin, während für die Tat, deren er bestraft war, etwa 10 Zeugen in Frage kamen, aber kein einziger geladen war. Der Angeklagte, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, wußte anscheinend nicht einmal, daß er die Ladung von Zeugen beantragen könne. Denn obwohl er unter Tränen beteuerte, daß er nicht gelogen: „Werft mit Steinen“, sondern: „Werft nicht mit Steinen“, stellte er keinerlei Beweiscontra vor, verzichtete sogar auf Befragung des Vorlesenden auf das Recht der Revision. Vielleicht hat er sich dazu auch durch den Antrag des Staatsanwalts bestimmen lassen, der 9 Monate Gefängnis beantragt hatte!

Der Bergarbeiterverband hat eine Beschwerde gegen das Schnellverfahren an den Justizminister gerichtet. Unsres Erachtens müßten in den Parlamenten sofort Interpellationen eingebracht werden!

Feuilleton.

Die Kinder des Zorns.

Eine Geistesgeschichte von Peppe Natale.

Autorisierte Übersetzung von Erich Holm.

[Nachdruck verboten.]

Der tolle Küster.

Der Herbst kam. Die Wolfssenken trieben über den grauen Stoppelfeldern, auf deren Boden noch die Linien, die die Zinken der Egge gezogen, sichtbar waren. Den ganzen Tag hingen gelbe Tropfen den alten Strohdächern unter der Nase, und den Hirtenjungen sprudelte draußen auf den Wiesen, wo sie noch vor einem Monat bei den Nestern der wilden Biene geschwelt hatten, das Wasser zwischen den Zehen hinauf. Die Späne zogen sich krampf an den vielen Hoserschobbern auf den Vorplänen der Höse, die in ihren glatten Strohstieln mit den niederrhängenden Ziegelsteinen Wämzen über strohenden Bäcklein, besetzt mit einer dichten Reihe von Knöpfen, glichen. Der Pelz der Schafe wurde Tag für Tag grauer von der vielen Nässe. Das Jungvieh scheute die in dem Herbststauen morsch gewordenen Hansstrübe entzwey, und niemand kümmerte sich mehr drum, die Enden wieder zusammenzufügen.

Die Zeit der Weidefreiheit war für das Vieh gekommen, da der Regen alle Grenzmarken verwischt, wie zu Noahs Tagen, die Zeit, da der Schar der schädigen Kinder und der Schafe die Halften abgenommen wird, daß sie auf freien Klauen über die unbegrenzten Triften schreiten und ihre breiten Mäuler sich einwühlen können, wo es ihnen gelüstet.

Da bekommt auch das Leben des Hirten einen freieren Schwung. Seine schwächtigen Schultern drückt nicht mehr die schweren Lüderkeule, die bis zum nächsten Jahr hinter dem Sparrendbaum im Holzschuppen verwahrt wird. Seine Welt

muß nicht mehr auf die paar Nasenfalte zwischen Noggen und Kartoffeln eingeengt bleiben, seine abgehärteten kleinen Füße tragen ihn vielmehr bis in ferne Sprengel, das verlaufene Vieh zu suchen. Da ist er nicht mehr unter der peinlichen Aussicht von bösen Augen, die hinter Schlafzimmerschlüfern hervorlugen, sondern trifft ältere Kameraden und erfahrene Kollegen, die heimlich einen Pfeim laufen und frisch und offen schlechten Tabak rauchen. Sein Auge blüht lebend, der leimende Eigenwillen verrät sich, und wenn er heimkehrt und der Hausvater wie gewöhnlich brummt und querösfig ist, so mault er nicht selten.

Eines regnerischen Herbsttags kommt durch die Allee von gestauchten Weidenbäumen, die seitab von der Landstraße zum Pfarrhof von Huarre führt, ein Mann gespaziert. Er trägt einen bläulich verschossenen Friesrock mit langen Schößen, auf dem Kopf hat er einen schäbigen, baufülligen Filzhut aus des hochgeliegen Friedhof VII. Zeiten auf. Er redet im Gehen mit sich selber, als wollte er sich zu etwas überreden. Manchmal bleibt er plötzlich stehen, stützt sich schwer auf seinen Stock und schaut zu den gestuften Bäumen auf: „Ja! so ist's. Ein Querbiech von rechts nach links! So haben sie auch bei dem alten Schullehrer Sörensen gemacht!“ — Er geht unter neuerlichem Kopfschütteln weiter. Unten am Ende der Allee gelangt er zu der von Kletten und Ampfer umwachsenen Pfarrhofsmauer. Mitten an ihrer hölzernen Längswand gähnt ein niederes Tor. „Willkommen! — steht in gelben Buchstaben über dem geschwärzten Querbalzen.

Hier geht Sörensen hinein. Zwei Eingänge führen ins Vorhaus. Der eine hinter dem Brunnen mit der rostigen eisernen Pumpe ist für Dienstleute, Bettler und andres einfaches Volk; ein zweiter mit zwei geriefelten Mühlsteinhälften an der Tür — für die Honoratioren und „besseren Leute“; jene Worte über der Einfahrt gelten ausschließlich diesen letzteren.

In seinen guten Tagen hatte Sörensen es als etwas Selbstverständliches betrachtet, zum Pastor die Haupttreppen hinaufzugehen; heute nimmt er den Bettlerweg durch das Waschhaus,

Nun steht er hinter dem großen Gossenstein und dreht seinen merkwürdig alten, fuchtroten Hut in der Hand.

Eine streng dreinschauende Dame mittleren Alters mit ergrauten Schmacflöcken und hervorgequollenen, eisengrauen Augen, wie taube Rägen sie haben, erscheint zwischen den Türposten der Speiseflamme mit einem großen Brotmesser in der Hand. Der alte Küster macht seine Reverenz:

„Sie erinnern sich wohl nicht mehr des vormaligen Schullehrers Jakob Christian Sörensen?“

„Ja freilich!“ Die Frau mißt ihn langsam von oben bis unten mit ihrem Blick.

Ja, er bitte recht sehr um Entschuldigung, aber er hätte so gern den Herrn Pastor geprochen.

Das sei wirklich sehr fatal, denn ihr Mann lasse sich am Samstag außerordentlich ungern stören. Aber sie wolle nachsehen, ob seine Studien eine Unterbrechung zuließen.

„Sie können hineingehen,“ sagte Frau Selig, als sie wieder zurückkehrte, warf aber zugleich einen vernichtenden Blick auf seine großen Holzschuhe.

Sörensen verstand, was der Blick sagen wollte und streifte sie eilig vor der Tür ab.

Als diese hinter ihm ins Schloß fiel, rief die Frau:

„Bolette, stell das elende Schuhzeug auf die Vortreppe heraus; man spürt ordentlich den Brannweingeruch, der davon aufsteigt.“

Sörensen ging mit schlürfendem Schritt durch eine fluchtartige Stuben mit geschnörkelten Sofas und alten Familienbildern. Die Bretter der Diele hallten dumpf unter seiner alten gedrückten Perse.

„Na, was wollen Sie von mir, Herr Sörensen?“ fragte der Geistliche, ehe der alte Küster noch recht über die Schwelle des Studierzimmers getreten war.

„O, ich wollte Sie, Herr Pastor, recht sehr bitten, daß Sie dieses Gespräch hier beantworten mögten. Es handelt sich um — eine kleine Unterstützung. Es läßt sich so schwer auskommen! Man ist alt geworden, Herr Pastor. Ja, wahrschäsig, das ist man geworden.“

7. Verbandsstag des Verbandes Deutscher Gastwirtsgehilfen.

In den Tagen vom 10. bis 23. März hielt in Nürnberg der Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen seinen siebtenen Verbandsstag ab. Die Entwicklung des Verbandes seit seinem Beschluss ist folgend: er zählte an Mitgliedern am 1. Januar 1868 915, 1900 1837, 1902 1773, 1904 2707, 1906 3008, 1908 6702, 1910 9572, 1912 13018 (männliche 12 086, weibliche 932). Die Auflage des Gastwirtsgehilfen betrug am 1. Januar 1800. Neben diesem Fachorgan erscheint aller 14 Tage in einer Auflage bis zu 8000 die in drei Sprachen gebrachte *Neue Internationale*. Die Gesamteinnahmen des Verbandes in den Jahren 1910/11 betrugen 500 480,44 M., die Kassenbestände der Hauptkasse, des Generalsunds und der Verwaltungskassen standen am 1. Januar 1912 auf 171 978,67 M. Der Verband verausgabte in den Jahren 1910/11 für Unterstützungsdienstleistungen: an Krankenunterstützung 70 000,52 M., Reiseunterstützung 2704,90 M., Sterbegeld 6204,05 M., sonstige Unterstützung 10 565,15 M., Streik- und Gewahrsagereglementunterstützung 42 980,45 M., Darschen 8501,65 M., Rechtschulung 9418,50 M. Das gesamte Verbandsvermögen steigerte sich in den genannten Jahren um 38 000,87 M. Während der gleichen Zeit stieg die Mitgliederzahl um 4345. Um jedoch den Verband in das Verhältnis zu seinem riesigen Arbeitsfeld zu stellen, sei darauf hingewiesen, dass 1907 im Gastwirtschaftsgewerbe 808 008 beschäftigte Personen waren, abgängig der Arbeitslosen. Der geschätzte Vorstandsbereich steht aber mit Genugtuung ein steiles Siegel des Klassenbewusstseins und des Organisationsgedankens fest, ungewollt gefördert durch die ruinösen Folgen der sogenannten Steuer- und Polizeipolitik des Reiches und der Bürgerlichen.

Die große "Finanzreform" wählte einen erheblichen Teil der 500 Millionen neuer Steuern dem Gastwirtschaftsgewerbe auf und verschlechterte die Einkommensverhältnisse der Gastwirtsgehilfen bedeutend. Denn diese Abwälzung geschah mit einer im Gastwirtschaftsgewerbe nur geringen Eintrittsstufe und die Angestellten waren die wirklichen Leidtragenden bei der Finanzreform, da die erhöhten Preise das Publikum zu einer starken Einschränkung aller Nebenausgaben, besonders der Erntefelder, veranlassten, aus denen die Existenz großer Scharen gastronomischer Angestellter noch fast ausschließlich beruht. Das alles hat nicht wenig zur Auflösung der Angestellten über die Notwendigkeit seiner Löhne beigetragen, und die Folge war zu guter Letzt die verhältnismäßig starke Mitgliederzunahme und eine im Geschäftsbereich ebenfalls geschätzte starke Zunahme der Lohnbewegungen. Besonders das Jahr 1911 hat für den Verband eine so hohe Zahl wohlvorbereiter und gut durchgesetzter Lohnbewegungen wie noch kein Jahr zuvor gebracht. Und nicht nur die auf Erntefelder angewiesenen, auch die mit kleinen Löhnen arbeitenden Angestellten, wie Köche, Hilfspersonal usw. werden immer mehr in die gewerkschaftlichen Kämpfe hineingetrieben, weil auch ihnen durch die endlose Steuerdrucke der Regierung und die dadurch bewirkte fabelhafte Lebensmittelverteuerung die Existenz mehr und mehr herabgedrückt wird.

Die Verhandlungen leiteten Billmann-Hamburg und Baumann-Berlin. Es sind außer dem Hauptvorstand 88 Delegierte, ferner Vertretungen der Bruderverbände aus Holland, Dänemark, Schweiz, Böhmen, des Deutschen Stewardvereins und der Generalkommission anwesend. Vor Eintritt in die Tagessitzung werden einstimmig den streikenden Bergarbeitern 2000 M. aus der Verbandskasse bewilligt, dann, nach den üblichen Bezugshungen, ergänzt Baumann-Berlin den gedruckten Geschäftsbericht, aus dem wir das wesentliche bereits brachten. Baumeister hat seit dem Eintritt des Verbandsvorstandes Pauschalisch in das Partikularabkommen provisorisch die Verbandsgeschäfte geführt. Das sehr eingehende Referat B.s enthielt zum großen Teile eine Darlegung der geschäftlichen und organisatorischen Arbeiten des Verbandes, die an Umfang beständig steigen. Als ein erstes Hindernis der Organisation erwiesen sich die gelben Vereine, die einen großen Prozentsatz, besonders der Köche in sich vereinen. Bei der Organisation der Kellnerinnen macht sich bemerkbar ein sogenannter "christlicher" Verband, der aber für den wirtschaftlichen Kampf nicht in Betracht kommt. Gegenwärtig zählt der Verband an weiblichen Mitgliedern etwa 1000. Mit dem Steward-Verein hat der Verband Verbindungen angelässt, die hoffentlich auf die Dauer zum festen Anschluss auch der jüngeren Kollegen führen. Der bedeutendste Punkt der Tätigkeit des Verbandes waren die Streiks und Lohnbewegungen, die jedoch in einem besonderen Referat behandelt werden. Soviel bemerkbar jedoch der Referent, dass in den wichtigen Gewerkschaftsbüros heute die Verhältnisse der örtlichen Situation entsprechend durch Tarifverträge geregelt sind, so dass sie als vorbildlich gelten können. Die einzelnen Pionieren sind zwar noch erhebliche Differenzen, aber der Vorstand ist an der Arbeit, auch dort überall eine Einigung zu treffen. Ein eindrückliches Verbandskapitel ist der Arbeitmarkt mit seiner Arbeitslosigkeit. Die im Gewerbe herrschende Arbeitslosigkeit ist laut Statistik in den letzten 17 Jahren, und obwohl das Arbeitsfeld sich verdoppelt hat, um das fünfzehn gestiegen. Der Referent belegte zahlenmäßig, dass sie zehnmal höher ist als in allen anderen Berufen. Trotz der nachweislichen Gewinnsteigerung im Brauerei- und Wirtschaftsgewerbe ist die Lage des Arbeitsmarktes für die

Angestellten verschlechtert. Die von den Wirtchen so bejammerten neuen Steuern haben den Großen noch Vorteile gebracht, nur die kleinen Wirtchen und die Angestellten bezahlen die Rezepte. Im übrigen vollzieht sich im Gastwirtschaftsgewerbe ganz rapid die Entwicklung zum Großbetrieb, es gibt heute Gesellschaften und Betriebe mit bis zu 1000 Angestellten. Diese Entwicklung braucht man jedoch in Hinsicht auf das Arbeiten des Verbandes, so auf die Möglichkeit corporativer Arbeitsabschlüsse, nicht zu belägen, wenn damit nur gleichen Schritt die Stärkung der Angestelltenorganisation hält. Der Referent ging zum Schluss noch auf die Arbeitssicherheit ein, verschiedene Seiten der Sozialgesetzgebung und die internationales Verbindungen ein, doch wird der Kongress diese Fragen ebenfalls in besonderen Referaten behandeln.

Aus dem darauffolgenden Bericht des Kassierers Strehlinger brachten wir bereits die wichtigsten Zahlen. In der Diskussion wurden zunächst circa 20 zum Neuenheitsbericht gestellte Anträge begründet, die fast alle darauf hinzuwiesen, die Agitation unter den einzelnen Branchen des Gastwirtschaftsgewerbes zu spezialisieren und mit noch größerer Energie zu betreiben. Man wünscht für die Agitation unter dem Kellnerpersonal, namentlich den Köchen, einen Hauptvorstandsvorlesungen freigesetzt, ferner eine zielbewusste Agitation unter den Cafés angesetzt, den Handelsketten, Kupferwerken und dem weiblichen Personal zu entfalten. Es wird gebrauchtes Material zur Verstärkung der gegnerischen Verbände und Vereine gesordert, wobei man als besonders bekämpfenswert den dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Reichsverband deutscher Kellner-Volksvereine, Sitz Hannover, nennt. Und einigen Begriffen wird die Neuauflistung von Gauleitern bzw. Bezirksleitern gefordert; ferner sei befähigten Kollegen der Besuch der Gewerkschafts- eventuell der Parteischule zu ermöglichen. Die Berliner Hoteldiener fordern, dass bei künftigen Kongressen der Hotelbesitzer Forderungen auf bessere Arbeitsverhältnisse zu stellen und demonstrativ die Auswirkungen der Öffentlichkeit auf die miserablen Arbeitsverhältnisse im Hotelgewerbe zu lenken ist.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Der Dank für den Herrn.

In dem Kampfe der Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben die "christlichen" die Rolle des Judas Iskariot wie noch nie zuvor gespielt. Der offene erklärt Streitbruch, der Schrei nach den staatlichen Machtmitteln, nach Polizei und Militär haben ihnen das unauslöschliche Brandmal des Arbeiterversuchs gezeichnet, zu einer der Konjunktur entstehenden Regelung der Löhne von vornherein bereit waren und damit die Daliusig der christlichen Gewerkschaften wie der euanthropen Arbeitersiedlung rechtfertigen, die den Streik nicht für geboten hielten, und ihm fernblieben. Das die Christlichen dies getan und sich trotz aller Verschlimpfungen und Einschüchterungsversuche in ihrer ruhigen und besonnenen Haltung nicht haben beirren lassen, ist gleich ehrvoll für die Organisationen wie für ihre Führer.

Es gab Zeiten, da auch die Christlichen ein solches Regelungslob als klatschende Ohrfeige empfunden hätten, aber diese Zeiten, da die Christen noch mit einem Schein des Rechts Anspruch machen konnten, Vertreter von Arbeitersinteressen zu sein, sie sind längst dahin. Sie haben mehr und mehr ihren wahren Charakter enthüllt, eine Kampftruppe des Zentrums zu sein, die sich den politischen Bedürfnissen dieser korrupten Partei anpasst. Und da sich das Zentrum augenblicklich der wärmenden Strahlen der Regierungsonne aufreibt, fällt auch auf die Christen ein Teil des Gnadenreichs, der in diesem Falle wirklich verdient ist.

Wie die braven Christen übrigens ihre Aufgabe auffassen, politische Schutztruppe des Zentrums, überhaupt der kapitalistischen Gesellschaft zu sein, geht deutlich aus folgendem Kundschreiben hervor:

Sörensen breitete ein großes Dokument über dem Tisch aus. Es war in Schönschrift mit zierlichen großen Lettern niedergeschrieben und die Unterschrift mit einem gewaltigen, einem zerstreuten Hansschild gleichenden Schnörkel versehen. „Frau Petersens Legat für alte verabschiedete Schulschreiter“ lagte Sörgt, indem er das Blatt hastig überflog. „Ja, ich war seinerzeit der Frau Petersen behilflich, die Statuten aufzufassen“, erklärte Sörensen. „Wieder beträgt es?“ fragte der Prediger. „Oh, es sind wohl nur 10 Reichstaler das Vierteljahr,“ gab Sörensen zurück, „wenn man, wie ich, unverheiratet ist. Für Verehelichte 14½ Reichstaler. Hier können Sie die Bestimmungen sehen, Herr Pastor.“ Der Pastor stand eine Weile über das Hestchen gebeugt; plötzlich lagte er, die Papiere wegziehend, als ob sie ihn brennen würden: „Nein, ich fürchte wahrschäflich sehr, dass ich Ihnen meine Empfehlung nicht geben kann.“ Wie meinen Herr Pastor das? Finden Sie denn nicht, dass ich die verlangten Qualifikationen besitze? Bin ich nicht verabschiedet und genügend alt und notleidend?“ „Ja, Herr Sörensen, was das betrifft, wäre alles in Ordnung.“

„Und Sie sehen ja, dass ich ein Vorzugszeugnis mit ausgezeichnet in Rechnung, Religion und Pädagogik besitze.“ „Alles recht schön, Herr Sörensen. Aber hier sieht, dass der Bewerber „ehrbar“ sein soll!“ Der Pastor drückte den Finger so fest auf das Wort, dass das Blut unter dem Nagel durchströmte.

„Steht das da?“ sagte Sörensen. Sein stark gerötetes Gesicht bekam einen eigentlich hilflosen, weinerlichen Ausdruck. „Herr Pastor denken wahrscheinlich an das, was meiner Verabschiedung vorausging.“ „Ja, an das und an Ihr späteres sündiges Leben, Herr Sörensen!“ Die Trunkheit rückte wahrlich viele Menschen zugrunde,“ entgegnete der geistliche Herr.

„Wissen Sie, was Ihrer noch mehr zugrunde zu richten scheint, Herr Pastor? Das ist, wenn ich es offen sagen darf, die Sucht zu richten, die herzlose, böse Sucht, die wegen eines

Enthauptungsmittel und Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften Freiburgs.

Meister Kollege! Nach der Reichstagswahl ist für die christliche Gewerkschaftsbewegung eine neue Situation geschaffen. Wir müssen aus dem Erfolgen der Sozialdemokratie die richtigen Lehren ziehen und demnach in Zukunft unsere Arbeiten einrichten. Wie und inwieweit dies geschehen kann, und soll, wird in einer am Donnerstag, den 21. März, abends um 8½ Uhr, im Kaiserbräu, Schlossstraße, stattfindenden Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung besprochen werden. Ungefähr dieser außerordentlich wichtigen Versammlung hoffen wir bestimmt auf das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute unserer Zahlstellen.

H. Schmidt, V. A. des Kartellvorstands.

Also Bekämpfung der Sozialdemokratie! — Das ist die Aufgabe der Christen. Daß das schließlich eine politische Tätigkeit ist, erscheint nicht viel, wenn man der Regierung gegenüber in einer so günstigen Position sitzt. Der Dank für den Verrat im Ruhrgebiet kann sich eben in verschiedener Weise bestätigen:

Zum Streik im sächsischen Kohlenrevier.

Im August-Döbelner Revier ist der kritische Montag ohne jede Veränderung des Streiks verlaufen. Die Streikenden haben am Montag in außerordentlich gutbesuchten Versammlungen erneut bestätigt, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende durchzuführen. Die Zahl der Streikbrecher hat sich nicht vermehrt; im Gegenteil haben sogar neue Arbeitswillige sich den Streikenden angeschlossen. Ein Teil der Geschäftswelt nimmt gegen die Streikenden Stellung; so haben die Bäcker in ihrer Innung beschlossen, denjenigen ihren Kunden, die streiken, keinen Kredit zu gewähren.

Auch im Zwickauer Revier hat der kritische Montag nicht die nach den Erfahrungen aus früherer Zeit zu befürchtende Abschwächung des Streiks gebracht. Die Reihen der streikenden Bergleute sind noch vollzählig. Auch die in letzter Stunde in vielen tausend Exemplaren verbreitete Ablehnung der Bergarbeiter auf die vom Bergamt eingelegten neuverfassten Vermittlungsverträge haben unter den Streikenden nicht die beabsichtigte Verwirrung hervorgerufen. Die Bergarbeiter haben auf die vom Bergsiedgericht eingeleiteten Vermittlungsverträge ablehnend geantwortet. Die Kohlenherren veröffentlichten nun Artikel und Notizen, die darauf hingewiesen haben, dass es zu einem wirklich allgemeinen Ausstand überhaupt gekommen wäre, sein Ende gefunden. Dieser Ausgang ist das Ergebnis des entgegenkommenden Verhaltens der Bergarbeiter, die zu Verhandlungen mit den Arbeitersiedlungen schreiten, zu einer der Konjunktur entstehenden Regelung der Löhne von vornherein bereit waren und damit die Daliusig der christlichen Gewerkschaften wie der euanthropen Arbeitersiedlung rechtfertigen, die den Streik nicht für geboten hielten, und ihm fernblieben.

Die Ruhe der Bergleute hat die Bergarbeiter in die größte Unruhe gebracht. Sie klagen jetzt in der Öffentlichkeit über zu geringen Streikbrecherschutz und verlangen, dass so viel Polizei und Gendarmerie zusammengezogen wird, dass die Streikbrecher auch in ihren Dörfern vor jeder Bestrafung geschützt sind. Die Arbeitswilligen werden durch das Vorgehen der Bergarbeiter und namentlich durch das verstärkte Geschehen nach mehr Polizei immer frecher. Sie gehen provozierend und höhnisch, mit Grimmschläppen bewaffnet zur Arbeit und pöbeln die ruhig dastehenden Streikposten an.

Von der französischen Bergarbeiterbewegung.

Auf Paris wird dem Soz. Pr. B. berichtet:

Das Syndicat von Angin, das bekanntlich im Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung den lokalen Streik leitet, steht sich verdeckt, die Streikbeteiligung die Streikenden loslassen zu machen und zum Streikbruch zu bringen. Sie geben die Zahl der Streikenden nur auf 5000 an, erklären allerdings gleich im Anschluss daran, dass die Streikbeteiligung etwas über 45 Prozent betrage. Dieser Prozentsatz ergibt aber bei über 12 000 Bergarbeitern im Zwickauer Revier mehr als 7000 Streikende; sie widersprechen sich also selbst.

Die Ruhe der Bergleute hat die Bergarbeiter in die größte Unruhe gebracht. Sie klagen jetzt in der Öffentlichkeit über zu geringen Streikbrecherschutz und verlangen, dass so viel Polizei und Gendarmerie zusammengezogen wird, dass die Streikbrecher auch in ihren Dörfern vor jeder Bestrafung geschützt sind. Die Arbeitswilligen werden durch das Vorgehen der Bergarbeiter und namentlich durch das verstärkte Geschehen nach mehr Polizei immer frecher. Sie gehen provozierend und höhnisch, mit Grimmschläppen bewaffnet zur Arbeit und pöbeln die ruhig dastehenden Streikposten an.

Das Ende des Streiks?

Paris, 25. März. (Meldung der Frankfurter Zeitung.) Der Ausstand der französischen Bergarbeiter hat nunmehr auch sein Ende erreicht. In einer Versammlung der Bergarbeiterdelegierten des Kohlenbediens von Angin wurde gestern fast einstimmig der Beschluss gefasst, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Krise in England.

London, 25. März. Die getrennten Verhandlungen der Regierung mit den Grubenbesitzern und den Bergleuten dauern noch fort. Der Regierung ist es noch nicht gelungen, die beiden Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung zu vereinen. Das Executiveomitee der Arbeiter will wieder um 5 Uhr nachmittags eine getrennte Sitzung abhalten. Es wird nicht als wahrscheinlich angesehen, dass heute eine gemeinsame Sitzung abgehalten werden kann.

Das Mädel herumgekriegt, dass sie sich in den Kopf gesetzt hat, er werde sie heiraten, denn sie soll früher einmal eine Liaison mit ihm gehabt haben. — Auf diese Weise haben sie die Sache in die Länge gezogen. Natürlich hat sich bald gezeigt, dass der Jakob das Mädchen nicht hat haben und nicht hat sein nennen wollen, aber irgendwann war man so tief in Schande und den Skandal hineingeraten, dass die Behörde sich bemüht hat, einzuschreiten. Jakob Röhrer hatte sich an die Spitze einer Klage beim Probst gestellt, so hat jetzt die Sache ihren unerbittlichen Gang nehmen müssen. Ich erhielt meinen Abschied, acht Tage nachdem Ann-Marie ihr Kind zur Welt gebracht hatte. Sie wissen ja, wie dann später die Ortsvorsteher mit ihr gehandelt und geschachert haben, wie mit einem unvernünftigen Tier, und auch mit mir ist, wie Sie sehen, nicht glimpflich zu Werke gegangen worden.

„Nein, der Sünde Sold ist der Tod, Herr Sörensen!“

„Ja, der Tod ist gleich für uns allesamt, aber darum handelt sich, was vorher kommt, vor der Auflösung!“

„Ja, ja, Herr Sörensen, ich bedaure Ihr Schicksal sehr, aber ich sehe wahrscheinlich keine Möglichkeit, etwas für Sie zu tun.“

„Nein“, versetzte Sörensen und erhob sich, „weshalb auch sollten Sie mir helfen?“

Und das brauchen auf der Landstrafe geführte Selbstgespräch gleichsam fortsetzend, sagte er:

„Ich bin ja nichts anderes als ein altes Wrack, das kaum das Geld fürs Zerhafen lohnt. Ich habe mein Leb davongetragen, einen Schuh unter die Wasserlinie, der in den Abgrund reicht. In die Tiefe plumps! Hinunter! Bitte gefälligst! Wünscht jemand dem alten Sörensen einen Fußtritt zu geben, bitte ganz nach Belieben, nur keine Umstände! Bitte näher zu treten. Und lehnen Sie sich ja nicht daran, dass hier schon früher mit Fußtritten traktiert worden ist. Nur ruhig zu! Unser Herrgott verstaftet es. Der alte Sörensen ist ja überhaupt nur auf die Welt gekommen, um getreten zu werden.“

(Fortsetzung folgt.)

London, 25. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Staatssekretär des Innern McKenna, daß, da die Verhandlungen noch schwieger, die Ausprägung des Kohlengruben-Bill auf morgen verschoben werde.

Der Streik in Böhmen.

Prag, 25. März. Die gestrige in zahlreichen Ortschaften des böhmischen Kohlenreviers eintretenden Bergarbeiterversammlungen gelteten das Ergebnis, daß der Streik im Revier von Rottig und Tiefenau von neuem ausbrochen ist und in Teplitz wieder zu erwarten steht. In Brüx befinden sich gegenwärtig 2770 Arbeiter im Ausstand, in Dux hat der Streik gleichfalls am Ausdehnung gewonnen. In Kladno und in Schlan ist die Lage unverändert.

Leipzig und Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Leipziger Bäckergesellen.

Die Leipziger Bäckerinnung läßt Noche an allen denen, die sich erlaubt haben, im letzten Jahre für eine Verbesserung der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, und als daß Wenige nicht bewilligt wurde, die Arbeit niederlegen. Die Bäckergesellen haben noch ein sogenanntes Germaniabuch, das von den Gesellen aber auch ein Geschäftsbuch genannt wird. Dieses Germaniabuch muß der auslernende Lehrling hoch bezahlen, es bleibt aber trotzdem Eigentum der Innung, die nur das Buch als ein für sie unschädliches Machtmittel benutzt. Das Innungsstatut der Innung schreibt vor, daß arbeitsuchende Gesellen sich durch das Germaniabuch legitimieren müssen. Dieses Geschäftsbuch kann den Gesellen entzogen werden, und das bedeutet für den Gesellen nichts mehr und nichts weniger als die Verbrüderung aus dem Beruf. Klägt ein Meister gegen einen Gesellen, so wird der Geselle zu einer Sitzung geladen und ihm eröffnet, daß, wenn er nicht erscheine, ihm das Germaniabuch entzogen werde. Alle möglichen Gründen müssen herhalten, den Gesellen dieses Buch zu entziehen. Den Meister kontrahiert man bei einer Übertreibung, wenn man nicht anders kann, mit einem paar Mark Strafe, dem Gesellen, der die Strafe — weil er arbeitslos ist — nicht bezahlen kann, entzieht man ohnedies noch dies Buch, das berechtigen soll, Arbeit anzunehmen. Am schlimmsten hat dieses System während des Streiks gearbeitet. Alle bestreiteten Meister muhten das Germaniabuch an die Innung einfinden, und den Gesellen wurde das Buch erst wieder freigegeben, wenn der bestreitete Meister nichts mehr dagegen hatte, daß der Geselle wieder Arbeit bekommen konnte. Der Geselle mußte zu dem Meister gehen und von ihm eine schriftliche Bestätigung verlangen, daß ihm das Germaniabuch wieder freigegeben werde. Daraufhin konnte der Sünder wieder in den Arbeitsnachweis eingeschrieben werden. Einige Meister weigern sich noch heute, diese schriftliche Bescheinigung auszustellen, und sagen, daß ginge der Innung nichts an. Die Innung aber hält sich an ihr famos Statut: „ohne Germaniabuch keine Arbeit.“ — Auch sonst herrschen auf dem Arbeitsnachweis Zustände, die bringend einer Abhilfe bedürfen. Um diese Angelegenheit einmal gründlich zu besprechen, wurde eine Versammlung abgehalten, die sich mit dem Thema: Arbeitsnachweis und Handhabung des Germaniabuchs beschäftigte. Zu dieser Versammlung war der Gesellenausschuß, der Sprechmeister und der Innungsvorstand schriftlich eingeladen. Natürlich hatten diese Herren wieder einmal keine Zeit, in der Versammlung zu erscheinen. Wurden im Vortrag nur die allgemeinen Forderungen zu dieser Sache besprochen, so kamen in der Diskussion eine Unmenge Mängelstände über Arbeitsnachweis und Germaniabuch zur Sprache. Das Germaniabuch wird während der Arbeitgeber dem Meister von der Innung in Verwahrung gegeben. Wenn der Geselle seine Arbeitsstätte verläßt, soll der Meister das Buch innerhalb drei Tagen an das Sprechamt zurücksenden. Das geschieht aber nicht in allen Fällen. Oft ist es schon vorgekommen, daß eine Woche und noch länger vergangen ist, bis der Meister sich bequemt, das Geschäftsbuch zurückzusenden. Nicht eher aber kann auch der Geselle Arbeit bekommen. Auf dem Sprechamt aber herrscht die Gepllogenheit, daß der zuerst Arbeit bekommt, der in seinem Buche (dem hier werden auch alle Stellen eingeschlossen) nicht zu viel Stellen hat. Viele Stellen im Buche, beweist der Innung, daß der Geselle „keine Lust zum Arbeiten“ hat. Wie es aber kommt, daß die Gesellen oft wechseln müssen, zeigt die Diskussion, in der die Verhältnisse, unter denen die Bäckergesellen arbeiten müssen, zur Sprache gebracht wurden. Diese Zustände hätten aber der Innung sehr wohl bekannt sein. Wie notwendig es ist, daß Lohn- und Logiswesen zu beseitigen, zeigt jetzt auch der Betrieb des Postministeriums Bärwinkel, des früheren Mitglieds des Innungsvorstandes.

Die Bäckergesellen richten sich nun zu einer neuen Bewegung. In ihren Versammlungen aber haben sich die Meister schon gegenseitig schärfer gemacht, die Forderungen nicht zu bewilligen. In der Bäckergesellenversammlung wurde allgemein der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß, wenn der Arbeitsnachweis der Innung sich weiter als Maßregelungsbereich erweisen sollte, dann auch die Forderungen der Gesellen dahin laufen müssen, daß für bewilligte Betriebe nur der Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen ist.

Verband der Bäcker und Konditoren Deutschlands.

Mitgliedschaft Leipzig.

Achtung, Fliesenleger! Die Firma Böllsch u. Söhne ist für Verbandsmitglieder gesperrt, da die Firma Arbeiten unter Tarif ausführen läßt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Filiale Leipzig.

Achtung, Steinarbeiter! Der Neubau Koch, Mainstraße, ist für organisierte Kollegen gesperrt.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Leipzig.

Deutsches Reich.

Die Beendigung der Aussperrung der Porzellanarbeiter.

Das Bestreben, durch eine mehrwöchige Aussperrung den Porzellanarbeiterverband bis zur dauernden Aktionsunfähigkeit zu schwächen, ist den im Schuhverein organisierten Porzellanfabrikanten nicht gelungen. Nach vierwöchiger Dauer wurde am 28. März die Aussperrung für beendet erklärt. An diesem Tage fand in Berlin eine erneute Konferenz der Vertreter der beiden Organisationen, des Porzellanarbeiterverbandes und des Schuhvereins statt, deren Ergebnis folgendes war: Der Schuhverein deutscher Porzellanfabrikanten hält es nach den vorliegenden Verhandlungen seiner beiden Mitglieder, der Firmen Ph. Rosenthal u. Co. in Selb und Porzellanfabrik Kahlo, Ultengroßfamilie, in Hermendorf für bestehend, daß in beiden Betrieben keine Streitkraft für die bestreiten Isolatorenfabriken angestellt worden ist. Ferner verpflichteten sich die beiden Firmen in einer schriftlichen Erklärung, daß auch für die fernere Dauer der schwedenden Differenzen in der Isolatorenbranche von ihnen weder Streitkraft angenommen noch gefestigt werden soll. Damit war für den Porzellanarbeiterverband der Grund für einen weiteren Streik gegen diese beiden Firmen genommen. Man erklärte sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit, worauf auch die Unternehmer erklärten, daß sie die Aussperrung am selben Tage aufheben würden. Das war am Montag, den 25. März, der Fall.

Die Wiedereinstellung der Streikenden und Judgespererten erfolgt nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse. Doch dürfen Maßregelungen nicht stattfinden. Auch verpflichten sich die Unternehmer, vor dem 1. Mai betriebsfremde Arbeiter nicht einzustellen. Ferner wurde von beiden Seiten das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht nicht bestreiten. Auch auf die Frage der Einführung des Neunstundentages in der Keramikindustrie wollen die Unternehmer im

Raume des Jahres näher eingehen und über ihre Stellungnahme dazu dem Porzellanarbeiterverband bis spätestens am 31. Dezember 1912 Mitteilung machen. Danach würde die Aussperrung formell beendet sein, aber in der Praxis dürften sich bei der Wiedereinstellung der Streikenden und Judgespererten noch mancherlei neue Differenzen ergeben, denn schon jetzt zeigt es sich, daß es sich einzelne Unternehmer nicht verkleiden können, ob doch mit einigen Maßregelungen zu versuchen. Über um auch diese neuen Störungen zu befreiten, sollen die Teilnehmer der zweiten Konferenz, die am 9. und 10. März in Hof stattfand, ein Schlichtungskomitee bilden, das bis zum 1. Mai seines Amtes zu warten hätte. An dieser Konferenz nahmen Vertreter beider Organisationen in gleicher Zahl teil.

Unberührt von der Beilegung der von dem Schuhverein deutscher Porzellanfabrikanten veranlaßten Aussperrung bleiben die Differenzen in der Isolatorenbranche; denn die Einigungsverschläge erfreuen sich nur auf die Mitglieder des Schuhvereins. Danach nehmen die Kämpfe der Porzellanarbeiter in den Isolatorenfabriken von Teltow, Margarethenhütte, Nohlen, Menselshütte, Freiberg i. S. und Charlottenburg ihren Fortgang, bei dem es dem Porzellanarbeiterverband hoffentlich auch gelingt, bald zu einem siegreichen Abschluß zu kommen.

Lohnbewegung im Hamburger Hafen.

Am Sonntag hatte der Transportarbeiterverband nach Hamburg eine Konferenz einberufen, an der auch die acht Organisationen der im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter vertreten waren. Die Zentralverbände werden den Unternehmern Forderungen auf Gewährung von Lohnzulagen unterbreiten. Wenn diese Lohnforderungen eingereicht werden sollen, ist noch nicht bekannt. Da voraussichtlich sämtliche im Hamburger Hafen beschäftigte Arbeiter an der Lohnbewegung beteiligt, so wird diese einen größeren Umfang nehmen als im Jahre 1898.

Streik der Möbeltransportarbeiter in Breslau. In Breslau sind von 350 beschäftigten Möbeltransportarbeitern über 300 ausständig geworden. Sie hatten Lohnforderungen gestellt; alle Verhandlungen waren aber ergebnislos.

Der Verband der Bureauangestellten veröffentlichte soeben seinen Jahresbericht für 1911. Danach ist die Mitgliederzahl im Jahre 1911 von 5783 auf 6500 gestiegen. In Beiträgen wurden 81 000 Mark gegen 68 146 Mark im Jahre 1910 eingenommen. An Kranken, Stellenlosen, Notfall-, Sterbegeldunterstützung und Rechtschutz wurden 20 000 Mark gegen 19 535 Mark verausgabt. Das Vermögen ist auf 56 700 Mark angewachsen. Für die Rentenklasse, die dem Verband als freiwillige Einrichtung angegliedert ist, wurden 65 370 Mark an Beiträgen vereinbart. Unterstützungen wurden noch nicht ausgezahlt, da die Rentenzahl noch nicht abgelaufen ist. Das Vermögen der Rentenklasse ist auf 100 400 Mark angewachsen, so daß das Gesamtvolumen des Verbandes am Jahresabschluß 1911 250 100 Mark betrug.

Ausland.

Zur Statistik der Gewerkschaftsverfolgungen in Rußland.

Anlässlich der sozialdemokratischen Duma-Interpellation wegen der Verfolgung der Gewerkschaften ließerte Genossen Rubtchow, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, folgende statistische Angaben zu der erörterten Frage. Es erweist sich, daß in den letzten sieben Jahren, laut den Zeitungsmeldungen, 600 Gewerkschaften politisch geschlossen und 700 widerrechtlich nicht eingetragen wurden. Bei der Schließung der Gewerkschaften wurden circa 2000 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet und aufgenommen! Die Zahl der Arbeiter, die wegen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft verhaftet und ausgewiesen wurden, entspricht sich jeder Berechnung, sie übersteigt aber jedesfalls um vieles die oben angeführte Zahl. Gegen keines der gemahngesetzten 2000 Gewerkschaftsmitglieder konnte ein gerichtliches Verfahren wegen Verleugnung des Vereindgesetzes eingeleitet werden. Alle wurden deshalb „auf administrativem Wege“ aus ihrem Wirkungskreis gerissen.

Jedes Wort des Kommentars ist angeschloßt dieser Zahlen überflüssig. Sie sprechen eine berechte Sprache für den zähnen, heldenhafsten Kampf, den die Arbeiterklassen Russlands unter den schwersten Bedingungen, die es je in einem Lande gegeben hat, für das Roß der Revolution.

Ein Eingreifen der Regierung im Pariser Chausseestreet.

Paris, 25. März. Die Kammer hat einstimmig eine von der Regierung bereits gebilligte Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, den Auftand der Kraftrösschenführer in Paris durch Schiedsgericht beigelegt.

Die Revolution in China.

China wehrt sich gegen die Weißenwölfe.

Nach Tang-Chao-Ni und der Regierung von Peking haben auch Sun-Yat-Sen und die Versammlung von Nanking das Übereinkommen über die englisch-chinesische Anteile genehmigt. China ist fast geschlossen alles, was zu einem vollständigen Finanzmonopol führen könnte, zu vermeiden. Aus Peking wird mitgeteilt, daß man dort in sehr energischen Worten dagegen protestiert hat, der Protest hat folgenden Inhalt:

In einem Vertrag über die Ausleihen hat sich die chinesische Regierung niemals darauf engagiert, einen Aufnahmevertrag mit den vier Banken des englisch-französisch-deutsch-amerikanischen Konsortiums abzuschließen. Eine solche Verpflichtung ist niemals eingegangen worden. Die chinesische Regierung und Tang-Chao-Ni sind gern bereit, über eine Anteile mit der vier-Mächte-Gruppe zu unterhandeln, aber sie erheben Widersprüche gegen die absolutistische Art und Weise, auf ein Monopol in der Anteilefrage hinzuwirken und sie verwaren sich dagegen, daß ihnen das Recht genommen wird, Verträge nach ihrer Wahl auch mit andern Gruppen abzuschließen.

Die Wohlthat der Banken ist die, alle Konkurrenz zu beseitigen und die Möglichkeit für die finanzielle Kontrolle der Mächte über China zu schaffen, das heißt, den vier Mächten zu jeder Zeit Gelegenheit zu einer Intervention in die chinesischen Angelegenheiten zu gewähren. Was blieb dann noch von der Unabhängigkeit Chinas?

Eine chinesische Nationalversammlung.

Peking, 25. März. Kuang-Hui beabsichtigt die konstituierende Versammlung in Nanking durch Hinzuziehung von Mitgliedern der in Peking tätigen beratenden Versammlung in eine Nationalversammlung umzuwandeln. Die Mitglieder werden durch die Provinzialauschüsse ernannt werden. Die Sitzungen der Nationalversammlung sollen in Peking stattfinden.

Ermordung eines Missionars.

Peking, 25. März. Telegramme aus Chingling melden die Ermordung eines amerikanischen Priesters namens Hicks. Zwei Geplante sind, wie berichtet wird, schwer verwundet worden. Die Gesellschaft ist offenbar von Männern überfallen und vollständig ausgeraubt worden.

Eine schwere Schlacht.

Kuldja, 25. März. In der Nähe von Schicho hat eine große Schlacht zwischen Regierungstruppen und Revolutionären stattgefunden. Die Regierungstruppen aus Urumchi wurde geschlagen, sie verlor 1500 Tote, 80 Gefangene, 3 Geschüre und viel Munition und Proviant. Die Revolutionären hatten 200 Tote und bringen jetzt weiter nach Schicho vor.

Der italienisch-türkische Krieg.

Türkische Hoffnungen.

Konstantinopel, 25. März. Anlässlich der Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem König von Italien in Venetia habe Kaiserin in seinem Leitartikel im Sabah ganz besonders die Tugenden des Kaisers hervor und bemerkte dabei, der Kaiser könnte bei der Entrepot seine hohe politische Weisheit sowie seine treuen und liebe beladen, in dem er Italien wegen der Vorgänge in Tripolis aus Gerechtigkeit auffordere. Der Kaiser würde seine Sympathie für die Türkei, die er schon oft bewiesen habe, auch jetzt an den Tag legen, wenn er Italien die nötigen Maßnahmen gäbe.

Wir haben schon gestern bemerkt, daß die Türken sich nicht ähnlichen Erwartungen hingeben mögen, wie einst die Barben auf das bekannte Telegramm an Kaiser. Die Lehre von damals scheint aber nichts geschrückt zu haben.

Aus Tripolis.

Rom, 25. März. Die Agenzia Stanchi meldet aus Tobruk von 24. März: Mehrere feindliche Abteilungen versuchten zu wiederholten Male die Befestigungsarbeiten an dem neuen Fort zu behindern, wurden aber von den italienischen Truppen mit Verlusten zurückgeschlagen. Bei den Italienern wurde ein Unteroffizier verwundet.

Bon Nah und Fern.

Automobilbanditen in Frankreich.

Gang Paris ist in furchtbare Aufregung versetzt durch eine Reihe blutiger Verbrechen, die eine Räuberbande im Automobil mit der größten Verwegenheit am hellen Tage verübt hat. Es wird darüber gemeldet:

Paris, 25. März. Sechs Banditen trafen um 10½ Uhr im Automobil in Chantilly ein. Sie drangen, mit Revolvern bewaffnet, in die Filiale der Société générale ein, stellten sich vor den Schaltern auf und feuerten auf das Kommando des einen von ihnen eine Salve von Revolverkugeln ab. Ein Kellner wurde auf der Stelle getötet, ein anderer Angestellter starb nach 10 Minuten, ein dritter wurde schwer verwundet, ein vierter blieb sich entging, so den Schaltern und flüchtete. Die Räuber bemächtigten sich einer Summe von 40 000 Franc, während der läuft mit einem Karabiner Waffe hielt und der sechste das Automobil hiltete. Die Banditen feuerten auf einige Personen, welche sich zu ihrer Verfolgung aufmachten, und verschwanden in der Richtung auf Paris. In Asnières, bis wohin Polizeilagenen sie verfolgten, ließen sie das Automobil stehen, kletterten über die Eisenbahnschanke und sprangen in einen vorbeifahrenden Zug. Alle Versuche, der Kerle habhaft zu werden, sind bis jetzt vergeblich gewesen.

Drei Automobil hatten sie im Walde von Montperon geplündert, den Chauffeur erschossen, den Insassen schwer verletzt.

Fliegerabsturz.

Hamburg, 25. März. Nachdem gestern der Aviatiker Nest in der Alsterfeuerwehr verschiedene wohlgelungene Flüge ausgeführt hatte, stürzte er, wie gemeldet wird, bei Einbruch der Dunkelheit ab und erlitt einen Schädelbruch. Die Maschine wurde vollständig zerstört.

Opfer des Verlusts.

Berlin, 26. März. Gestern nachmittag wurde die Feuerwehr von Treptow nach dem Gebäude der Berliner Pumpenfabrik alarmiert, wo in dem Kellerraum ein Gas Ofen brannte. Als sich vier Feuerwehrleute in dem Keller befanden, erfolgten kurz hintereinander mehrere Explosions, wodurch die Feuerwehrleute schwere Brandwunden erlitten, so daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mussten.

Die besten Nachrichten u. Depeschen.

(Telephonische Meldung der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 26. März. In der Budgetkommission des Reichstags kam es heute bei der Beratung des Staatsnotgegesches zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Linken und der Regierung, die in dem Staatsgebet keine Zustimmung gefunden hat, wie lange Ausgaben ohne Zustimmung des Reichstags gemacht werden können. Ein sozialdemokratisch-freisinniger Antrag bezweckte, dies Recht der Regierung auf April bis Juni zu beschränken. Die Fortschrittsler brachten eine Mitheraussetzung gegen die Regierung ein, daß sie den Etat so spät eingereicht habe, modisch geradezu unbesehen die erste Rate bewilligt und dem Reichstag die Hände gebunden würden. Das Vorgehen der Regierung bedeutete eine Beschränkung des Budgetrechts. Nach heftigen Debatten wurde die Resolution mit 12 gegen 9 Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittsler abgelehnt.

London, 26. März. Die beiden Sozialisten Lansbury und Wedgewood haben gestern abend im Unterhause die Regierung wegen der Verhaftung des Arbeiterführers Tom Mann und der Beschlagsnahme der Zeitung Syndicaliste auf das heftigste angegriffen. Sie verlangten die sofortige Freilassung Tom Manns. Der Generalstaatsanwalt Rufus Isaacs antwortete im Namen der Regierung, es sei ihm angenehm, daß er jetzt Gelegenheit habe, die falschen Gerüchte über die Verhaftung von Tom Mann aus der Welt zu schaffen. Die Verhaftung Tom Manns sowie die Beschlagsnahme des Syndicaliste bedeuten keinen Angriff auf die Pressefreiheit. Der im Syndicaliste erschienene Artikel habe nicht nur die Unzufriedenheit mit dem Vorgehen der Regierung in der Kohlenkrise zum Ausdruck gebracht, sondern vielmehr die Soldaten direkt aufgefordert, ihre Pflichten zu verleihen und den Offizieren den Gehorsam zu verweigern. Nur aus diesem Grunde sei die Verhaftung Tom Manns erfolgt und die Beschlagsnahme des Syndicaliste verfügt worden.

Lübeck, 26. März. Zwischen Arbeitswilligen und Streikenden der chemischen Fabrik Ahrensbock entspann sich ein Kampf. Dabei wurden durch Revolverschüsse ein Arbeiter getötet und einer tödlich verletzt.

Brüssel, 26. März. Im Hafen von Gent streiken 1000 Hafenarbeiter, die eine Lohnherhöhung verlangen.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

Konsumenten-Berein Leipzig-Plagwitz und Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Donnerstag, den 28. März 1912, abends 8 Uhr

Ordentliche General-Versammlung im Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht über das Halbjahr 1911/1912.
2. Bericht des bestellten Revisors nach § 63, Absatz II des Genossenschaftsgesetzes.
3. Antrag der Gesamtverwaltung auf Erwerb eines Grundstückes.

Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der blauen Karte ist der Eintritt in den Versammlungsraum gestattet.

Legitimationssachen berechtigen nicht zum Eintritt.

Die geehrten Mitglieder werden hierdurch zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Leipzig-Plagwitz, den 26. März 1912.

Der Vorstand.

K. Arnold. H. Thieme.

[6509]

DER ARBEITERFÜHRER FÜR LEIPZIG

und Umgebung. Der Arbeiterführer bringt neben den umfangreichen und sorgfältig bearbeiteten Vereinsangaben und Adressen für den 11., 12., 13. und 14. Reichstagswahlkreis und das Reich, das amtliche Wahlresultat der letzten Reichstagswahl im Bezirk Leipzig nach Orten geordnet, die Reichstags-, Landtags- und Stadtverordneten-Wahlen, die Zahl der Gemeindevertreter im Bezirk, die Rednerliste, Lokaliste mit den angrenzenden preussischen und altenburgischen Wahlkreisen, Angaben über Behörden und öffentliche Einrichtungen, die städtischen Ämter, Posttarif, Straßenbahn-Fahrpläne, Sehenswürdigkeiten von Leipzig sowie Ausflüge für die nähere und weitere Umgebung Leipzigs.

Preis 20 Pfg. Wunderkarte für die Umgebung oder Stadtpläne von Leipzig 30 Pfg.

Zu beziehen durch alle Austräger, die Volksbuchhandlung und ihre Filialen sowie durch den Verlag von

Richard Lipinski, Leipzig, Königstraße 12.

Wer Interesse an der Förderung der Arbeiterbewegung hat, — der sorge für die weiteste Verbreitung des praktischen Werkes.*

Männer- und Gemischter Chor, Leipzig-Ost.

Alle Mitglieder werden erzählt, heute abend, Punkt 1/2 Uhr, im Vereins-

lokal zu erscheinen. [6558]

Der Vorstand.

Schmerel's

Monats-Garderobe
nur Plauensche Str. 3, I.

Große Ausw. in eleganten,

von Kaufleuten getragenen
Auszügen, Paletots, Mäntel,
Hosen, Jackets, Schrotz,
Frauen-Smoking-Auszüg.,
auch leihw. Militärmäntel,
Röcken u. Hosen bekannt bill.

Nur Plauensche Str. 3, I.
Telephon 10528.

Linoleum

Läufer
von 95,- per Meter an

Teppiche

von 6,- M. an

Stückware

per Meter von 1.65,- M. an

Wachstuch

ein Gelegenheitspolster,

100 cm breit, 80,- per Meter

Küchenlinoleum

(Auslegestoff)

eine Reistposten

80 cm breit, von 80,- an

70,- " 100,- "

Tapeten

Reste, ältere Bestände

spottbillig.

Jos. Schäfer, Burgstr. 26.

Billig! Billig!

Ein Posten

Herren-Sommer-Paletots

und Ulster, vorjähr. Fassons

früherer Preis bis 60,- M.

jetzt 6,- bis 36,- M.

Verkauf direkt an Private.

Nur so lange Vorrat.

Herrengarderoben-

Engroslager

Petersstraße 19, I. Et.

Mütter!!

Wenn Eure Kinder Mütter haben, gebt ihnen Dr. Buhles

wohltemperierte u. Sicherwolle.

Büro: Bonbon "Büromot"

zu 30 Pfg. Zu haben bei:

Leipzg.: Engel-Apotheke, Markt

Salomonis-Apoth., Gasse 17

Adler-Apotheke, Alte Markt 9

J. G. Apothek., Peterskirche 5

Moritz Assmann Hf., Elisenstr. 23

O. Barrot, Waldstraße 23

Edwin Beyor, Bühlstraße 24

Bruno Dittrich, Möllerstr. 34

Paul Freitag, Peterskirche 16

Andreas Haack, Nürnberger Str. 39

Hermann Hartig, Pfaffendorfer Str. 10

Gebr. Kretschmar Hf., Städgl. 11

Walt. Landmann, Preussendorf 24

O. Meissner jun., Frankl. Str. 5

Max Naumann, Windthorststr. 46

Wilh. Schmidt, Johannisplatz 1

G. Schöpfl, Kolonadenseite 17

Felix Schubert, Seb.-Eich-Str. 33

Br. Strickermann, Bayreiter Str. 6

und Salzgasse 38

Apoth. Ulmer, Bühl, Ecke Nikolaistr.

Georg Winkler, Peterskirche 15

Fr. Wittich Hf., Windthorststr. 19

Anger: G. Hoffmann, Zwickl. 5

Paul Vogel, Schillerstraße 1

C.: Kurt Fleisch, Bam. Str. 27

Gohlis: G. Bär, Möckernstr. 17

Oskar Hüttig, Bergerstraße 6

Reinhard Krämer, Neus. Hall. Str. 19

Kitsch.: Max Ehlers, Biskornstr. 44

Ernst Noa, Wigandstr. 2

Leutzsch: M. Stephan, Hauptstr. 37

A. Neidhardt, Bautzen Str. 13

Lind.: H. Hentschel, Gohl. Str. 44

Artur Jenatsky, Ritterstr. 14b

Robert Kipping, Niersch. Str. 75

Karl Lampo, Bühnenstraße 1b

Kurt Schler, Gendarmerie Str. 38

Lößnig: S. Beyer, Bam. Str. 27

Möckl.: A. Wünsch, Lennéstr. 20

Neust.: H. Fuchs Hf., Eisenstr. 47

Max Hilbert Hf., Eisenbahnstr. 55

Pl.: L. O. Kaspar Hf., Zwickl. 31, 33

Probsth.: F. Flink, Preussendorf

Röndn.: F. Epich, Rothestr. 39

Erich Kohrsen, Bahnhofstr. 55

Arnulf Schütze, Lange Straße 32a

Bruno Weber, Dresden-Straße 67

Artur Weinsieder, Ritterstr. 42

Schl.: G. Strobel, Ritterstr. 71

Schönelt: E. Friedel, Krampfstr. 1

Max Knüper, Leipziger Str. 124

Artur Kunze, Leipziger Straße 117

Artur Kretschmar, Leipziger Str.

Seil.: P. Fischer, Werner Str. 46

Artur Jenatsch, Werner Str. 143

Adolf Marek, Eisenbahnstrasse 144

Fritz Pessler, Juliusstrasse 1a

Stötzl.: R. Kanz, Papierfabrik, 65

Kurt Kunde, Helbigstr. 37

Alfred Weisse, Möckernstr. 15

Otto Zöblitz Hf., Cht.-Weisse-Str. 16

Thbg.: J. Reinboth, Leipziger Str. 56

Volkm.: Georg Seil, Ritterstr. 43

O. Hackelberg Hf., Elsterstr. 102

Böhl.-Erlungh.: P. Dorstortz

Gautzsch: L. Zöblitz

Bruno Jähn, Heuberg Str. 47

Kanuthain b. Leipzig:

Willy Jähnig Nachf., d. R. Kirche

Schkeud.: H. Nause, Engels-

VOLKSHAUS

Zeitzer Straße 32.

Nächsten Sonnabend, den 30. März

abends von 8 Uhr ab

humorist. Abend

ausgeführt von dem

Paul Michaelschen Quartett

unter Mitwirkung von

nur erstklassigen Solisten

der Leipziger Musikvereinigung (Dir.: G. Schütze).

Eintritt 25 Pfg.

Recht zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung

erwartet

DIE VERWALTUNG.

Sonntag, 31. März (Palmsonntag), abends

Grosser Vortrag für Frauen.

Herr Dr. med. SIMON-Döllitz.

Mittwochs: Grosse Schlachtfeste.

Ortsverein Brandis, Beucha und Umgeg.

Wittwoch, 27. März: Mitglieder-Versammlung

im Restaurant Erholung, Brandis.

Zahlreiches Erscheinen erwartet [6558] Der Vorstand.



Zur Konfirmation
empfiehlt sein Lager von
Gold- u. Silber-
waren, Uhrenzrc.
Ernst Vollbach
Goldschmied
Leipzig-Plagwitz
Mari-Heine-Str. 49.

Alfred Pohl, Uhrmacher

Leipzig, Eisenbahnstr. 72 *

empfiehlt zur Konfirmation sein grosses

Lager in Uhren u. Goldwaren zu äusserst

billigen Preisen unter mehrjähr

Politische Uebersicht.

Streitbrecher als Mörder.

Aus Paris wird uns geschrieben: In der kapitalistischen Presse waren die Räubergeschichten über die angeblichen „Gewalttaten“ der streikenden Tagameter-Chauffeure eine ständige Rubrik geworden. Trotzdem der nun schon in den vierten Monat eingetretene Ausstand mit einer in Paris bisher ungefährten Disziplin geführt wird, bekam man immerzu von „Bedrohungen“ der braven Arbeitswilligen zu lesen, und einmal wurde sogar von der Polizei ein ganzes Bombenkomplott aufgetischt, das man aber mit merkwürdiger Eile wieder verschwinden ließ. So lägenhaft alle diese Schilde rungen waren, so gaben sie den Unternehmern doch den Vorwand, die Streitbrecher mit Schießwaffen auszustatten und so die Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu verdoppeln. Seitdem die vom Streik betroffenen Gesellschaften ein paar Dutzend gewissenlose Burschen aus der Schicht der Deklassierten gefunden haben, die nach einem beschleunigten „Unterricht“ mit einer behördlichen Fahrbewilligung ausgestattet wurden, hat sich die Zahl der Automobilunfälle unverhältnismäßig vermehrt. Auch viele Bourgeois, die um ihre Gesundheit besorgt sind, steigen vorsichtigerweise in eine Automobilrosche ein, wenn ihnen der Lenker seine Gewerkschaftskarte gezeigt hat. Aber wie die Polizei über diese von den unfähigen Wagenlenfern drohende Gefährdung des Publikums milde hinwegsieht, so drückt sie auch die Augen zu, wenn Arbeitswillige renommistisch mit ihren Schießen herumziehen, trotzdem angekündigt der neuen „Apachen“ taten der Ruf nach weiteren Einschränkungen des Waffentragens von der ganzen Ordnungspresse aufgenommen worden ist. Dass aber die Grenzlinie zwischen dem Apachentum und der Welt, aus der das Unternehmertum seine Streitbrecher mit Vorliebe holt, nicht scharf gezogen ist, haben Vorgänge der letzten Tage in schrecklicher Klarheit gezeigt.

Freitag nacht wurde ein Sekretär des Transportarbeitergewerkschaft, Genosse Guinchard, auf dem Heimweg aus Montmartre angefallen. Der Ueberfall, der von mehreren Personen ausgeführt wurde, begann mit Revolverstichen, von denen ihm eine die Schläfe streifte, und wurde mit Fußtritten, Faustschlägen und Messertritten fortgesetzt. Guinchard wurde übel zugerichtet, vermochte aber gleichwohl einen der Angreifer festzuhalten, als Schuhleute kamen und die andern Strolche vor ihnen die Flucht ergriffen. Der Festgenommene entpuppte sich als Streitbrecher. Auf dem Polizeikommissariat begnügte man sich, ihm das Nationale abzunehmen. Organisierten Arbeitern, die einen Arbeitswilligen auf die Hühneraugen treten, pflegt man weniger rücksichtsvoll zu begegnen. Indes muss man abwarten, welche Folgen die Polizei und die Staatsanwaltschaft dieser Affäre geben werden.

Einen weit schrecklicheren Ausgang hat ein großer Ekzess genommen, den vier Streitbrecher am Samstagabend morgen in Levallois-Perret, dem Hauptort der Automobilindustrie, angerichtet haben. Er begann damit, dass die Kerle plötzlich – ancheinend aus bloher Roheit – Revolverschläge auf ein Café abgaben, worin sich nur eine Kassiererin und drei Kinder befanden, während im Hinterzimmer die Versammlung eines harmlosen Sparvereins stattfand. Als die Teilnehmer dieser Versammlung auf die Straße eilten, um den fliehenden Uebeltätern nachzulehen, gesellten sich auch einige Streikende zu ihnen, die gerade aus ihrer Versammlung in der vom Chauffeur syndikat errichteten Maison Commune kamen. Die Revolverhelden wölkten sich in die Garage der Firma, bei der sie arbeiten, reiten. Da flogen aber die Verfolger auf den Fersen waren, wandten sie sich plötzlich um und begannen eine neue Fluchtlaide. Unter den stürzten Schuhleute herbei, die sofort, ohne zu wissen, warum und auf wen, auch loszulaufen begannen. Plötzlich sah man den 25jährigen streikenden Chauffeur Bedome zusammenstürzen. Er hatte eine Revolverkugel in den Bauch bekommen. Man trug ihn in ein nahegelegenes Café, wo er aber sofort starb. – Die Polizei erklärt, dass er nicht mehr die Kraft zu irgendeiner Neuherung gehabt habe und will damit die von einigen Zeugen der Szene aufgestellte Behauptung widerlegen, dass Bedome einen Polizisten als den Täter bezeichnet habe. Auch erklärt der Befund des Gerichtsarztes, dass die Revolverkugel ein Kaliber von 8 Millimetern habe und darum nicht aus einem Dienstrevolver der Polizei gesessen sein könne. Überdies gibt der Schuhmann, der sich in der Nähe Bedomes befand, eine genaue Beschreibung des Täters. – Außer Bedome wurden in dem Getümmel noch drei Personen, darunter eine Frau, verwundet. Von den Revolverhelden wurden drei verhaftet. Sie sind alle drei Streitbrecher. Als Motiv ihrer Tat geben sie „Furcht“ vor ihren Verfolgern an, aber damit erklären sie doch vor allem die Schieberei auf das Café nicht, die ja erst den Anlass zu ihrer Verfolgung gab.

Die Erregung der Arbeiterschaft über diese Mordtat ist außerordentlich. Die Arbeitersöderation und der Gewerkschaftsverband der Seine haben einen Appell an die Arbeiterschaft veröffentlicht, der erklärt, dass die Arbeiter, wenn sie sich den vom Unternehmertum ausgehaltenen und von der Polizei protegierten Banditen preisgegeben seien, zur Selbstwehr greifen werden. Zugleich werden die Arbeiter aufgefordert, sich auf den Ruf ihrer Organisationen bereitzuhalten. Das Leichenbegängnis Bedomes wird voraussichtlich zu einer mächtigen Protestkundgebung des Pariser Proletariats gegen die Bravos der Kapitalisten und ihrer Hörner werden.

Bezeichnend für den Zynismus der kapitalistischen Presse ist die Art, wie der Temp, der in seiner Darstellung die Schuld der Streitbrecher – schon um die Polizei reinzuwaschen – zugeben muss, den Arbeitermord als einen „bedauerlichen Zwischenfall“ charakterisiert. Als vor ein paar Wochen ein Streitbrecher vor Streikenden davonlief und unvorsichtigerweise auf ein Bahngleis geriet, just als ein Zug daherkam, wurde aus dem unglückseligen Zufall ein „Mord“ gemacht und über die von der organisierten Arbeiterschaft drohende „Rückkehr zur Barbarei“ geleitartikelt. Wenn Arbeitswillige einen streikenden Gewerkschaftler niederschießen, ist das „Kulturgewissen“ der vornehmen Presse rasch beruhigt.

Deutsches Reich.

Wie der Freisinn das Stichwahlabskommen gehalten hat.

Ein schlesisches Zentrumsblatt, die Schlesische Volkszeitung, bringt einiges Material, das die Haltung der Freisinnigen in ganz besonders schönem Lichte erscheinen lässt. Das genannte Blatt erinnert daran, dass am 21. Januar ein paar schlesische freisinnige Organe, wie der Verte aus dem Riesengebirge und die Breslauer Zeitung, die Nachricht von einem sozialdemokratisch-freisinnigen Stichwahlabskommen als „groben Schwund“ und „Unsinn“ bezeichnet haben. Endlich raffte sich dann der Provinzialvorstand der Fortschrittspartei, Justizrat Dr. Heilberg, zu einer Erklärung auf, in der es heißt:

Als Vorsitzender der Provinzialleitung der Fortschrittlichen Volkspartei in Schlesien teile ich Ihnen mit, dass die Parteileitung ein berührliches Abskommen nicht geschlossen hat und dass ihr auch von einem solchen Abskommen, das in einzelnen Wahlkreisen getroffen wäre, nicht das geringste bekannt ist.

Nun hatte die fortschrittliche Parteileitung sich verpflichtet, auf ihre Parteiorganisationen einzutreten, damit bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten die Fortschrittsfür unsre Kandidaten stimmen, und zwar galt das insbesondere auch für die schlesischen Wahlkreise Striegau-Schweidnitz, Grünberg-Freibstadt, Sagan-Sprottau, Landeshut-Jauer, Rothenburg-Hoherswerda. Aus der obigen Erklärung des Dr. Heilberg geht indessen hervor, dass die Berliner Parteileitung die Provinzialleitung ihrer Partei nicht einmal Kenntnis gezeigt hat von dem Abkommen. Hier hilft also nicht einmal die blamable Täuschung, dass die Fortschrittsfür ihre Wähler „nicht an der Hand haben“, sondern die Berliner Parteileitung hat – wenn Herr Dr. Heilberg die Wahrheit sagt – direkt und bewusst Vertragsbruch geübt, indem sie dafür sorgte, dass ihren Parteigenossen in Schlesien das Abskommen gar nicht oder zu spät bekannt wurde.

Trotzdem sind die Kreise Striegau-Schweidnitz und Grünberg von uns erobert worden, dagegen wurden die Kreise Sagan, Jauer und Rothenburg den Konservativen ausgeliefert. In allen diesen Kreisen haben sich die fortschrittlichen Wähler gespalten: ein Teil stimmte für uns, ein anderer für die Junker. Daraus ergibt sich, wie überflüssig das Abskommen war, denn diese Spaltung erfolgte, gleichviel ob die Parole der Parteileitung in den einzelnen Kreisen von den fortschrittlichen Organisationen vertreten wurde oder nicht.

Bethmann dementiert.

Die Meldungen über die Kanzlerkrise werden jetzt offiziös als unbegründet bezeichnet. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt in der Montagabendnummer folgende Notiz:

In verschiedenen Blättern wird erzählt, der Reichskanzler habe am 19. d. M. ein Abschiedsgesuch eingereicht. In einer Provinzialzeitung war noch hinzugefügt, der Kanzler habe nach einer Aussendung mit dem Kaiser sein Entlassungsgebot eigenhändig geschrieben, versiegelt und durch den Haushofminister übertragen lassen.

Es gibt Politiker, die aus dem Aussbleiben des Dementis den Schluss ziehen möchten, es müsse doch etwas Wahres daran sein. Deshalb mag hiermit festgestellt sein, dass die ganze Geschichte in das Reich der Fabel gehört.

Es gibt Politiker, die aus dem Aussbleiben eines offiziösen Dements schließen, dass eine Meldung wahr ist, sagt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Es gibt aber auch nicht wenige Politiker, die aus einem Dementi der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung schließen, dass die dementierte Meldung wahr ist. Sie haben gerade soviel Grund für ihren Schluss, wie die andern. Kurz, man ist nach dem Dementi des offiziösen Blattes noch gerade so klug wie vorher – man weiß nichts Genaues.

Uebrigens reihen die Meldungen über Differenzen zwischen Kaiser und Kanzler nicht ab. Der Berliner Börsen-Courier behauptet, dass der gegenwärtige Meinungsunterschied zwischen Kaiser und Kanzler in der durchaus verschieden Auffassung über die Churchillsche Flottendebatte zu suchen ist. Der Kaiser und Tirpitz seien in dieser Rede eine versuchte Bevormundung Deutschlands; insbesondere vertreibt Tirpitz den Standpunkt, dass mit England so lange über Rüstungsbeschränkungen nicht verhandelt werden kann, als unsre Festigungen an der Nordsee nicht vollendet sind und der Nordostsee-Kanal nicht ausgebaut ist. Dagegen erblicken der Reichskanzler und der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter in den Ausführungen Churchills eine geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen. Zwischen Bethmann-Hollweg und Tirpitz sind die Beziehungen schon seit langerer Zeit nicht die besten, da der Reichskanzler die erheblich weitergehenden Forderungen des Reichsmarineamts zu den Wehrvorlagen zurückgewiesen und das Reichsmarineamt auf das beschränkt hat, was jetzt durch die offiziöse Veröffentlichung bekannt wird.

Scharf rechts!

Am Sonntag fand eine Sitzung des Zentralvorstands der nationalliberalen Partei statt. Die nationalliberalen Presse gibt von den Verhandlungen den offiziellen farblosen Bericht, aus dem immerhin mittelbar hervorgeht, dass der rechte Flügel die Mehrheit für einen entschiedenen Vortrieb gegen die Jungliberalen gewonnen hat. Man hat beschlossen, diese Richtung vor ein Entweder-Doch zu stellen. Bei Punkt 3 der Tagesordnung wurde folgender Antrag angenommen: „Dem nächsten Vertretertagen den Entwurf einer Statutenänderung vorzulegen, nach dem nur solche speziellen Vereine der Parteiorganisation angeschlossen werden können, welche ihrerseits den Landesverbänden angeschlossen sind und nicht einen besonderen organisierten Geländevertreter mit eigener Spitze bilden.“ Das bedeutet, dass die Jungliberalen entweder ihre Rechte und ihre Landesverbände aufzugeben oder aus der nationalliberalen Partei austreten müssen.

Diese „Jungliberalen“ sind an sich ein Kurosum. Von Jugend her kennt man bei ihnen wenig, und nicht wenig stark bemerkte Häupter zählen zu ihnen. Sie gebärden sich oft als die „schärfere Richtung“ in der Partei, haben aber noch selten

jugendlichen oder schärferen Mut bewiesen. Es ist im Grunde eine Gruppe von Frondeuren, die gern gegen die Führer Radau schlagen. Da aber in dieser Partei ein jeder Führer Politik auf eigne Faust macht, so schwieget diese „Jugend“ vor dem einen Führer und kläfft gegen die andern, ohne dass man eine bestimmte politische Richtlinie dabei erkennen kann. Das Kurosum ist, dass diese Richtung ohne Richtlinie in der Partei, die im Grunde genommen überhaupt keine Organisation hat, eine Sonderorganisation bildet; es bestehen Jugendvereine, die eine eigene Führerschaft haben und besondere „Vertretertag“ abhalten.

Der Vertretertag, auf dem das Verhältnis zu den Jungliberalen entschieden werden soll, wird innerhalb sechs Wochen zusammentreten. Die Jungliberalen haben schleunigst beschlossen, ebenfalls einen Vertretertag einzuberufen.

Dieser ganze Vorstoß gegen die Jungliberalen ist eine Niederlage der Bassermannschen Politik. Die Scharfmacher und Agrarier haben im Zentralvorstand völlig die Oberhand gewonnen. Ein Bericht des Berliner Tageblatts belegt das noch mit folgenden Einzelheiten:

Herr Bassermann wurde zwar wiederum zum Vorsitzenden gewählt, aber bei der Abstimmung über seine Wahl erhielt er nur 70 Stimmen, während nicht weniger als 30 unbeschriebene Zettel abgegeben wurden. Noch unerträglicher für die Richtung Bassermann gingen die Wahlen zum geschäftsführenden Ausschuss aus. Der Führer der Jungliberalen, Dr. Fischer, wurde überhaupt nicht wiedergewählt, ebenso unterlag Dr. Stresemann. Von recht-nationalliberalen Seiten wurden Bedenken gegen die Unabhängigkeit des Herrn Dr. Stresemann laut, für den Fall, dass er den Geschäftsführerposten des Hansabundes übernehme. Obwohl Dr. Stresemann die Erklärung abgab, den Posten nicht annehmen zu wollen, fielen nur 30 von 112 abgegebenen Stimmen auf ihn. Obwohl Herr Bassermann zum Schluß die nationalen Traditionen der Partei und die daraus resultierenden Verpflichtungen für die Gegenwart hervorholte, wurden in der Diskussion die schärfsten Vorwürfe gegen die Fraktion und ihr Verhalten bei der Präsidentenwahl laut, und viele Scharfmacherische Stimmen sahen auch in dem Verhalten bei der zweiten Präsidentenwahl kein Wiedergutmachen des begangenen Fehlers.

Der Strangulationsantrag gegen die Jungliberalen wurde von Bassermann aufs schärfste bekämpft, fand aber trotzdem mit 63 gegen 48 Stimmen Annahme. Das „Hauptverdienst“ an diesem Ausgang soll Führermann zugeschlagen, der auf der ganzen Linie Sieger über Bassermann geblieben sei.

Es bleibt nun abzuwarten, ob der Vertretertag sich auf die Seite Bassermanns oder Führmanns stellen wird. Vielleicht gelingt es noch einmal, den Ris zu verkleistern. Jedenfalls sind die Gegenstände im Innern so groß geworden, dass die Partei, wenn sie zusammenbleibt, nur noch ein durch das Gesetz der Beharrung zusammengehaltener direktionloser Haufe sein kann. Viel mehr ist sie freilich seit langem schon nicht gewesen. Möglich ist auch, dass die Drehschelpenpartei auseinanderfällt wie ein fauler Fisch. Zu bedauern wären die Parteien, denen sich die einzelnen Teile anschließen würden.

Eine Koncession nach links?

Nach der Täglichen Rundschau schwanken Erwägungen, die am Erhöhung und Verbesserung des Schuhes des Wahlgeheimnisses für die Wahlen zum Reichstag bezwecken. Man denkt daran, einheitliche Wahlurnen zu beschaffen, deren Konstruktion das Geheimnis der Wahl sichert und die Möglichkeit einer Beobachtung der Wähler durch irgendwelche Machenschaften mit den Wahlzettelumschlägen ausschließt. Die Wahlurne soll von Reichs wegen den einzelnen Wahlbezirken kostenfrei geliefert werden.

Die Nachricht klingt sehr schön, aber wir werden sie erst dann glauben, wenn der Reichstag offiziell überigt. Es gibt in Preußen eine kleine, aber mächtige Partei, die an der Durchlöcherung des Wahlgeheimnisses stark interessiert ist, deren Mandate arg zu wackeln anfangen, wenn ihnen die Vergewaltigung wirtschaftlich abhängiger Wähler nicht mehr möglich ist. Die Junker werden sich mit Jäthern und Rögeln dagegen wehren, dass man den Landarbeiter ein wirklich geheimes Wahlrecht gibt.

Dass die Regierung nur eine selbstverständliche Anstands pflicht erfüllt, wenn sie dem Standart des Aussichtens der Wahlzettelumschläge in Zigarettenkisten und Suppenterrinen endlich den Garas machen würde, versteht sich. Aber selbstverständliche Anstands pflichten pflegen in Preußen-Deutschland wenig zu gelten, wenn sie gegen die Interessen der Junkerschaft verstößen. Oder glaubt Bethmann-Hollweg, er müsse bei den unsicherer Mehrheitsverhältnissen im Reichstag auch einmal eine Koncession nach links machen. Warten wir ab, ob die Meldung der Täglichen Rundschau sich bestätigt.

Ein Scharfmacher-Projessor.

Die deutsche nationalökonomische Wissenschaft entwidelt sich. Sie pocht sich an – den Bedürfnissen der Unternehmer. Die Zeit, wo die Krupp und Stumm jedem Hochschullehrer der Nationalökonomie als halben Sozialdemokraten aus dem Weg gingen, ist vorbei. Immer mehr Wissenschaftler gehen ins Lager der Scharfmacher.

Dort ist jetzt auch der bekannte Professor Ludwig Bernhard angelangt, der der Berliner nationalökonomischen Fakultät gegen ihren Willen aufgehalst wurde, nachdem er eine wissenschaftliche Rechtfertigung der preußischen Polenverfolgung geschrieben hatte. Er hat jetzt auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, die am 24. März in Düsseldorf tagte, einen Vortrag über Schwerindustrie und Sozialpolitik gehalten, in dem folgende Stellen vorkommen:

Im Massenbewusstsein hat sich die Vorstellung gebildet, dass jede Erkrankung, jeder Unfall zum Sterbenzug führen müsse. Anfolgendes ist die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge des eigenen Körpers gerichtet, und es treten jene nervösen Ercheinungen auf, welche die Kerle als „Nervenkaterie“ bezeichnen. Anfangs vereinzelt vorkommend, ist diese Krankheit allmählich zu einer Epidemie geworden, von der die Kerle aus allen Industriegebieten Deutschlands übereinstimmend berichten. Diese schwächende Nebenwirkung der Arbeiterversicherung ist infolge einer nachgiebigen Rechtfertigung so ins Große gewachsen, dass die Einrichtungen, mit denen man fröhige und frohe Menschen heranziehen wollte, zur Degeneration unseres Volkes zu führen drohen.

Auch in der Arbeiterschulgesetzgebung sind Zeichen der Dekadenz zu erkennen. Nebeneifrige Sozialpolitiker sind am Werke, die

ohne Kenntnis der Praxis neue Maßnahmen fordern, um sich den Arbeiternößen gefährlich zu zeigen...

Als vor kurzem hat man hoffen können, daß diese Gefahren der autoritären Sozialpolitik durch das Erstarken der Selbsthilfe und durch eine ruhige und zweckmäßige Entwicklung der Arbeiterorganisationen aufgeglichen werden, jedoch leider wird diese Neuerzeugung durch die Ereignisse der letzten Jahre erschüttert; Ereignisse, die sich in der Praxis aller Industrieländer abspielen. Anarchistische Methoden, Sabotage, Terrorismus werden gepredigt und verbreiten sich nicht nur in Frankreich, Italien und Belgien, sondern auch in Deutschland, England und auf dem Arbeiterkontinent Australien, dessen sozialpolitische Einrichtungen neuerdings allzu leicht gerüttelt werden.

Mit dieser Entwicklung hängt die Frage des Schutzes der Arbeiterschaft eng zusammen; solange man glaubte, daß sich die Arbeiter allmählich zu wohlgearbeiteten Organisationen zusammensetzen würden, welche ein Element der Sicherheit und der ruhigen Entwicklung bilden, mußte man fordern, daß die Regierung diese Entwicklung nicht durch einen allzu bereitwilligen Schutz des Outsiders, der Arbeiterschaft aufhebe. Sobald man jedoch erkannte, daß jener Glaube ein Irrtum war, da viele Organisationen infolge der Oligarchie der Führer und aus anderen Gründen entarteten, mußte man den Schutz der Arbeiterschaft als ein wesentliches Moment ansehen, um den drohenden Terrorismus der Arbeiterorganisationen zu verhindern. Hier darf der Staat nicht un懿ig ansetzen, und nichts wäre gefährlicher als eine Politik der getrennten Arme.

Man kann auf die Dauer nicht dulden, daß Institute der sozialen Sicherung als Werkzeuge einer politischen Partei missbraucht werden. Man muß die unehrenwerte Praxis bekämpfen, durch welche Krankheit und Stere, Unfall und Kente so fest zusammengeklammert werden, daß die Rentenanstalter eine Volkssanktions geworden ist, und man muß allen jenen Überbelastungen entgegen treten, welche die Unternehmenslust durch staatliche Kontrollen hemmen, sonst wird das, was ein Segen war, zum Fluch werden.

Der Herr Professor hat den Scharfmachern aus dem Herzen gesprochen. Und in der Tat, was können sie mehr verlangen. Der Herr hat unter Mißachtung aller harten Tatsachen, die seinen Behauptungen entgegenstehen, Stimmung für Stillsetzung und Verschlechterung der Arbeitersicherung, des Arbeiterschutzes und für eine Zuchthausvorlage gemacht. Ein brauchbarer Mann. Er kann noch weit bringen im Deutschen Reich!

Berlin, 26. März. Nach der täglichen Rundschau ist ein Reichskartellgesetz in Vorbereitung. Es schweben Erwägungen darüber, ob man ein Reichskartellamt als besondere Abteilung im Reichsamt des Innern, oder als eigenes Amt, etwa nach dem Vorbild des Aufsichtsamts für Privatversicherung, einrichten soll. Das Kartellamt soll die Aufgabe haben, die Kartelle einer genauen Beaufsichtigung zu unterwerfen, ihre Sanktionen zu prüfen und zu den Beratungen der Kartellräte einen Kommissar zu entsenden. Ferner soll ihm das Recht zustehen, gegen unbefähigte Kartelle gewisse Maßnahmen zu ergreifen. Vorgesehen ist ferner die Führung eines Kartellregisters.

Die Bildung einer Zwangsgenossenschaft der Halter von Kraftfahrzeugen ist in Aussicht genommen.

Ein geistlicher Stilllebensverbrecher. Vor einigen Wochen erhob unter Parteiblatt in Duisburg, die Niederrheinische Arbeiterzeitung gegen den Kaplan Ludwig Sassen in Wilhelm a. d. Ruhr den schweren Vorwurf, daß er den Beichtstuhl zu unsittlichen Zwecken missbraucht, mit Männern und Frauen in Geschlechtsverkehr stehe und einem von ihm geschwängerten Mädchen Abtreibungsmitel angeboten habe, worauf er das Mädchen fliegen ließ. Die Zentrumspresse erklärte in erregten Notizen diese Behauptungen für gemüthliche Verleumdungen und es wurde auch Klage gegen das genannte Blatt angestellt. Jetzt hat der beschuldigte Kaplan das Urteil gesucht; die Polizei erklärt, er sei vergangen, unbekannt wohn. Der sächsische Kaplan Sassen hat noch während der letzten Reichstagswahl für das Zentrum agiert und im Verein mit den Nationalliberalen die sozialdemokratischen „Feststeller der Familie und Ehe“ nach besten Kräften bekämpft.

Oesterreich-Ungarn.

Graf Schuen mit der Neubildung des ungarischen Kabinetts betraut. Wien, 25. März. Der ungarische Ministerpräsident erschien heute vormittag abermals bei Kaiser Franz Joseph in Privataudienz. Graf Schuen erhielt den Auftrag, sich mit leitenden ungarischen Personen über die Möglichkeit einer Entzweiung der Krone in Verbindung zu setzen. Der Kaiser sprach den Wunsch aus, daß Graf Schuen die Zeitung der Geschäfte wieder übernehme. Der ungarische Ministerpräsident hatte sich bereits gestern mit dem Finanzminister Dr. v. Lukacs telefonisch in Verbindung gesetzt zum Zwecke gemeinsamer Beratungen, wodurch die Revolutionäre eine Wollung finden soll. Ob das neue Kabinett Schuen Hederwangs in seiner Zusammensetzung unverändert bleibt, dürfte erst später entschieden werden.

Frankreich.

Berstide Deportation.

Paris, 25. März. Die Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Entsendung bestimmter nach dem gemeinen Recht berüttelter in die afrikanischen Bataillone vorgesehen wird. Dem Kriegsminister steht jedoch das Recht zu, die Entsendung hinzuhalten. Auch Angehörige der Armee des Mutterlandes, welche sich solcher Taten der Disziplinlosigkeit schuldig gemacht haben, die sie als eine Gefahr für das Heer erachten lassen, sollen von jetzt an den afrikanischen Bataillonen zugewiesen werden.

Rußland.

Mäßige Finanzverhältnisse.

London, 25. März. Dem Evening Standard zufolge wird als unmittelbar bevorstehend die Ausgabe einer neuen russischen 4% pro-

zentigen Eisenbahnscheine im Betrage von 1400000 Pfund Sterling erwartet. Der Kurs soll sich auf etwa 97½ Prozent stellen.

Bei einer Verzinsung von 4% Prozent ist ein Emissionskurs von 97½ Prozent als recht niedrig zu bezeichnen, ein Beweis, daß die osteuropäischen Finanziers die Lage des russischen Geldmarktes recht pessimistisch beurteilen.

Griechenland.

Die Wahlen.

Athen, 25. März. Nach den bisher bekannten Wahlergebnissen haben die Anhänger Venizelos' eine ansehnliche Majorität erlangt. Alle Minister sind wiedergewählt worden, von früheren Ministern sind Mauronitis und Theotolis gewählt. Phalys, einer der Führer der Oppositionspartei, ist durchgesessen. Die Wahl Amanis ist noch nicht sicher.

Aus Kreta wird gemeldet, daß die 60 Deputierten, die zur Vertretung Kretas im griechischen Parlament nach Athen gesendet werden sollen, bereits gewählt sind.

Perlen.

Russische Arbeit?

Tschernjachow, 25. März. In Meshed hat zwischen Anhängern des ehemaligen Schahs und Konstitutionalisten ein ernster Kampf stattgefunden. Der russische Generalkolonel hat infolgedessen den Belagerungsstand proklamiert. In Meshed befinden sich ungefähr 2000 Männer russischer Truppen.

Meshed, 25. März. Die in der Festung befindlichen persischen Truppen machten einen Ausfall gegen die Stadt, wo ein Schachmobil begann. Anfolgedessen sah sich der Kommandierende der russischen Streitkräfte, General Niedko, genötigt, die Herstellung der Ordnung und Sicherheit auf sich zu nehmen.

Der neue Wonom, in Persien zu bleiben, wäre also gegeben. Der russische Kuban ist seine Schuldigkeit.

Der Effekt der russisch-englischen „Allianzierung“.

Tschernjachow, 25. März. Die Preise sind auf das Niveau gestiegen; die Zahl der Bettler hat sich verdoppelt. Ursache dieser Missstände ist die Kornspekulation, an der nach der Volkszählung die Minister beteiligt sind. Benannt werden als Schuldige Ghavam es-Salanch und der Stadtdar. Vor ihren Wohnungen haben Mengen hungriger Frauen große Zumutungen veranstaltet. Der Generalschaymeister Mornard hat die Verantwortung abgelehnt.

Paraguay.

Die Clique an der Jüterkrippe.

Buenos Aires, 25. März. Eine Blättermeldung aus Asuncion aufzeigt die provisorische Regierung die Auflösung des Senats und der Kammer. Emilio Gonzalez übernahm provisorisch die Präidentschaft der Republik. Er schreibt die Wahl des Präsidenten, der Senatoren und der Deputierten noch vor dem 1. Juli aus. Das Kabinett ist bereits gebildet; Eugenio Ayala übernahm das Portefeuille des Auswärtigen.

Sächsische Angelegenheiten.

Verschächerung von Bodenschäden.

Nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse kann es heute kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß die von uns befürchtete Auslieferung der Brambacher Radiumquellen an die privatkapitalistische Spekulation zur Tatsache werden wird, ja vielleicht inzwischen schon perfekt geworden ist. Das Radium besitzt bekanntlich eine außerordentlich große Heilkraft für gewisse Krankheiten, besonders bei Rheumatismus und Gicht. Als sich herausstellte, daß in Sachsen an verschiedenen Stellen radiumhaltige Wasser zutage treten, von denen die in der Gegend von Brambach im oberen Vogtlande den stärksten Gehalt an Makroelementen besitzen, der bisher überhaupt irgendwo festgestellt wurde, erließ die sächsische Regierung im Jahre 1909, im Einverständnis mit dem Landtag, das sogenannte Radiumgesetz, wodurch das Recht auf Verwertung der radioaktiven Eigenschaften solcher Wasser dem Staate vorbehalten wurde. Die selbstverständliche Konsequenz dieses Gesetzes hätte, so sollte man meinen, nun sein müssen, daß der Staat sich in den Besitz der radioaktiven Quellen setzte und das kostbare Nationalgut ihrer Heilkraft der Allgemeinheit zugänglich mache. Aber nichts von allem geschah. Die sächsische Regierung sah, obwohl ihr die hohe Radioaktivität der Brambacher Quellen durch die Untersuchungen ihrer Sachverständigen bekannt war, zu ruhig zu, wie ein Konsortium von Privatkapitalisten ein Quellgrundstück nach dem andern in seine Hände brachte. Und als dieses Konsortium dann um die Konzession zur Verwertung der Brambacher Wasser einkam, lehnte es dies nicht etwa kurzerhand ab, sondern verhandelte im Gegenteil monatelang über den Abschluß des Konzessionsvertrags.

Diese Verhandlungen sind, wie es scheint, jetzt zum Abschluß gelangt. Der Konzessionsvertrag, der sich auf nahezu alle wertvollenen, in der Gegend von Brambach zutage tretenden Radiumquellen erstreckt, soll bis zum Jahre 1955 laufen. Auf mehr als vier Jahrzehnte will die sächsische Regierung die äußerst wertvollen Bodenschäden, auf die die Gesamtheit der Staatsbürger ein Anrecht besitzt, der privatkapitalistischen Ausbeutung in die Hände geben. In einem Moment, in dem Sachsen eine Kulturtat hätte leisten können, geben kleinste sächsische Interesse und bürokratische Engherzigkeit den Ausschlag zugunsten privater Spekulation und Profitjägerei, mit der Staat und Kommunen bereits die allerhöchstmöglichen Erfahrungen gemacht haben. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man sich im Ministerium des Innern dieser Absicht anfänglich entschieden widergesetzt und die Anschauung vertreten hat, die Brambacher Wasser seien in Staatsbesitz zu übernehmen, zumal das staatliche Bad Elster ein starkes Interesse daran hat, in seiner nächsten Nähe nicht ein neues Konkurrenzbad aufzulösen zu lassen. Aber dieser Standpunkt fand im Finanzministerium, das in allen Fragen von finanzieller Bedeutung das letzte Wort hat, keine Gegenliebe. Man schuf dort ängstlich vor den Kosten zurück, die die Übernahme der inzwischen zu wertvollenen Spekulationsobjekten gewordene Brambacher Quellgrundstücke verurteilt hätten, und verschänkte sich hinter allerhand Bedenken, daß die

Heilkraft des Radiums noch nicht einwandfrei genug festgestellt sei und daß möglicherweise sich auch anderwärts noch Radiumwasser finden könnten, die den sächsischen Konkurrenten bereiten würden. So kam es, daß den von solchen Skrupeln nicht geplagten Privatkapital das Recht auf Verwertung der radioaktiven Quellen schließlich erhielt wurde.

Es ist zu erwarten, daß die Regierung, wenn die Angelegenheit im Landtag zur Sprache kommen wird, sich darauf hinausredet, daß sie durch den Konzessionsvertrag sich nicht nur ein weitgehendes Aussichtsrecht über den Betrieb der Brambacher Sprudelgesellschaft und einen Anteil am Reingewinn des Unternehmens gesichert, sondern auch noch eine Reihe anderer Vorteile für Bad Elster und die minderbemittelten Kreise erzielt habe. Auch daß der Staat von einem gewissen Zeitpunkt an das Recht des Ankaufs des Brambacher Quellgebiets und der darauf errichteten Anlagen besitzt — was sich allerdings nur unter Aufwendung ganz enormer Summen ermöglichen lassen würde —, wird ins Feld geführt werden. Das alles ändert aber nichts an dem Kardinalpunkt, daß ein wertvolles Nationalgut, ähnlich wie das früher schon mit den Erz- und Kohlenschäden geschehen ist, der Privatspekulation ausgeliefert werden soll — zum Schaden der Allgemeinheit.

Wir haben oben die Vermutung ausgesprochen, daß der endgültige Abschluß des Konzessionsvertrags bereits erfolgt sein dürfte. Die Verantwortung für diesen folgenschweren Schritt wird in erster Linie die Regierung, in zweiter Linie aber auch der Landtag zu tragen haben. Ist auch zuzugeben, daß den Ständen ein umstrebbares Recht der Mitbestimmung bei dem Abschluß solcher Verträge nicht zusteht, so hätten sich doch recht wohl Mittel und Wege finden lassen, um die Verschächerung wertvoller Bodenschäden zu verhindern, wenn nur der Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Daß dieser Wille fehlt, ist dem kapitalistischen Klassencharakter der bürgerlichen Parteien geschuldet, für die noch immer das Interesse ihrer Klasse über das der Allgemeinheit gegangen ist. Das Brambacher Beispiel bietet so nur einen Beweis mehr dafür, daß die wahre Förderung des Allgemeinwohls nur in der sozialistischen Gesellschaft möglich ist.

Die jüngsten Lehrermahregelungen im Dresdner Stadtparlament.

In der letzten Stadtvorberiedlung zu Dresden stand auf der Tagesordnung die Wiederwahl des Stadtrats Dr. Matthes, des Leiters des städtischen Schulamtes, dessen sechsjährige Amtsperiode in Kürze abläuft. Die Wiederwahl ist nach den Bestimmungen der Neubildeten Städteordnung gleichbedeutend mit der Wahl auf Lebenszeit. Aus diesem Anlaß nahm der fortschrittliche Stadtverordnete Reichsanwalt Lehmann an Gelegenheit, auf verschiedene Bedenken aufmerksam zu machen, die bezüglich der Wiederwahl des Stadtrats Dr. Matthes bei seinen engeren politischen Freunden bestanden. Dr. Matthes sieht seit etwa einem Jahre an der Spitze des Schulamtes und in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit schon schon in zwei Fällen Lehrermahregelungen vorgenommen. Obgleich die Mahregelung jener alten Lehrer, die sozialdemokratische Volksversammlungen, in denen zur Volkschulreform Stellung genommen wurde, bejahten und dort ihre Ansicht vertraten, vom Kollegium und auch von der Mehrheit der zweiten Kammer entschieden missbilligt worden sei, wobei zum Ausdruck gebracht worden wäre, daß das eingeschlagene Besserungsverfahren augenhörig des Disziplinarverfahrens ungeschickt sei, habe Herz, Dr. Matthes daraus keine Lehre gezogen. Am 20. Februar seien wieder zwei Lehrer der Cottaer Bezirksschule gemahnt worden, weil sie in einer amtlichen Konferenz, in der ein Referat über die Bedeutung und Aufgaben der Elternabende gehalten worden waren, und wobei der Referent betont habe, daß, namentlich in einer Gegend, wie Cotta, wo die Eltern der Schüler meist sozialdemokratisch gesinnt seien, die Erörterung politischer Streitfragen nicht in die Elternabende hinzugezogen werden dürfe, wenn ihr Zweck — Annäherung von Schule und Elternhaus — erreicht werden sollte, die Ansicht des Referenten geteilt und ebenfalls betont worden, daß von den Elternabenden jede Politik fernzuhalten sei. Das über die Konferenz geführte Protokoll sei sehr ungünstig gefaßt gewesen. Die beiden Lehrer hätten sich um eine Abänderung bemüht, sich aber beruhigt, als ihnen der Direktor versicherte, daß ihnen daraus keine Unannehmlichkeiten erwachsen würden. Tatsächlich sei es aber anders gekommen. Das Protokoll sei an die Bezirksschulinspektion gewandert, ebenso habe der Direktor dem Oberschulrat Dr. Priezel Mitteilung gemacht. Die beiden Lehrer erhielten darauf eine Vorladung; sie sollten erklären, daß sie noch auf nationalem Boden stünden. Sie wurden einzeln vernommen. Dem ersten wurde sofort mitgeteilt, daß gegen ihn das Disziplinarverfahren eröffnet und auf eine Erwahnung im Besserungsverfahren erkannt worden sei. Ein Verhöle vorher hatte es überhaupt nicht gegeben, der Lehrer durfte sich erst hinterher rechtfertigen. Ähnlich sei mit dem zweiten Lehrer verfahren worden, dem der Stadtrat Dr. Matthes sogar Zeige vorgegeworfen habe. So sollte ein Mann, der an der Spitze eines Schulwesens in einer Stadt wie Dresden stehe, denn doch nicht gegen Lehrer vorgehen. Das ganze Verfahren sei zu missbilligen. Die Lehrer haben nur Gutes gewollt und nichts andres getan, als der nationalliberalen Abgeordnete Hettner, der in der Sitzung der zweiten Kammer vom 7. Dezember v. J. die Politik aus der Schule verbannen wissen wollte. Es besteht tiefer Vertrauen gegen diese Amtsführung; trotzdem sollte aber doch nicht der Stadtrat Dr. Matthes gebrochen werden, weil er sich früher im Hauptpolizeiamt als tüchtiger Beamter bewährt habe und weil es auch möglich sei, daß er wieder einmal in ein anderes Amt komme, wo er sich besser bewährt. Hier habe er allerdings das freie Wort unterdrückt. Hettner und seine Freunde gaben sich der Hoffnung hin, daß das, was gesagt worden sei, nicht ohne Eindruck auf Dr. Matthes bleibe und daß er die Mahregelung zurücknehmen werde. Die äußerste Linke schloß sich dieser Kritik, auf die die Rechte wiederholte durch Lachen reagierte, an, erklärte aber, daß sie daraus auch die Konsequenzen ziehen und durch Abstimmung, welcher Zeitest den heutigen Stadtschulrat ablehnen müsse. Genosse Ritschke führte noch aus, daß Dr. Matthes sich bisher allen liberalen Forderungen auf dem Gebiet des Schulwesens schroff ablehnend verhalten, daß er, wenn auch erfolglos, so doch unter Drohungen verucht habe, den Lehrerausschuß für Jugend- und Berufswanderungen zum nationalen Bund für Jugend- und Berufswanderungen zu übertragen. Dr. Matthes habe die Schule zu jenseits hinüberzulegen. Dr. Matthes habe die nationalen und politischen Zwecken mißbraucht.

Kreuzstern

MAGGI's Bouillon-Würfel

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

zeichnen sich durch feinen, natürlichen Fleischbrühschmack aus und werden wie hausgemachte Fleischbrühe verwendet zu Bouillon-Suppen, Saucen, Gemüsen usw.

MAGGI gute, sparsame Küche

(Großer Vorrat rechts und bei den Nationalliberalen; lebhaftester Beifall bei den Sozialdemokraten; der Vorsteher rügt den Ausdruck als zu weitgehend.) Die Sprecher der Rechten, der Realgymnasiallehrer Dr. Thümmler und der Buchbindemeister Unrau nehmen natürlich den angegriffenen Stadtschulrat in Schutz, indem sie erklären, mit der „etwas straffer und energischeren Lehrtung“ im Schulamie nur aufzudenken sei können. Sehr bezeichnend waren die Ausführungen des national liberalen Rechtsanwalts Dr. Kaiser, der es nicht für möglich hält, bei der Wiedermahl eines Stadträts auf Lebenszeit solche Dinge zur Sprache zu bringen (!). Dr. Matthes könne sich heute auch nicht verteidigen. Dessen Amtstätigkeit habe bisher noch zu keinen Beantwortungen geführt, man sollte froh sein, daß eine solche Arbeitskraft der Stadt erhalten bleibe und daher Dr. Matthes einstimmig wiederwählen. Man könne vielleicht (!) später (!) auf die Sache zurückkommen. Unangenehm war es ihm auch, daß die Sache in öffentlicher Erörterung zur Sprache gebracht wurde. Schließlich wurde Dr. Matthes mit 57 von 78 abgegebenen Stimmen wiedergewählt; 16 Jetzten waren unbeschrieben. Es haben also auch einige freimaurische Jetzten abgegeben. Das Verhalten der Nationalliberalen bei dieser Debatte wird die Lehrer ganz Sachsen besonders interessieren.

Ein freies Steuerobjekt.

In dem Orte Promnitz a. d. Elbe haben die Einwohner wie überall die bekannten blauen Jetzten ausgestellt erhalten, die daran erinnern, daß jeder seinen Tribut an Staat und Gemeinde zu entrichten hat. Zwei Eingesessene erschien das eingehägerte Einkommen zu hoch, weshalb sie beim Gemeindevorstand vorstellig wurden und um Entlastung in das Steuerkataster nachsuchten, was ihnen auch gewährt wurde. Ihre Quote wies zu ihrem nicht geringen Erstaunen 200 Mark Einnahmen für Agitation auf. Dagegen protestierten beide natürlich ganz entschieden. Wenn ein Arbeiter für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung Propaganda macht und dafür Steuern zahlt soll, weil eine vorsorgliche Behörde annimmt, aus dieser Quelle fließt ein gewisser Entommen, dann kann das zu netten Perspektiven Veranlassung geben.

Gegen die Volksschulreform. In einer vom Liberalen Verein für Bauern und Umgegend einberufenen öffentlichen politischen Versammlung sprachen die Herren Pastor Ende-Lichtenstein und Kaufmann Michael Pudor-Kleinhardt über den Volksschulreformvorschlag. Die Versammlung war von etwa 300 Personen besucht. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die auf Einladung des Liberalen Vereins für Bauern und Umgebung versammelten Eltern und Freunde der Schule erblicken in dem Volksschulreformvorschlag nicht die Grundlage für eine geistige Weiterentwicklung des sächsischen Volksschulwesens und des sächsischen Volkes. Sie erwarten, daß durch die Verhandlungen des Sonntags 1. der Idee der allgemeinen Volksschule ohne Trennung der Kinder nach Konfession und Vermögen der Eltern und Uneniglichkeit des Unterrichts und der Lehrräume, 2. der Idee der Arbeitsschule, 3. der Reform des Religionsunterrichts und 4. der Idee der Selbstverwaltung der Schule mit Schaffung eines selbständigen Unterrichtsministeriums Rechnung getragen wird.

Grimma. Wegen Errichtung eines Verbandskrankenhauses waren kürzlich im hiesigen Rathaussaal 60 Vertreter der im Bezirk liegenden Städte und Landgemeinden versammelt. Hierbei führte Bürgermeister Löbeck aus, daß die Stadt Grimma von der Kreishauptmannschaft wiederholt aufgefordert worden sei, ihr altes, den neuzeitlichen Anforderungen nicht mehr entsprechendes Krankenhaus durch einen Neubau zu erheben. Dieses alte Krankenhaus sei ja auch den umliegenden Gemeinden zur Unterdringung ihrer Kranken geschlossen worden, doch habe man, bei Abschluß des Vertrags mit dem Bezirk, die beschränkte Bestimmung einzufügen müssen, daß es nur „soviel Platz vorhanden sei“ zur Verfügung gestellt werde, auch habe man gewisse ansteckende Krankheiten von der Aufnahme ausschließen müssen. Dem Drängen der Kreishauptmannschaft gegenüber wurde Grimma möglicherweise doch ablehnend verhalten können, wenn es alle auswärtigen Kranken von der Aufnahme ausschließe; aber er halte dies weder im Interesse der Stadt, noch im Interesse der umgebenden Landchaft liegend. Obermediarinalrat Dr. K. in d. b. befürwortete die Errichtung eines gemeinsamen Krankenhauses. Goh. Reg.-R. Hänichen bemerkte, daß zunächst

festgestellt werden müsse, ob ein Bedürfnis vorhanden sei. Er habe festgestellt, daß im Jahre 1911 nur ein Gemeindekrankenhaus im Grimmaer Krankenhaus verpflegt worden ist. Bürgermeister Willer-Rauenhof und Bürgermeister Löbeck bestätigten diese Angabe dahin, daß außer den von dem Bezirk unterstütteten Gemeindekrankhaften zahlreiche auswärtige Kassenkrankte dem Krankenhaus zugewiesen wurden. Bürgermeister Willer bestätigte die für solche Krankte vom Verband Rauenhof 1911 gezahlten Kosten auf mehrere Tausend Mark und wies darauf hin, daß nach Besuch in Leipzig, Wurzen und anderen Krankenhäusern möglichstweise bei Überfüllung den Gemeinden die Aufnahme verfohlen könnten, wie es tatsächlich der Stadt Grimma bei der Poliklinik am 1911 in Leipzig ergangen ist. Nach weiteren Verhandlungen wurde der Vorschlag angenommen, einem Ausschuß die Vorbereitung der Frage der Errichtung eines Verbandskrankenhauses zu übertragen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der 18jährige Knabe Horst Günther in Annaberg half einer 20jährigen Bürgerstochter beim Wäschemangel. Dabei ist er von dem in Bewegung gelegten Wagen der elektrisch betriebenen Wäscherei beratt an einen Balken gerollt worden, daß ihm Kopf und Brustkorb eingeschlagen worden sind. Der Knabe, Sohn einer Klempnermeisterin, war sofort tot. — Eine überraschende Auflösung hat in Annaberg eine Express-Affäre gefunden, in der ein Geschäftsmann unter Drohungen aufgesperrt wurde, erst 500 Mark, dann, als dies nicht erfolgt war, 1000 Mark am Schredenbach niedergelegen. Als Schreiber ist ein noch schulpflichtiger Bursche entdeckt worden. Man glaubt, es mit einem Dummenjungenstreit zu tun zu haben, der dem Betreffenden jedoch nicht gut zu stehen kommen dürfte. — Ein aufregender Vorfall spielte sich in Chemnitz auf der Theaterstraße nahe der Nikolaikirche ab. Als ein mit Eisenstücken schwer beladener Wagen des Wege kam, riss sich der 52 Jahre alte Eisenleger K. aus Chemnitz plötzlich das Radet vom Leib und warf sich unter den Wagen, der ihm über den Leib ging. Schwerverletzt und bewußtlos wurde der Lebensmüde, der durch ehemaligen Zwist zum Selbstmordversuch veranlaßt worden sein soll, in das Stadtkrankenhaus gebracht. — An dem Raubanfall in Chemnitz ist noch mitzuvernehmen, daß außer den verhafteten beiden Brüdern Junghans noch ein 18 Jahre alter Handarbeiter namens Engler aus Dresden an dem Überfall beteiligt ist; er soll noch Angaben der Gebrüder Junghans der Aufsteller zu der Tat sein. — In Freiberg erfolgte in den Geschäftsräumen der Konfektionsfirma Hirschfeld eine Sabotage. Es ist nur der Kochstuhl stark beschädigt und nicht, wie andre Verdächtigen lauteten, das ganze Gebäude eingeschert worden. Der Inhaber des Geschäfts wurde leicht verletzt.

Aus den Nachbargebieten.

Der sächsische Provinziallandtag und die Steinseeraussperrung.

Nach Beendigung der Aussperrung im Regierungsbezirk Merseburg hatte, wie wir seinerzeit berichteten, der Verband der Steinseehäfen im September v. J. eine Denkschrift an sämtliche Ministerpräsidenten gerichtet. In dieser Denkschrift wurde lebhafte Beschwerde darüber geführt, daß eine ganze Anzahl von Beamten vom Landrat herab bis zum Gemeindedienner und Chausseeaufseher, vor und während der Aussperrung in einer Weise zugunsten der Unternehmer eingegriffen hatten, die weit über das Maß ihrer Befugnisse hinausgingen, zum Teil direkt ungesetzlich war. Es wurden einzelne dieser Beamten Dinge nachgewiesen, die, wenn sie von Arbeitern in ihrem eigenen Interesse begangen worden wären, diesen Anklagen über Anklagen wegen der verschleierten Delikte eingetragen hätten. Da war nachgewiesen, daß verschiedene Landesbauräte den Unternehmern den Abschluß von Tarifen mit der Arbeiterorganisation direkt verboten und ihnen für den Fall der Zwangsabhandlung mit Entziehung der Arbeiten gedroht hatten. Da wurden Fälle angeführt, wonach förmliche Beamte den nicht aussperrnden Unternehmern die Entziehung der Arbeiten angedroht und diese Drohung zum Teil auch ausgeübt hatten, weil sie nicht Mitglieder der aussperrnden Unternehmerorganisation werden wollten, usw. Alle Fälle waren mit Namen und Daten belegt.

Nun hat sich kürzlich der sächsische Provinziallandtag mit dieser Denkschrift beschäftigt, d. h. er hat die Sache in knapp zwei Minuten erledigt. Der Referent, Oberbürgermeister Dr. Schmidt-Erfurt, bezeichnete die Petition als zur Beratung im Plenum ungeeignet, worauf die Versammlung über die Denkschrift zur Tagorderung überging. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche schweren Vorwürfe und Anschuldigungen in der Denkschrift gegen eine ganze An-

zahl namenlich angeführter Beamten erhoben werden sind, dann kann man aus der Art der Erledigung nur den einen Schluß ziehen, daß diese Vorwürfe der mit der Beratung betrauten Kommission so ungeheuerlich erschienen sind, daß sie Bedenken trug, sie in der Öffentlichkeit erörtern zu lassen. Hätte dagegen nachgewiesen werden können, daß die erhobenen Anklagen nur in einzelnen Punkten der Wahrheit nicht entsprachen, dann hätte man sich die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen, den Nachweis zu führen, wie auch in diesem Falle die böse Sozialdemokratie gegen die pflichtgetreuen Beamten geht... Man hätte es dabei wohl nicht einmal bewenden lassen, sondern hätte gegen die Unterzeichner der Denkschrift Anklage wegen Beamtenbeleidigung erhoben. Das alles ist nicht geschehen. So darf man also doch wohl annehmen, daß den Beamten, die da geglaubt haben, sie müßten sich als die Haushälter der Schauspielerorganisation betrachten, in geeigneter Weise entgagmacht worden ist, daß sie dafür vom Staat und seinen Bürgern nicht bezahlt werden.

Sangerhausen. Aus dem D-Zug, der früh 1/2 Uhr hier eintrifft, flüchtzte zwischen den Stationen Groß-Werder und Nordhausen ein Russe, der als gehetzt aus einer Wiedebadener Nervenklinik entflohen und mit seiner Tochter auf der Heimreise begriffen war. Die Tochter, die eingeschlafen war, bemerkte das Glehen ihres Vaters erst kurz vor der hiesigen Station. Die verständigte Polizei wurde gefunden. Ob es sich um einen Unglücksfall oder Selbstmord handelt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Zeitz. Ein schwerer Unfall, der zwei Menschenleben forderte, ereignete sich am Sonnabend vormittag auf der benachbarten Grube Marie. Durch niedergehendes Erdreich wurden zwei Bergleute, der 51jährige Franz Sadje aus Zeitz und der 38jährige Friedrich Mühlow aus Aue verschüttet. Sie konnten trotz der sofort vorgenommenen Rettungsarbeiten nur als Leichen geborgen werden. Beide Bergungslüste waren Familienväter.

Gerichtszaal.

Eine unpolitische Tat.

Vorige Woche fand vor der Strafkammer zu Meissen die Verhandlung wegen Tötung des Hoboken-Sergeanten Maasch vom Infanterie-Regiment Nr. 180 statt, der in der Nacht zum 11. Dezember v. J. durch ein Mitglied der inzwischen aufgelösten „Jeunesse Lorraine“ auf der Straße erschossen wurde. Der Täter, der neunzehnjährige Schreiber Ludwig Martin, gestand nach anfänglichem Zeugnen, den Schuh abgegeben zu haben, jedoch ohne die Absicht zu töten; er habe lediglich einen Schreckschuss abgegeben. Die Anklage lautet gegen Martin, die beiden Samain, den Geschäftsführer Karl Geny und den Elektroloren Bild, der sich in Begleitung des Maasch befand, auf Beteiligung an einer Schlägerei, in die sie nicht ohne ihr Verschulden hineingesogen wurden und durch die der Tod des Maasch verursacht wurde (§ 227 d. StGB), ferner gegen Martin auf Tragen einer geheimen Waffe und fahrlässiger Tötung des Maasch und gegen die beiden Samain sowie gegen Geny auf gemeinschaftliche, vorsätzliche Körperliche Handlung des mit ihnen angellagten Bild. Das Urteil lautet gegen Martin wegen fahrlässiger Tötung und unerlaubten Waffentragens auf zehn Monate Gefängnis bei voller Anrechnung der Untersuchungshaft. Die vier übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Kosten wurden Martin auferlegt.

Die Verhandlungen zeigten, daß die Anstrengungen der alten Blätter, wonach der Tat gewissermaßen politische Motive unterlegen hatten, ganz unberechtigt waren. Sie hatten mit den französischen Tendenzen der „Jeunesse Lorraine“ nichts zu tun.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Mittwoch:

Speisenkarte I (Zehnnerstrasse 9): Rind mit Schweinefilet.
Speisenkarte II (Zehnnerstrasse 1): Weiße Sohnen mit frischer Wurst.

Speisenkarte III (Wittenbergstrasse 24): Reis und Spargel mit Rindfleisch.

Speisenkarte V (Zehnnerstrasse 1): Rind mit Kartoffelsalat.

Speisenkarte VI (Königstrasse 10): Kartoffelsalat und Rindfleisch.

Speisenkarte VII (Zehnnerstrasse 5): Kartoffelsalat mit Schweinefleisch.

Speisenkarte VIII (Webermannstrasse 35): Reis und Spargel mit Rindfleisch.

Hilfe für Magenkränke

durch aktive Sauerhoff bringt Priortley-Magnes, Superoxyl Probe! — Kl. Prosp. gratis durch Engel-Apotheke, Leipzig, Markt 12

Alexander Schaedel
Reichsstrasse 14
Filiale
Grimmaische Strasse 27
Bruchbänder : Leibbinden
Artikel zur
Wochen- und Krankenpflege.

Ein Wink für Kranke.

Deutschland besitzt im Zamscheider Stahlbrunnen einen Heilsatz ersten Ranges, der verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugängig gemacht zu werden. (Geh. Medizinalrat Professor Dr. Liebreich.)

„Das Wasser ist großartig in seinen Wirkungen. Es ist in der beigegebenen Broschüre bezüglich der Wirkungen nicht zu viel gesagt, eher zu wenig. Ich habe es angewandt gegen Verdauungsbeschwerden, Mattigkeit in den Blüten, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Neurose, Angstgefühl, Blutandrang nach dem Kopfe usw. Mit all dem räumt Ihr Stahlbrunnen gründlich auf.“ — „Das Zamscheider Stahlbrunnen-Wasser ist das einzige Mittel, welches mir in meinem schweren Nervenleiden Hilfe brachte.“ — „Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war mir ein anderer Mensch.“ — „Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur brauchte und die ersehnte Hilfe gefunden habe.“ — „Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht.“ — „Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau verblüffend gewirkt.“ — „Es ist für alte Leute eine wahre Wohltat.“ — „Das Wasser ist einfach tödlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwirkend auf der ganzen Welt da.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kurern sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkturen im Hause warm empfohlen. Keine Verfälschung. Ausführliche Mitteilungen über Kurserfolge, Anwendungsbereich und Preis des Brunnens kostenlos durch: Zamscheider Stahlbrunnen in Boppard a. Rh. O. 40

Bericht über den Schlachtwiehmarkt

a) Auftrieb:

577 Rinder u. zwar 161 Ochsen, 122 Bullen, 19 Kalben, 268 Kühe, 7 Fresser, 345 Räuber,
628 Schafe; 2310 Schweine; zusammen 4960 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark:

Viertelung	Bezeichnung	Lebende Gewicht	Schändle Gewicht
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwert bis zu 6 Jahren	— 91-95	
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete	— 84-90	
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	— 75-88	
	4. gering genährt jeden Alters	— 68-74	
Bullen	1. vollfleischige ausgewachsene, höchsten Schlachtwert	— 85-88	
	2. vollfleischige jüngere	— 81-84	
	3. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	— 78-80	
	4. gering genährt	— 75-77	
Kalben	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwert bis zu 7 Jahren	— 90-92	
Rinder	2. vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwert	— 84-89	
	3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	— 74-88	
	4. gut genährt Kühe und mäßig genährt Kalben	— 64-78	
	5. mäßig u. gering genährt Kühe u. gering genährt Kalben gering genährt Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu einem Jahre	— 55-68	
Fresser	1. Doppellender	—	
	2. beste Mast- und Saugkalber	— 62-66	
	3. mittlere Mast- und gute Saugkalber	— 57-61	
	4. geringe Kalber	— 40-54	
Schafe	1. Mutterlämmer und jüngere Mutterhämmer	— 40-44	
	2. ältere Mutterhämmer	— 40-42	
	3. mäßiggenährt Hämmer und Schafe (Mergschafe)	— 32-38	
	4. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahr	— 56-58	70-72
	5. Fettschafe	— 57-59	71-73
	6. Fleischige	— 58-60	69
	7. Schafe	— 49-52	62-65
	8. Schafe und Eber	— 40-52	58-65
c) Überstand: Rinder 9, davon Ochsen 4, Bullen 1, Kühe 4, Kalben 1, Räuber 8, Schafe 186, Schweine 10.			
d) Geschäftsgang: Rinder langsam, Räuber mittel, Schafe langsam, Schweine langsam.			

Geilt unter Einkaufspreis!

3 Serien Knabenanzüge (4350*)
Größe 1 bis 8. Alter 2½ bis 10 Jahre
I. Serie M 3,50, II. Serie M 5,—, III. Serie M 6,50,
früherer Verkaufspreis:
I. Serie M 5,—, II. Serie M 9—12, III. Serie M 12—22
Bruno Hildebrandt,
Leitzerstr. 24a, Ecke Sidonienstr., pt. n. 1. Et. Tel. 8428.

Damen - Hüte!

Große Auswahl garnierter Hüte, Blumen, Federn, Band, Formen enorm billig.
alte Hüte wird modernisiert. Selma Striegler, Kondit. 38
Geschäftsfeld keine Grenzen.

Achtung!

Wenn Sie eine Garantie dafür haben wollen, daß Sie stets die bekannten und bewährten Fabrikate Palmin (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzenbutter-Margarine) erhalten, dann achten Sie in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf genau auf die Marken Palmin und Palmon

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. März.

Geschichtskalender. 26. März 1794: Der Historienmaler Julius Richter Schnorr von Carolsfeld in Leipzig geboren († 1872). Der Schriftsteller Gustav Altmel in Ravensburg geboren († 1889). 1827: Der Komponist Ludwig van Beethoven in Wien gestorben († 1770). 1829: Der neuromantische Dramatiker Théodore Aubanel in Lyon geboren († 1889). 1840: Der französische Maler Gustave Guillaumet in Paris geboren († 1887). 1871: Errichtung der Commune. 1872: Bebel und Bleibrecht wegen Hochverrats zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt.

Sonnenaufgang: 5,51, Sonnenuntergang: 6,21.
Monduntergang: 8,3 vorm., Mondaufgang: 9,00 vorm.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. März.
Südwestwind, heiter, teils warm, nachts kalt (Nachfröste), trocken.

Parteiangelegenheiten.

Referenten zur Masseier.

Die Vorstände und Vertrauensleute der Parteiorganisationen des Leipziger Agitationsbezirks werden daran erinnert, daß alle Anträge nach Referenten für Versammlungen am 1. Mai bis spätestens den 18. April beim Parteisekretär C. Schröder, Leipzig, Lauchaer Straße 10/21, I., Telefon 5078 eingegangen sein müssen. Ferner weisen wir darauf hin, daß es zwecklos ist, Referenten direkt zu bestellen, da die Zuweisung nur durch das Bezirkssekretariat erfolgt. Wünsche auf bestimmte Personen können angebracht werden; sie werden sowohl als möglich berücksichtigt. Die Benachrichtigung, welcher Referent zugewiesen wird, erfolgt am 17. April.

Das Maillomitee. J. A.: C. Schröder.

Lustbarkeitsordnung.

Zu den Steuern, die zwar direkt von einer bestimmten Schicht der Bevölkerung erhoben, aber von dieser auf die gesamte Bevölkerung abgewälzt werden und so als indirekte Steuer wirkt, gehören auch die Gebühren über die Lustbarkeiten. Die neue Verordnung für Leipzig tritt den 1. April in Kraft und demonstriert mit der Biersteuer zusammen dem Mittelstand und den Konsumenten die Vorfähigkeit des Leipziger Dreiklassenparlaments. Es handelt sich bei diesen Gesetzen nicht allein um die materielle Seite, sondern auch sehr wesentlich um die Arbeit und die vielen Scherereien, die die Erfüllung der Vorschriften von den Betroffenen erfordert. Über die Lustbarkeitsordnung haben wir seinerzeit ausführliche Abhandlungen gebracht, so daß eine nochmalige Behandlung der Materie nur Wiederholungen bieten könnte. Heute handelt es sich darum, die zunächst Beteiligten, die Gastwirte, die Vereine usw., auf die wesentlichsten Bestimmungen hinzuweisen. Streng genommen ist es nicht eine, sondern sind es drei Verordnungen: die über die Anzeigepflicht und die Bestimmungen über die Gebühren. Der Erlass kann befreien alle öffentlichen Singspielvorstellungen usw., der öffentliche Tanz, die Maskenbälle und die gewerbsmäßigen Musikaufführungen; der Anzeigepflicht unterliegen die öffentlichen Instrumental-Musikaufführungen, soweit sie zur Unterhaltung in Gast- und Schankwirtschaften und Gesellschaftshäusern dienen; auch solche Aufführungen, bei denen ein höheres künstlerisches Interesse obwaltet, unterliegen ihr. Theatervorstellungen, bei denen ein höheres künstlerisches Interesse obwaltet, bedürfen der besonderen Anzeigepflicht nur dann, wenn sie nicht in einem ständigen Theater unter Leitung eines hiesigen Theaterdirektors abgehalten werden. Wer ist nun zum Erlaubnischeinholen oder zur Anzeige verpflichtet? Der Veranstalter aller solcher Vorstellungen oder derjenige, der seine Räume zu den Veranstaltungen hergibt.

Eine für die Vereine besonders wichtige Bestimmung ist die über den Begriff der Oeffentlichkeit. Danach kann jede Vereinsfehllichkeit zu einer allgemeinen öffentlichen Fehllichkeit gestempelt werden, wenn Vereinsmitglieder Angestellte oder Bekannte zum Fest mitbringen, die Eintrittsgeld oder Tanzgeld zahlen. Damit stellt man die Vereine unter ein förmliches Ausschlußgebot. Diese "öffentlichen" Vereinsfehllichkeiten unterliegen nämlich der Erlaubnis, die die Polizei jederzeit verweigern kann. Die Vereinsvorstände mögen sich die Bestimmungen der Verordnung recht genau ansehen, um sich bei den Vereinsfehllichkeiten genau danach richten zu können. Die Drucksätze sind für 20 Pf. in der Sportkasse im Rathaus zu haben.

Zum öffentlichen Tanz sind die Jünglinge bis zum 17., die Mädchen bis zum 16. Jahre ausgeschlossen; Fortbildungsschüler, selbst wenn sie sich in Begleitung ihrer Eltern befinden, ist der Zutritt ebenfalls untersagt. Es sind dann noch eine Reihe anderer Personen ebenfalls vom öffentlichen Tanz ausgeschlossen, wie solche, die Armenunterstützung beziehen, unter Polizeiaufsicht stehen usw. Oeffentliche Auf- und Umzüge, mit und ohne Musik, bedürfen der Erlaubnis des Polizeiamts. Oeffentliche Vergnügungen, bei denen Ansprachen, Festreden gehalten werden, die politische Angelegenheiten behandelnd, sind dem Polizeiamt anzumelden. Die Erlaubnisgesuche und die Anzeigen sind schriftlich drei Tage vor der Veranstaltung entweder beim Polizeiamt, sofern es sich um Veranstaltungen handelt, wo dieses zuständig ist, oder beim Gewerbeamt einzureichen. Die Bescheinigung ist abzuholen und dann während des Festes den Beauftragten der Polizei auf Verlangen vorzuzeigen. Eine außerordentlich weitgehende Bestimmung ist die über die Verantwortlichkeit, über die auch in der Plenarversammlung des Kollegiums lebhaft debattiert wurde, sie lautet wörtlich:

Für die Einhaltung der Bestimmungen dieser Ordnung haften der Veranstalter und der Wirt oder der Inhaber der zur Veranstaltung benutzten Räume, bei öffentlichen Veranstaltungen von Vereinen und Gesellschaften außerdem die Vorstehenden sowie deren Vertreter.

Eine dehnbare Bestimmung, die der Polizei weitgehende Befugnisse einräumt, ist die über die "ungeläufigen Veranstaltungen"; sie lautet:

Zur Darbietung darf bei Singspielen, Gesangs- und anderen Vorträgen, Theatervorstellungen und Schaustellen nichts gesungen, was in förmlicher oder religiöser Beziehung Anstoß oder in anderer Weise Vergnügen zu erregen geeignet ist. Auf Verlangen ist eine Probeaufführung abzuhalten.

Die Polizei übt bei den Veranstaltungen ein sehr weitgehendes Aufsichtsrecht aus. Aber nicht nur die öffentlichen Veranstaltungen unterliegen dieser weitgehenden Aufsicht, sondern sogar die nichtöffentlichen. Wenn der Rat oder das Polizeiamt der Meinung sind, zwei Beamte genügen nicht, so können mehr hinzugeholt werden, und es sind dem Polizeiamt auch dann mehr als zwei Eintrittskarten zuzusenden. Eine Bestimmung, die ganz ungewöhnlich ist, ist die, daß die Erlaubnis der Veranstaltungen wieder zurückgezogen werden kann. Ebenso können unterfagte Veranstaltungen polizeilich verhindert werden. Die Strafen wegen Übertretungen dieser Bestimmungen sind bis zu 150 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen vorgesehen. Zum Schluß werden die oben bezeichneten Interessenten noch einmal auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich mit den Bestimmungen dieses neuen Gesetzes recht genau vertraut zu machen.

Die Kulturaufgaben der Sportvereine.

In einer vom Arbeiter-Madsahrerbund Solidarität veranstalteten Versammlung sprach am Sonntag Reichstagabgeordneter Dr. Duard aus Frankfurt a. M. über: Die Kulturaufgaben der Sportvereine. Das Kulturproblem, so meinte der Redner, die Menschen in gleicher Weise körperlich und geistig zu bilden, sei so alt wie die Menschheit. Die alten Griechen seien diesem Ideal ziemlich nahegekommen, doch müßten dabei die besondern sozialen Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Griechen konnten die hohe Körper- und Geistesfertigkeit nur erreichen, weil sie sich von der Last der Arbeit befreit hatten, die sie den Slaven aufzürdeten. Bei den alten Römern habe sich der politische Verfall auch in der Ausweitung der Körpersorge gezeigt. Was ehemals zur höchsten Ausbildung des Körpers geführt hatte, sei dann zur Absättigung der unzufriedenen Proletarier verwendet worden. *Veniam et censes* (Vort und Spiele) sei das Losungswort der verkommenen Römer geworden, die sich dadurch über ihre traurige Lage täuschen ließen. Ähnliches lasse sich auch heute beobachten. Die Bourgeoisie treffe in ihren Sportvereinen ebenfalls große Veranstaltungen aller Art, um die Proletarier von der Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen abzuhalten. Namentlich stehe zu erwarten, daß die Jugendabteilungen in dieser Richtung regelrecht ausgebaut werden. Seit es den Arbeiter-Sportvereinen gelungen ist, einen Teil der Jugend vor den Bahnen der Gedankenlosigkeit nationaler Begeisterung zu bewahren, sei das Bürgeramt alles daran, die Arbeiterjugend einzufangen. Das müsse aber der Partei und den Gewerkschaften ein Anstoß sein, die Arbeitersportvereine mehr als bisher zu beachten. Beständen die Arbeiter-Sportvereine nicht, dann müßten sie jetzt neu gegründet werden. Durch die Gründung von selbstständigen Arbeiter-Sportvereinen sei vor allem das Klassenbewußtsein der Arbeiter gefördert worden. Selen die Arbeiter-Sportvereine ein wirksames Gegengewicht gegen die patriotischen Sportvereine, so sei freilich auch nicht zu verkennen, daß eine gewisse Gefahr mit den Arbeiter-Sportvereinen verbunden sei. Das starke Nachdrück dieser Vereine habe ihnen eine ganze Anzahl Mitglieder gebracht, die den Sport um seiner selbst willen treiben. Das seien eben die Kinderfrankheiten dieser neuen Bewegung. Die Arbeiter-Sportvereine müßten sich immer wieder bewußt werden, daß sie innerhalb der Arbeiterbewegung wirken müssen; eine selbständige Entwicklung außerhalb derselben sei ausgeschlossen. Ihre Aufgabe sei, die Mitglieder mit dem Geiste der Klassenbewegung zu erfüllen. Das könne in der verschiedensten Weise, bei Ausflügen, Wandertagen, Ausfahrten usw. durch geschickt angebrachte Vorträge erreicht werden. Sie könnten die Sportvereine auch noch in anderer Weise wirken, z. B. in dem Kampfe um Lokale, bei Klubblattverbreitungen usw. Wenn die Bildungsausschüsse der Partei mehr als bisher in geheimer Weise die Arbeiter-Sportvereine zu den Veranstaltungen heranzögen, würden welche Kreise der Arbeiterschaft für die Bildungsbestrebungen interessiert. So könne die Bewegung im Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung verwendet werden.

In der Diskussion wies der Genoss Harnisch auf die Schwierigkeiten hin, die den Arbeiterturnvereinen vor der Schüre gemacht werden. An einzelnen Beispielen zeigte er, wie die Arbeiterturnvereine unter den sogenannten Gründen zu politischen Vereinen gestempelt werden. Schließlich empfahl er, die Zentralorganisation auszubauen, denn sie allein bietet wirklichen Schutz gegen die Übergriffe der Behörde und gegen die Bestrebungen der bürgerlichen Sportvereine.

Gegen die Biersteuer machen die Händler im Westen mobil. In einer Versammlung, die sie gestern abend in den Zwei Linden abhielten, schmiedeten sie einer Resolution folgenden Wortlaut zu: "Die am 25. März im Saale zu den Zwei Linden in Lüdenscheid versammelten Budeninhaber von L-West protestieren ganz energisch gegen das Abwerten der Biersteuer auf ihre Schaltern und verlangen, daß das Bier versteuert ins Geschäft komme, denn durch die jetzige Handhabung steht dem Händler ein großer Schaden bevor. Die Verfaßten versprechen, in dieser Angelegenheit fest zusammenzuhalten und hoffen, daß die Produktionshändler von ganz Leipzig sich ihnen anschließen werden und so den Kampf gegen die Brauereien mit Nachdruck aufzunehmen zu können."

Eröffnung der Barfrankierung bei der Reichspost. Die Barfrankierung von Massendrucksachen ist in verschiedenen Ländern eingeführt. Seitdem das Verfahren in Bayern in Uebung ist, wird es von der Geschäftswelt des Reichspostgebietes besonders lebhaft verlangt. An Stelle der Briefmarken wird in Bayern ein farbiger Bandstempel mit Hilfe der Stempelmaschine verwendet. Der Geldbetrag wird dort in Marken auf einem Begleitschreiben entrichtet. Es finden dabei die hohen Werte der Freimarken, die in Bayern bis zu 20 Mk. gehen, Verwendung. Dem Verfahren haften aber verdeckte Mängel an. Einmal ist der farbige Stempel, wie er in Bayern verwendet wird, recht unansehnlich. Dann sind solche Sendungen auf das Inland beschränkt, da durch den Weltpostvertrag ausdrücklich das Frankierung durch Marken vorgeschrieben ist. Auch bietet das Verfahren nicht völlige Sicherheit für eine richtige Verrechnung des Postos. Die Reichspostverwaltung hat deshalb mit einer Frankfurter Firma eine Maschine herstellen lassen, die die Sendungen gleichzeitig mit Marken beklebt und abstempelt. Es ist dies natürlich nur mit Hilfe von Marken in Rollenform möglich, wie sie bei den Automaten und anderen Frankiermaschinen vorwerden. Die Kontrolle ist hier sehr einfach, insbesondere auch dahin, daß für jede einzelne Sendung das Porto entrichtet ist. Eine derartige Maschine bedarf natürlich langwieriger Versuche, bis sie für die Praxis reif ist. Sie ist jetzt so weit und wird in nächster Zeit eingeführt werden. Es sind solche Maschinen nicht nur für Berlin, sondern auch für einzelne Städte in der Provinz vorgesehen, wo ein besonderes Bedürfnis dafür vorliegt. So dürfte wohl u. a. auch in Mannheim eine derartige Frankier- und Stempelmaschine aufgestellt werden.

Arbeiter-Samariter-Bund. Im Brauereigarten zu Stötteritz hielt der Bund am letzten Sonntag eine Prüfung und Übung ab. Die Prüflinge sind Mitglieder des Madsahrerbundes Solidarität und Arbeiter sowie Arbeiterinnen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. Die Prüfung nahm Herr Dr. Höchhamer ab. Es waren anwesend 34 Madsahrer und 23 Konsumvereinsarbeiter; auch hatte sich eine stattliche Anzahl Jußdauer eingefunden. Markiert wurde eine Explosion der Brauerei. Nachdem die

markierenden Berungslücken ihre Pläne eingenommen hatten, schwärmen die Prüflinge auf Geheiß des Kolonialenführers in Kolonnen nacheinander aus und legten die entsprechenden Verbände sehr geschickt an, dann transportierten sie die Berungslücken in die erreichte Samariterwache. Es standen wohl Tragbahnen dazu zur Verfügung, aber viele hatten es vorgezogen, den Transport auf Stroh gepolsterten Brettern, Stühlen und andern Gegenständen vorzunehmen. Man kann wohl mit kurzen Worten sagen, ein jeder Prüfling hat die größte Aufmerksamkeit und das größte Interesse gezeigt. Dieser praktischen Übung folgte sich der mündliche Teil an. Auch hier war zu beobachten, daß alle gestellten Fragen gut beantwortet wurden, so daß Herr Dr. Höchhamer seinen Dank für die große Aufmerksamkeit aussprach.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Neues Operetten-Theater. Montag, 8. April (2. Osterfeiertag), nachmittags 3 Uhr: Eva. Operette in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Robert Bodanzky. Musik von Franz Lehár. Doppelpflege 1.50 Mk., Einsache Pläne 75 Pf., Numerierte Galerie 40 Pf., Stiehpflage 20 Pf.

Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, 14. April, nachmittags 3 Uhr: Nathan der Weise. Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing. Doppelpflege 1.20 Mk., Einsache Pläne 60 Pf., Stiehpflage 15 Pf. Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Ein schamloser Bursche belästigte am 22. März abends in der 11. Stunde in der Friedrichstraße in L-Gohlis ein junges Mädchen und zerbrach ihm auch noch den Schirm, als sich die Belästigte gegen die Angriffe des dreisten Menschen wehrte. Der Täter ließ schließlich von dem um Hilfe rufenden Mädchen ab und floh durch die Friedrichstraße. Beschrieben wird er: 23 bis 25 Jahre alt, mittelgroß, mit vollem, rotem Gesicht, schwachen Schnurrbart, mit dunklem Haarzweier und schwarzen, steifen Haaren bekleidet. Einige Zeugen werden erucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Bon der Straße. Ein Zusammenstoß erfolgte gestern abend auf der Kreuzung Liebed- und Oststraße zwischen einem Motorwagen der Straßenbahn und einem Lastkraftwagen. Beide Fahrzeuge wurden unbedeutend beschädigt.

Ferner stießen gestern mittag auf der Kreuzung Neumarkt-Grimmatische Straße zwei Straßenbahnwagen aneinander. Die Ursache war ein Verlegen des optischen Signalapparats. Verletzt wurde bei dem Zusammenstoß niemand.

Gestern nachmittag fuhr auf der Coburger Straße ein Kraftwagen der Leipziger Volkszeitung an einen Handwagen an, so daß dessen Führer, der Arbeiter Bernhard Reimer aus der Mühlberger Straße, auf die Straße geschlendert und am Kopf so verletzt wurde, daß ihm in der nächsten Sanitätswache mehrere Notverbände angelegt werden mußten.

An der Mölkauer Straße wurde die Ehefrau eines Formers von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geschleudert, wobei sie im Gesicht verletzt worden ist. Der rücksichtlose Fahrrad ist entkommen.

Feuer entstand gestern vormittag in der Wohnung eines Arztes in der Hahnenstraße. Der Brand konnte sofort unterdrückt werden. — Im Kellerhäuse eines Hauses der Querstraße hatte sich gestern das dort angebrachte Papier entzündet. Die Bewohner des Hauses unterdrückten den Brand. Die Feuerwehr war in beiden Fällen alarmiert worden.

Hoteleinbruder. Ein Hotelchwundler ist in Delitzsch aufgetreten. Der Betrüger hat sich als Kaufmann Hugo Melz oder Melz aus Chemnitz ausgegeben und ist ohne Begleichung seiner Hotelchuld durchgegangen. In einem großen Karton, den er durch den Handel vom Bahnhof abholen ließ, befanden sich mir vier große Steine. Der jedenfalls unberreisende Betrüger ist etwa 23 bis 28 Jahre alt; übermittelgroß, hat gelindes Aussehen, kleinen blonden Schnurrbart und trägt Klemmer ohne Einfassung.

Im Hof hatte sich plötzlich ein Schwindler in einem Hotel eingemietet. Nach drei Tagen war das saubere Paar ohne Bezahlung der Hotelchuld wieder verschwunden. Der Mann hat sich Sommer genannt. Er war etwa 35 Jahre alt, mittelgroß, hatte rötlchen Spitz- und Schnurrbart und trug einen grüngelben Anzug, Gumminummern, weichen, graugrünen Filzhut und Klemmer mit Horneneinfassung. Die angebliche Ehefrau war von kräftiger Gestalt. Sie hat ein graues Kostüm, kleinen blonden Schnurrbart und trägt Klemmer ohne Einfassung.

Verhaftete Einbrecher. Nachts stellte ein Schuhmann am Schwanenteich zwei Männer, die unter verdächtigen Umständen einen Sachfortriegen. Einer der Männer lief sofort davon. Den andern, einen 28jährigen Schlosser aus Galizien, nahm der Schuhmann fest. Der Sach enthielt 25 Mk. Schokolade, Tee und Kakao. Die Buren stammten aus einem Schokoladen Geschäft in der Nordstraße, in das in derselben Nacht eingebrochen worden war. Die Kriminalpolizei ermittelte und verhaftete bald auch den durch die Flucht entkommenen Menschen, einen schon oft bekräftigten 25jährigen Schmied. Ein in dessen Begleitung befindlicher Dritter wurde wegen des Verdachts, bei dem Einbruch Hilfe geleistet zu haben, gleichfalls verhaftet.

Gestohlen wurde aus einer Schule in der Friedrich-Karl-Straße in L-Gohlis ein grünlicher Knabenumhang mit schwarzen Hornknöpfen, aus einer Wirtschaft im Brühl ein Ulster aus grau-grün-schwarzgewürzeltem Stoff samt einem Paare schwarzer Glaschuhchuhe, sowie schwarzer, steifer Filzhut mit brauner Butter. In der Kochstraße sind aus einem Schaukasten mehrere Damen- und Herrenschirme, darunter ein Stockschirm, geflohen worden.

Ein Dorlehenschwundler bot in Frankfurt a. M. in der üblichen Form Dorlechen vom Selbstgeber in der Zeitung an. Ein Juwelier meldete sich und bat den angeblichen Kaufmann Wilhelm Ernst Johannes Hoppenfels aus Berlin, wie sich der Schwundler genannt hat, um ein Darlehen von 5000 Mark, das er auch zugesagt erhält. Unbegreiflicherweise überließ der Juwelier, ohne vorher das Geld zu erhalten, dem entkommenen Menschen für 9703 Mark Juwelen als Pfand. Damit hat der Betrüger das Weite gesucht. Bechriftet wird er: 30 Jahre alt, mittelgroß, unterlebt, dunkles, kurzgeschnittenes Haar, breites, rasiertes, abgelebtes Gesicht, dunkelbraune Augen, weiß zur Erde sehend, bekleidet mit dunklem Sattoanzug, grauem Oberzweier und schwarzen, steifen Hut. Die erbeuteten, mit Brillanten ausgestatteten Schmuckstücke sind Volliers, Anhänger, Broschen und Ringe.

Verhaftungen. Vor einigen Tagen ging ein 20jähriger Handlungsbhilfe einem hiesigen Kaufmann mit einer größeren Summe Geldes durch. Der unrechte Mensch ist jetzt in Dresden festgenommen worden.

Ein anderer 28jähriger Handlungsbhilfe beging zum Nachteil einer hiesigen Versicherung Unterschlagungen, auch betraf er mehrere Geschäftsführer um Dorlechen, die er ihnen abschwindelte. Es erfolgte die Verhaftung des Betrügers.

Ferner wurde ein 24 Jahre alter Kellner in Haft genommen, weil er seiner Wirtin, einer in der inneren Stadt wohnenden Verkäuferin, Peiten gestohlen und diese verletzt hat.

Aus der Umgebung.

Der Bezirkstag zur Einverleibung.

Der Bezirkstag, der Amtshauptmannschaft Leipzig hat gestern zu der Einverleibung von Leutzsch und Schönefeld Stellung genommen. Er kam gleich dem Bezirksausschuss zu einer Ablehnung, was bei der Zusammensetzung dieser Röverschaft vorauszusehen war. Zu einem guten Teil mag die Entscheidung beeinflusst sein durch das Einheitsgebot des Elektrizitätsverbandes in die Einverleibungsfrage. Auch das Referat des Amtshauptmanns, das zwar versicherter bemüht zu sein, ein gutes Einvernehmen mit der Stadt zu pflegen, nichtdestoweniger aber in ziemlicher Ausführlichkeit über "ägerliche Streitigkeiten", die angeblich von der Stadt Leipzig herauftauchten, sich sollten, berichtet, hat sicher eine Stimmung erzeugt, durch die die Entschließung Leutzschs glänzend beeinflusst worden ist. Wir haben in der Nummer vom 8. März die Meinung des Bezirksausschusses ausführlich wiedergegeben. Der Bericht des Amtshauptmanns v. Nostitz-Wallwitz beschreibt sich aber nicht auf die Befreiung dieser Zusammensetzung. Er ging auch auf die Vorgeschichte der Angelegenheit ein und machte dem Rate der Stadt Leipzig so quasi den Vorwurf, daß er die Verhandlungen nicht so ganz offen geführt habe. Dass man immer nur mit Leutzsch verhandelt habe, habe seinen Grund darin, daß man der Einverleibung der als schlecht dastehenden erschienenen Gemeinde Schönefeld sicher gewesen sei und erst die Gewissheit haben wollte, daß gewissermaßen als Kompensation die gutaussehende Gemeinde Leutzsch gesichert sei. Es wurde ferner so dargestellt, als wenn das Auscheiden von Leutzsch und Schönefeld geradezu die Existenz des ganzen Bezirks gefährden müßte. Ferner wurden die Proteste und Eingaben einiger so genannter Baterländer Vereine und einiger Gemeinden von der Bedeutung Priesels und Lindennandorff als besondere Gründe gegen die Einverleibung ins Feld geführt.

Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Dittrich, der hierauf zum Worte kam, wies zunächst den Vorwurf zurück, daß von Leipzig irgendwelche Hinterhaltigkeit gelte worden sei. Die Anregung für die Einverleibung von Schönefeld sei 1889 gekommen und bei der letzten Einverleibung vor zwei Jahren sei von einer Eingemeindung Schönefelds nur deshalb abgesehen worden, weil damals von Schönefeld Bedingungen gestellt wurden, die unerfüllbar waren. Wenn jetzt die Verhandlungen mit Schönefeld etwas später begonnen worden seien, so entspreche das der früher abgegebenen Erklärung, daß für Leipzig nur eine gemeinsame Einverleibung der Orte Leutzsch und Schönefeld in Betracht kommen könne. Da Schönefeld aber diesmal die Einverleibung bedingungslos gewollt habe, sei es ganz natürlich gewesen, daß man zunächst habe mit Leutzsch ins Meine kommen müssen. Auch sei die Anregung zur Einverleibung nicht von Leipzig, sondern von den Gemeinden selbst gekommen, die sich schon bei der vorigen Einverleibung sogar an die Stände gewandt hätten, um ihre Einverleibung durchzusetzen. Wenn immer wieder gesagt werde, daß von den Vertretern der 2. und 3. Klasse in Leutzsch gegen die Einverleibung Protest erhoben sei, so müsse darauf hingewiesen werden, daß das nichts Neues sei, und daß schon in einer früheren Petition der Gemeinde Leutzsch die Bedeutung dieses Einpruchs durch die Mitteilung auffallen sei, daß die Proteste von den 100 000 M. Steuern der Gemeinde ganze 12 000 M. aufbringen. Wenn Leipzig jetzt die Einverleibung verlange, dann geschehe das nicht zur Bereicherung, sondern weil es im wirtschaftlichen Interesse der Stadt und der Gemeinden liege. Es sei ausgeschlossen, daß die großen Orte Leutzsch und Schönefeld sich in Zukunft ohne städtische Macht weiter entwickeln könnten. Dagegen aber, daß vor den Toren Leipzigs neue Städte mit revidierter Städteordnung errichtet werden, müsse im Interesse einer gemeinsamen geistlichen Entwicklung Einspruch erhoben werden. Falsch sei auch, daß Leipzig zu groß werde, um gemeinsam verwalten zu können. Leipzig siehe mit seiner Größe auf siebzenter Stelle und es habe sich gezeigt, daß die größeren Städte unter der erwähnten Verwaltungsfähigkeit nicht im geringsten gelitten hätten. Ebenso unrichtig sei es, daß dem Bevölkerung durch die Abtreitung von Leutzsch und Schönefeld ein Schaden entstehen würde, oder gar die Existenz des Bezirks gefährdet werde. Es würden dem Bezirk im Gegenteil Lasten abgenommen. Außerdem bleibe die Stadt noch 100 000 M. und verzichte auf den nicht unbeträchtlichen Anteil der beiden Gemeinden am Bezirkserwerb. Wie in dem vorliegenden Exposé vor einer noch höheren Entschädigung gesprochen werden könnte, sei unverständlich. Eine Verpflichtung zur Entschädigung besteht überhaupt nicht. Wenn jetzt die Einverleibung Moskau mit zur Bedingung gemacht werde, so sei das neu. Er würde aber eine herartige Einverleibung befürworten in Abwehr der Verhältnisse.

Weiter wandte sich Dr. Dittrich gegen die Behauptung, daß die Gemeinden mit ihren Wünschen schlechte Erfahrungen mit der Stadt Leipzig gemacht hätten. Das könne den Anschein erwecken, als wenn Leipzig irgendwelche Versprechungen nicht gehalten habe. Das müsse er ganz energisch zurückweisen. Wenn Leipzig Versprechungen gemacht habe, seien sie gehalten worden. Die Frage des Elektrizitätsverbandes habe vollständig auszuschließen. Aus den Alten geht hervor, daß den beiden in Frage kommenden Gemeinden durch Vertrag zugesichert ist, daß sie ihre Mitgliedschaft ohne jede Entschädigung an den Verband bei einer eventuellen Einverleibung aufgeben können. Wenn irgend eine Gesellschaft glaubt, noch Ansprüche zu haben, so sei das Sache eines Rechtsstreits, für deren Folgen dann unter Umständen der Rechtsnachfolger der Gemeinden, also die Stadt, einzutreten habe.

Schließlich drückte der Redner seine Verwunderung aus über die in dem Exposé enthaltenen besonderen Bedingungen. Es müsse dem Amtshauptmann doch bekannt sein, daß alle diese Angelegenheiten meist durch Verträge geregelt seien und das gerade die Stadt Leipzig alles getan habe, um irgendwelche Differenzen in der langen Weise zu beseitigen. Wie man da von ägerlichen Streitigkeiten reden könne, verstehe er nicht. Wenn in dieser Weise Stimmung gemacht würde, werde das gute Einvernehmen nicht gefördert. Er hoffe, daß das gegenseitige gemeinsame Arbeiten, wie es früher möglich war, auch in Zukunft wieder eintreten möge.

Die Debatte war alemisch lang aber wenig bemerkenswert. Der Amtshauptmann von Nostitz-Wallwitz betonte, daß es ihm ferngelegen habe, Leipzig unlautere Motive unterzuschreiben.

Auch der Bezirk wolle nur zum Wohle des Ganzen wirken. Freiherr von Mchenberg aus Mittig wiederholte seine Worte, die er schon im Bezirksausschuss gehalten hatte, und auch bei der Antritt, daß nur die Gemeinde Moskau einverlebt werde. Bürgermeister Dr. Dittrich ließ keinen Zweifel darüber, daß an eine Einverleibung Moskau nur gemeinsam mit Leutzsch und Schönefeld zu denken sei und fertigte die weitere Drohung von Mchenberg an, daß bei der "Unfreundlichkeit" Leipzigs die Gemeinden dazu kommen würden, ihren Bedarf wo anders zu decken, ab.

Herr Keller aus Dösch plädierte ebenfalls für die Ablehnung der Einverleibung, während der Bürgermeister Schirmer von Marktstädt erfuhr, weniger Gewicht auf die Interessen des Bezirks, die in keiner Weise gefährdet würden, zu legen, und hauptsächlich zu bedenken, welches Interesse die beiden Gemeinden selbst hätten.

Eine recht interessante Abweichung boten die Aussführungen des Herrn Höhne aus Moskau, der die Gemeinde gegen die in der Bezirksausschübung erhobenen Vorwürfe recht energisch in Schuß nahm und erklärte, derjenigen Mehrheit des Moskauer Gemeinderats könne durchaus kein Vorwurf gemacht werden. In der Verschuldung der Gemeinde sei vor allem die Amtshauptmannschaft schuld, die es nicht hätte zulassen dürfen, daß die Gemeinde sich in Schulden füge. 20 Jahre lang habe die Gemeinde auf die Erledigung ihres Ortsbaugesetzes warten müssen, mehr als 20 Jahre habe die Amtshauptmannschaft gebraucht, um den Fußweg an der Holzbedingungsstrafe feststellen zu lassen. Da solle man nicht sagen, der Gemeinderat sei an allem schuld. Der Moskauer Gemeinderat sei nicht lieb Kind, weil er nicht zu allem Ja und Amen gesagt habe, was man in der Verbandsangelegenheit von ihm verlangt habe.

Die Amtshauptmannschaft schwieg zu dieser Abwehr. Herr von Nostitz-Wallwitz begnügte sich mit dem Einwurf, daß die Gemeinde für die Rechtsanwaltskosten, die sie in dieser Angelegenheit aufgewendet hat, hätte etwas Besseres erreichen können.

Hierauf wickelte Oberbürgermeister Dr. Dittrich noch einmal darauf hin, daß durch eine ablehnende Haltung des Bezirkstags das gute Einvernehmen zwischen Stadt und Bezirk nicht gefördert werden würde. Dann erfolgte die Abstimmung. Von 30 stimmberechtigten Mitgliedern stimmten 29 für den Antrag des Bezirksausschusses also gegen, und 1 gegen den Bezirksausschuss, also für die Einverleibung. Ein Jetzel wurde weis ab-

wicklung des lieblichen Getränks neue ungeahnte Bahnen anzuzeigen. Der Staatsanwalt hat Gr. vorgeworfen, daß er seit dem Jahre 1900 nicht nur die von ihm vertriebene Böse durch Wasserzufuhr unschädlich zu machen bestrebt gewesen ist, sondern auch, daß er seiner gewordene Bier und saure Böse mit frischer Böse verschmitzt habe. Der Angeklagte bekräftigt den Wasserzufuhr nicht, er will aber nur die Böse und den Wassern geplättet haben, denn das Publikum wolle ein "perlenloses Getränk" haben. Saure Böse aber habe er nicht verschmitzt, vielleicht aber "scharfe" Böse. Saures Bier will er ebensoviel bekräftigt haben. Dass er aber Bierreste von Köstlicher Schwarzbier, von Bayrisch Bier und von Schuhtheißbier verschmitzt hat, bestreitet Gr. nicht. Aber das sei doch nichts schlimmes, meinte er, das sei doch gutes Bier, das man nicht wegzugießen brauche. Hebrigens sei das Publikum durchaus nicht durch solche Manipulationen getäuscht; es sei so allgemein bekannt, daß die Böse verschmitzt wird, daß dies sogar in Zeitungen gesungen werde. Das Landgericht möchte zwar dieser Art dichtlicher Produktion einiges Nachwollen entgegenbringen; indessen kommt der Angeklagte nicht straffrei ausgehen. Er wurde zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Kellermester Friedrich Wilhelm Eberle, der seinem Chef beihilflich war, kam mit 50 Mark Geldstrafe davon.

Schössengericht.

Vorigeschiehte Diebstähle, die sie im Polizeihafen begangen hatten, führten den Amtschauspieler Karl B. und die Pelznäherin Bertha L. auf die Haftabgabe. Der Wert der nach und nach entwendeten Gegenstände wurde auf ungefähr 50 Mark taxiert. Weiters handelt es sich um Pelzfälle, die die L. von ihrem Meister als Geschenk annahm. Es ist immer wieder dringend davor zu warnen, ohne Erlaubnis Absätze wegzuzeichnen, deren Aneignung trotz ihrer Geringwertigkeit als Diebstahl angesehen und bestraft wird. Der Amtschauspieler wurde zu drei Wochen, die Pelznäherin zu sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

Befreiung von Mitgliedern der bewaffneten Macht. Der Apparateeiniger Kurt B. hat mit einem andern in der Nacht zum 20. Dezember v. J. auf dem Thomaskirchhof in ausgeretem Zustand einer betrunkenen Mann mitgeholfen. Zweier Einjährige, die hinzufanden, verdorben dies und nahmen den Betrunkenen in Schutz. Darüber war B. so wütend, daß er die Soldaten schlappe Einjährige nannte und meinte, wenn die Armeen aus lauter solchen schlappen Einjährigen bestände, so wäre es schlimm bestellt. Die schlappen Einjährige könnten Meisteroffiziere werden, das sei aber nicht zu billigen. Die schlappen Einjährige bildeten sich viel ein. B. holte seine Mede mit einem Stock auf die schlappen Einjährige. Über diese Mede trug dem Apparateeiniger eine Anklage wegen Befreiung von Mitgliedern der bewaffneten Macht (§ 108 des Strafgesetzbuches) ein. Er soll nunmehr seine vermietete Mede wider die schlappen Einjährige mit 50 Mark Geldstrafe bestrafen.

Gewerbegegericht.

Eine Folge des Transportarbeiterstreiks war die Klage des Bodenarbeiters T. gegen den Leipziger Rollfuhrverein Paul Krahl u. Co., auf Zahlung von 54 M. Entschädigung wegen kündungsloser Entlassung. T. war an einem Sonnabend abends 1/8 Uhr von der Arbeit weggegangen, weil er sich etwas besorgen wollte. Die anderen Arbeiter muhten an diesem Tage bis nach 1/8 Uhr arbeiten. T. will sein Vorlieben dem Bodenmeister gemeldet haben, der auch damit einverstanden gewesen sei. Trotzdem wurde T. am Montag verwarnet, er hätte bis zum Schlus der Arbeit da zu bleiben, wenn ihm das nicht passe, sollte er sich andere Arbeit suchen. Am Montag ging T. wieder 1/8 Uhr von der Arbeit weg, darauf wurde er am Dienstag entlassen. Vor Gericht gab T. an, er sei 1/8 Uhr von der Arbeit weggegangen, weil er sonst immer um diese Zeit Feierabend gehabt habe und weil in dem Tarif, der bei dem leichten Streik vereinbart wurde, ausdrücklich gesagt ist, daß bestehende günstigere Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen. Dagegen wandte die Firma ein, wenn das guttasse, was T. sage, dann hätte er wohl eine Mede gehabt zu verlangen, daß ihm die Überstunden bezahlt werden, er dürfe aber die Arbeit nicht ohne weiteres verlassen. Mehrere Arbeiter bestätigten, daß T. auch schon vor dem Streik bis 1/8 Uhr und manchmal auch noch länger gearbeitet habe. Darauf wurde T. mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß T. keine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zugemutet werden sei. Da er am Montag trotz der Verwarnung die Arbeit wieder vorzeitig verlassen habe, sei die fristlose Entlassung berechtigt.

Briefkassen der Redaktion.

R. Th. 28. Auch grüheren Schriftstellern passiert es, daß das Kind ihrer literarischen Muse unter erschwerenden Umständen das Licht der Welt erblickt. Der Unterschied zwischen diesen und Ihnen ist nur, daß jene sich nicht in so kindlichen Nebensachen ergehen, sondern aus Gründen ihrer Kenntnis über redaktionelle Verhältnisse zu einer fälschlichen Beurteilung kommen, wenn sie sich nicht schon nach kurzer Zeit gedruckt sehen.

R. Th. Neudrich. Ihr Gedicht ist nicht druckreif.

Jasmatzi-Fabrikate nur Qualität!



Marke „Elmas“

hochfein in Aroma, überall beliebt

3-5 Pfg.-Cigarette.



Sozialdemokratische und bürgerliche Bildungsbestrebungen.

Vom Donnerstag bis zum Sonnabend fanden in Leipzig vier Versammlungen statt, die sich mit dem obigen Thema beschäftigten. Redner waren die Genossen Horst und Tempelburg, deren Ausführungen wir gellert wiedergeben. Die Versammlungen waren gut besucht, die Diskussion in allen Versammlungen eine rechte rege.

Im Volkshaus und in den drei Sälen sprach Genosse Tempelburg: Die Beantwortung der Frage nach dem Wesen der bürgerlichen Bildungsbestrebungen könnte man sehr leicht machen, sie sind gleich null. Man kommt zu dieser Überzeugung, wenn man die Bestrebungen des Bürgeriums wissenschaftlich würdigt. Was versteht man unter Bildung? Bildung ist das Resultat der geistigen Erziehung eines Menschen. Die bürgerlich-wissenschaftliche Pädagogik hat sich zwar teilweise an freieheitlichen Phrasen beruft, sie hat es aber unterlassen, unter den Wasserspiegel zu tauchen und zu ergründen, welche Ursachen liegen der heutigen Bildung zugrunde. Sie haben es unterlassen, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen. Redner weiß dies an Ausprägungen von Comenius, Baeckmann und Rousseau nach. Pestalozzi ahnte zwar die wirtschaftlichen Zusammenhänge, aber auch er ist nicht den entscheidenden Schritt zur Erforschung der sozialen Ursachen. Durch oder aus irgendwelchen andern Ursachen flüchtete er zur Trömmigkeit. Andre Pädagogen nach Pestalozzi reichen nicht an diesen heran. In wissenschaftlicher Beziehung ist Kant ausschlaggebend. Das stilistische Prinzip Kants ist noch heute gültig und hat heute noch Anhänger. Selbst Natur, einer der neueren Pädagogen, spricht nicht das erlösende Wort. Das kapitalistische System hat also gut vorgearbeitet, die Resultate der Bildungsbestrebungen sind dennoch sehr düstrie. Die Bildung kommt heute nur den Zahlungsfähigen an. Die Masse des Volkes profitiert davon so gut wie gar nichts. Vom Standpunkt des Kapitalismus ist das durchaus verständlich. Der Kapitalismus braucht Arbeiter und er sorgt dafür, dass den Arbeitern gerade so viel an Bildung zugemessen wird, als unumgänglich notwendig ist. Aber auch die Erziehung der Kinder der Kapitalisten ist Lumpenerziehung. Alle Gentilis tönen diese Kinder aus. Wenn nur der monetäre Alang des Vaters da ist, wird das Bildungsziel des kapitalistischen Jugend auch erreicht.

Die herrschende Klasse will nicht denkende Staatsbürger erziehen. Es sind gewiss kleine Fortschritte gemacht worden, aber eine gewisse Grenze ist nie überschritten worden. Engels sagt einmal sehr richtig, dass der Kapitalismus die Arbeiter nur so weit bilden lässt, als er ihn zu benutzen trachtet. Denn mit der Bildung würden auch die Anspülreichen wachsen. Die politische Aufklärung gehört nicht zu den bürgerlichen Bildungsbestrebungen, müsste aber dazu gehören. In andern Ländern, so z. B. in Amerika, sind gute Anfänge vorhanden. Das Bürgerium handelt nach dem Satze: Politisch Vieh, ein partizipativ Vieh. In den Vereinen des Bürgeriums dient die politische Bildung nur demagogischen Zwecken. Es müsste dafür gesorgt werden, dass die Politik als solche erklärt werde. Wenn aber dies objektiv wissenschaftlich geschieht, dann tritt der Zustand ein, das Menschen entstehen, die sich nicht mehr von äußerem Flitterglanz blenden lassen. Die Menschen lernen dann denken und werden — Sozialdemokraten. Wo ist das künstlerische Bestreben des Bürgeriums? Heute kann der wirkliche Künstler nicht zur Geltung kommen, er kann sich nicht an die Masse wenden. So wird die Kunst zur Alterkunst. Redner versucht dies an einigen Beispielen nachzuweisen.

Demgegenüber ist der Arbeiter nicht einfach als Muster hinzustellen. Der Arbeiter, auf den die Last des Geldes am meisten drückt, ist am ersten in Gefahr, erdrückt zu werden. Die Bildungsbestrebungen des Proletariats gehen Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Besetzung. Das Wort: Wissen ist Macht, hat für die Arbeiter eine andre Bedeutung, als für den Bourgeois. Die Arbeiterchaft muss das Bestreben haben, einen festen wissenschaftlichen Untergrund sich zu schaffen. Die moderne Arbeiterbewegung will die Grundlage geben, auf der ein Weltkrieg möglich ist. Welches sind die Bildungsbestrebungen des Proletariats? Sie liegen auf politischem Gebiet. Es gilt nicht, der Arbeiterchaft dogmatische Präferenzen aufzutischen, sondern es gilt, der Arbeiterchaft die Augen zu öffnen, ihr klar zu machen: Welches ist die Struktur der Gesellschaft, wie sieht das Staatsgebilde aus, wie sehen die einzelnen Parteien aus? Erst müssen die Arbeiter das Fundament kennen. Diese Bestrebungen werden gefordert durch die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. An sich sorgt die politische Verstärkung schon für Aufklärung. Aber die Bildungsbestrebungen des Proletariats gehen weiter. Das Bürgerium sorgt für nichts. Das Proletariat muss sein Geschick selbst in die Hand nehmen. Interessant ist es zu beobachten, wie das Bürgerium sich jetzt die „Bildung der Jugend“ angelegen sein lässt. Das läuft aber auf Bauernfängerel heraus. Früher hat sich um die Jugend niemand gekümmert. Erst als das Proletariat sich der Jugend annahm, versuchte man mit aller Gewalt, sie ihm zu entreißen. Wenn man aber die Tätsigkeit des Bürgeriums auf diesem Gebiete ansieht, findet man sofort den Unterschied. Da werden Kriegsspiele und ähnliche Dinge betrieben, die Jugend wird herangezogen zu einer Hintergarde für das Bürgerium. Die Bildungsausbüffelung der Arbeitergesellschaft haben da die richtigen Wege gewiesen. Das Ideal wird dadurch freilich noch nicht erreicht. Aber wir können diesen Weg gehen, nach Wissenschaft streben und Klarheit schaffen. Wer Klarheit zu schaffen sucht, der verbreitet Bildung.

Bei der Diskussion im Volkshause sprach als erster Redner Genosse Müller, der sich gegen den Satz wendete, dass die bürgerlichen Bildungsbestrebungen gleich null sind. Das Ziel der bürgerlichen Bildungsbestrebungen gehe vielmehr dahin, die Klassenherrschaft zu beseitigen. Die proletarische Bildungsarbeit müsse durch Aufklärung diese Klassenherrschaft zu untergraben versuchen. Es sei zu wünschen, dass was die bürgerliche Bildung zusammengetragen hat, dem Proletariat zugänglich gemacht wird. Die Bildungsarbeit des Bürgeriums sei heute zwecksläufig. Auf der einen Seite werde wahre Bildung vermittelt, während den Kindern in der Volksschule vertäuschte Bildung vermittelt werde. Die proletarischen Bildungsbestrebungen müssten darauf gerichtet sein, die Bilder auszufüllen. Es müsste darauf geachtet werden, dass die Arbeiter ihre Stellung im Wirtschaftsleben erkennen. Die Bildungsbestrebungen des Proletariats fallen zusammen mit ihren Klasseninteressen. Bildung nicht nur für die Parteidilettanten, sondern für das Volk muss das Ziel sein. Genosse Seeger führt aus, dass es falsch sei, unter Bildung nur auf Manieren an zu verstehen, oder es als Bildung zu bezeichnen, wenn jemand in klassischen Werken Beiseite wisse. Die heutige Bildung dient den Bourgeois zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Da gelte es nicht schöpferische Kreativität zu schaffen, sondern alles das zu weden, was in der Arbeitergesellschaft schlummert. Es sei bedauerlich, dass heute vielfach die schöpferische Kreativität den schwierigeren Werken von Marx, Engels und Plekhanov vorerlogen würde. Es gelte Kämpfer zu erziehen, deshalb müsse Klarheit über die Stellung der Arbeiter im Produktionsprozess geschaffen werden. Genosse Höne-Hertzog sprach über Kunst und Proletariat und Genosse Plauchert ging kurz auf die Bestrebungen des Bürgeriums, die Jugend einzutragen, ein.

An der Versammlung in den drei Sälen betonten in der Ansprache die Genossen Schröder und Mesnikow die Notwendigkeit der proletarischen Jugendbewegung. Es besteht, meinte Schröder, ein gewaltiger Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Bildungsarbeit. Dem Proletariat werde heute an Wissen nur gegeben, was im kapitalistischen Produktionsprozess unabdinglich notwendig sei. Darum müsste die Arbeiterchaft und müsste namentlich auch die Jugend ihre freie Zeit nutzen, um sich an Wissen anzugeben, was im Freiheitskampf der Arbeiterklasse notwendig sei.

Genosse Weiniß bemerkte dem Genossen Tempelburg gegenüber, der da gesagt hatte, die bürgerlichen Bildungsbestrebungen seien gleich null, weil sie nicht in die Masse drängen, so könne man diese nicht ohne weiteres beiseite stellen; man sollte vielmehr das Ende an ihnen nehmen, das sie haben, und der Arbeiterchaft zugänglich machen. In sehr nachdrücklicher Weise wandte sich sodann Genosse Schönning gegen die Darstellung des Referenten von dem Verlauf der bisherigen Revolutionen. Es sei durchaus unzutreffend, wenn Genosse Tempelburg bemerke, alle bisherigen Erhebungen des Proletariats — in den Revolutionen 1789 in Frankreich, 1848 in Deutschland, jetzt in Russland, der Türkei usw. — seien gescheitert, weil den Proletariern in diesen Revolutionen wohl das Krafft gesiegt, nicht aber das Krafft gewusst sei zu eignen gewesen sei. Die proletarischen Erhebungen in diesen Revolutionen seien vielleicht zusammengebrochen an der noch unvollendeten wirtschaftlichen Entwicklung, die noch nicht das Proletariat geschaffen hatte, das heut vorhanden ist auf Grund einer riesigen Konzentration des Kapitals, das damals ja erst seine Laufbahn antrat.

Am Schillerschlösschen in Görlitz und im Sächsischen Haus in Chemnitz sprach der Genosse Horst: Die Sozialdemokratie ist eine Kulturbewegung, wie sie die Welt noch nie gesehen. Dieses Wort ist wohl zuerst von Wilhelm Liebknecht ausgesprochen. Die Berechtigung dieses Satzes wird freilich von der Bourgeoisie nicht anerkannt, obwohl einige bürgerliche Ideologen der sozialdemokratischen Bewegung einen gewissen Kulturstandard nicht ab sprechen. Aber in seiner Mehrheit steht das Bürgerium in der Sozialdemokratie eine Bewegung, die nur den Zweck hat, der Arbeiterchaft den Magen zu füllen. Hat die Sozialdemokratie besonders Bildungsbestrebungen? Die bürgerlichen Gegner sagen: Bildung sei doch Bildung, sie lasse sich nicht nach Klassenunterschieden regeln. Gewiss, auch die Sozialdemokratie ist bestrebt, alle Menschen kulturell so zu entwickeln, als es nur möglich ist, aber das steht voran, dass die materielle Lage der Arbeiterchaft gehoben wird. Darum arbeitet die Sozialdemokratie an der Umwandlung der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische Gesellschaft. Dabei ist notwendig, dass die Arbeiterchaft mit sozialistischen Erkenntnissen erfüllt wird. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, das revolutionäre Gefühl der Arbeiter in wissenschaftliche Erkenntnis umzusehen. Die Mittel dazu sind in erster Linie Marxische Ökonomie, Geschichte der Gesellschaft vom Standpunkt des historischen Materialismus und Naturwissenschaft vom Standpunkt des Darwinismus. Die sozialdemokratischen Bildungsbestrebungen müssen in den Dienst des Klassenkampfes gestellt werden, sie sind ein Mittel im Klassenkampf. Darüber ist das Bürgerium empört; es muss aber davon erinnert werden, dass das Bürgerium, als es noch unterdrückte Klasse war, sich im Kampfe gegen den Feudalismus vornehmlich der Wissenschaft als Waffe bediente. So kämpften in der Zeit der bürgerlichen Revolution ein ganzes Heer von Wissenschaftlern gegen den Feudalismus. Als das Bürgerium die Herrschaft errungen hatte, keiste es sich, die Wissenschaft zur Erhaltung ihrer Klassenherrschaft zu verwenden. Mit dem Schlachtruf: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit hatte die Bourgeoisie ihre Herrschaft errichtet, ihre Wortschriften waren ganz erstaunt, als nach dem Siege über den Feudalismus nicht die erwartete Gleichheit, sondern das Gegenteil eintrat, trotz der von ihnen aufgestellten Erziehungsprinzipien über allgemeine gleiche Erziehung. Die Hoffnungen, die die bürgerlichen Künstler auf ihre allgemeinen Erziehungsprinzipien setzten, haben sich nicht erfüllt. Deshalb ist es auch ganz verkehrt, wenn man heute noch vor diesen Erziehungsprinzipien eine Verbeugung machen wollte. Die allgemeine gleiche Erziehung werden wir erst dann bekommen, wenn die heutige Gesellschaftsordnung zerbrochen und an ihrer Stelle die sozialistische Gesellschaft errichtet ist.

Die bürgerliche Gesellschaft hat auch gar kein Interesse daran,

die Söhne und Töchter des Proletariats allseitig zu bilden. Die

Kapitalisten sind nur soweit an der Volksbildung interessiert, als

es sich darum handelt, Vohnslaven heranzubilden, Menschen, die

ausgebaut werden können. Darum seien wir auch, dass heute die

Volksschule eine ausgeschriebene Klasseninstitution ist. Von einer

allgemeinen Volksschule, die von allen Kindern ohne Unterschied,

ob arm oder reich, besucht wird, ist keine Rede. Ein Blick auf die

genannte Volksschule, die eigentlich Schule der armen Leute ge-

nannt werden möchte, zeigt uns den Klassencharakter der heutigen

Erziehung. Alles ist in der Volksschule darauf eingerichtet, die

Kinder zur Demut zu erziehen. Wir brauchen aber heute nicht

demütige, gläubige Peter, sondern kraftvolle selbstbewusste Männer.

Ende der Erinnerungen der Wissenschaften werden in der Volksschule die Kinder nicht durch Darwin, sondern durch Moses in die

Weltanschauung eingeführt. Die Geschichte ist die Familiengeschichte

der einzelnen regierenden Fürstengeschlechter, die nicht einmal ob-

gleich gelehrt wird, denn da die gekreuzten Häupter oft die größten

Verbrecher waren, dass sie Meineide schworen und ihre Schlosser zu

Städteln der Unacht machten, dass sie die Landesbinder an das Aus-

land verkaufen, wird jürgenföld verschwiegen. Aber nicht nur die

Geschichte, sondern auch der Aussigunterricht wird dazu verwendet,

die Kinder in Demut zu erziehen. Mit allerlei unsaubig aus-

schiedenden Geschichten werden die Kinder zur Nachsichtigkeit erzogen.

Heute ist man allenfalls an der Arbeit, die Volksschule noch be-

sonders als Instrument der bestehenden Gesellschaft auszubauen.

Durch die Einführung des Staatsbürgersunterrichts will man die

Kinder mit der nötigen Portion Unterrichtung und staatsstreuer

Gefügung ausstatten.

In letzter Zeit drängt sich das Bürgerium an die Arbeiter-

jugend heran, um diese zu „erziehen“. Früher hat sich kein Mensch

darauf geklärt, seit aber die Arbeiterklasse selbst die Erziehung

ihrer Jugend übernommen hat, schreibt die Bourgeoisie:

Der Staat ist in Gefahr und man will Millionen aus, um dem

sozialdemokratischen Gift“ entgegenzuwirken. Der Sinn der

bürgerlichen Jugendbewegung ist, die Jugend so zu erziehen, wie

die heutige Gesellschaft es für nötig hält. Da müssen wir alles

daran sehen, die bürgerlichen Bestrebungen zunächst zu machen.

Aber sowohl die alleinfamilienmachende, wie die halbseligmachende

wird diese Hoffnungen nicht erfüllen, denn die kirchlichen Anschaun-

gen sind überlebt. Der Dreipunkt der bürgerlichen Bildungsbe-

streubungen ist nichts andres als ethisch-künstlerischer Krimskram,

mit dem man die Arbeiter einzufüllen versucht, um sie vom Klassen-

kampf abzuhalten. Wenn das Bürgerium für Volksbildung ein-

treten wollte, dann müsste es zunächst die Forderungen der Gewer-

kschaften erfüllen und namentlich den Achtstundentag durchsetzen,

damit die Arbeiter Zeit zur geistigen Fortbildung erlangen. Was

das Bürgerium der Arbeiterchaft an Literatur bietet, ist zwar teil-

weise in seiner künstlerischen Form wertvoll, aber dem Inhalt nach

unbrauchbar. Chauvinismus, Marinismus, Militarismus nehmen

einen breiten Raum darin ein, es fehlt aber ganz die Verherrlichung

von Freiheitshelden und vor allem auch die Verherrlichung der Solidarität der Arbeiterklasse z. B. bei Streissl usw. Das

Proletariat muss sich als aufstrebende Klasse seine eigene Kun-

stschaff; auch die Kunst muss in den Dienst des Klassenkampfes ge-

stellt werden. Liebknecht hat einmal gesagt: „Wenn man die bürger-

liche Kultur traut, kommt die Barbarei hervor.“ Das zeigt be-

sonders scharf bei der Verherrlichung des Massenmords und im

Gegensatz dazu bei der Art, mit der die eigenen Volksgenossen ver-

folgt werden, wenn sie sich herausnehmen zu streiken. Aufgabe der

Bildungsbestrebungen muss es sein, dahin zu wirken,

dass die Arbeiter erkennen, dass sie Opfer der bestehenden Gesell-

schaftsordnung sind. In dem Maße, wie diese Erkenntnis um sich

greift, wählt auch die Macht des Proletariats, das damit seiner

historischen Aufgabe, die bestehende Gesellschaftsordnung umzu-

wälzen, immer näher kommt.

Die Diskussion gestaltete sich in beiden Versammlungen sehr rege. Im Schillerschlösschen sprach zunächst Genosse Sipinski: Die Volksschule gibt den Kindern nur den direktesten Unterricht in Elementarschulen, das müssen wir durch die Gelehrung zu ändern versuchen. Unsre erste Aufgabe muss jetzt sein, die Jugend an die Arbeiterbewegung zu erfüllen. Auch von den älteren Parteigenossen sind wohl die wenigsten durch das Studium von Marx und Lassalle zur Sozialdemokratie gekommen, sondern vielmehr darum, weil sie sich mit der Arbeiterbewegung solidarisch fühlten. Dieses Gefühl zu bewusster Erkenntnis zu gestalten, das wird die Aufgabe der Jugendbewegung sein. Man muss sich bemühen, in die Massen die Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus zu bringen. Die Arbeiterbewegung immer mehr in allen Teilen wachsen, aber nicht in dem gleichen Maße hat die Zahl der Genossen angenommen, die das ganze Gebiet beherrschen. Daher erklären sich auch die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung. Der Mangel an wissenschaftlicher Einsicht hat ja auch zum Revisionismus geführt. Weil die Bewegung immer mehr in die Breite, aber nicht in die Tiefe wuchs, beschäftigte sich der Mainheimer Parteitag mit dieser Frage, der dann auch beschloss, durch systematische Förderung der Bildungsbestrebungen dem Mangel an wissenschaftlicher Erkenntnis entgegenzuwirken. Diese Aufgabe wird um so dringender, weil die Arbeiterbewegung immer mehr wächst, und weil noch alle jenseits der Arbeiterkreise für den Sozialismus gewonnen werden müssen, die heute noch im gegnerischen Lager mitschwimmen. Genosse Russel führte aus, dass es sich bei den Bildungsbestrebungen der Arbeiter nicht nur um die Bildung der Jugend handelt, sondern auch gleichzeitig um die der älteren Genossen. Wir haben sehr häufig die Erfahrung machen müssen, dass bei der Behandlung streng politischer Themen die Versammlungen leer waren, während sie bei leichteren Themen gut besucht sind. Es ist auch zu beobachten, dass in den Bibliotheken die Bücher über wissenschaftlichen Sozialismus weniger gelesen werden als leichtere Literatur. Diese Dinge müssen in Zukunft mehr beachtet werden.

Im Sächsischen Haus trat ein Lehrer dem Referenten entgegen. Er versuchte die Schilderung, die Genosse Horst von der Volksschule gegeben hatte, zu entkräften und als übertrieben darzustellen. Eine Angabe Diskussionsredner wies den Lehrer freilich nach, dass Genosse Horst nicht zu viel behauptet hatte.

Genosse Seeger führte nach einer Polemik gegen den Schreiber zu dem Thema etwa folgendes aus: Es ist gar keine Frage, dass die Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse praktisch noch in den Kinderschulen stehen. Die Sozialdemokratie hat ihre eigene Weltanschauung. Zwar hat die Sozial

Centrale
für Herren und Knaben
Bekleidung, G. m. b. H.
samtl. Arbeits- u. Berufskleidg.,
mit nur 10 Prozent Nutzen.
Nürnbergstr. 7. E. Johannisgasse,
u. Plagwitz, Zschöchersche Str. 38.

Abzahlungsgeschäfte

Josef Schwarz Bildöher-
Str. 41.
gew. jed. bei spät. lohrt. An- u.
Abzahlung möhri. Credit auf
Waren und Möbel.

Apotheken

Adler(Hof)Apotheke
Hainstraße 9.

Friedens-Apotheke
am Plagwitzer Straßenbahn-Depot
Carl-Heine-Straße 66, Ecke Gottweissstr.

Hombopathische Central-Apotheke
Dr. Wiliam Schwabe, Leipzig,
Querstrasse 5. Telefon 31.

Hubertus-Apotheke Leipzig-
Anger
Ecke Zweinaundorfer- u. Martinstr.

Kronen-Apotheke
Gohliserstr. 54.

Kurprinz-Apotheke
Sternwartenstr. 29.

Linden-Apotheke
Weststraße 41.

Marien-Apotheke Schützenstr. am
Krystallpalast

Mohren-Apotheke
Spez. Gicht, Rhenosa.

Ost-Apotheke, L.-Rennitz,
Wurznerstr. 1.

Ranstadt.-Apotheke,
Leipzig, Ranstädter Steinweg 27.

Richard Krause,
Fernspr. 2723. Gegr. 1875.

Roland-Apotheke, Leipzig,
Ecke Bayreuths. n. Arndtstr. 11. 644.

Schiller-Apotheke, Hallischestr. 82.

Sedan-Apotheke Leipzig-
Gohlis.

Lothringerstr. Ecke Friedr.-Karlstr.

Körner-Apotheke
Paul Wild, L. Kl.-Zschöcher.

Sophien-Apotheke
Plagwitz, gegenüber Felsenkeller.

Victoria-Apotheke, L.-Stötteritz,
Arnoldstraße.

West-Apotheke, Plag-
Zschöch. Str. 52, Ecke Meseburgerstr.

Bäckereien, Konditoreien

Otto Anders, Hildegardestr. 29.

Rich. Auerwald, Meseburgerstr. 45.

Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 37.

Fdr. Böhme, Tho., Roitzschl. St. 20.

Anton Böttner, Kochstr. 15.

A. Clever, Zweinsundorfer 64.

Dampfbäckerei Otto Pausa-Wachau.

Karl Fischer, Meseburgerstr. 79.

Karl Gläser, Albertinenstr. 92.

A. Göbel, Obere Münsterstr. 9.

Otto Hartel, Kitzsch., Dicksaust. 101.

W. Kästle, Böhl.-Ehrb., Südstr. 34.

Rich. Kloos, Elisabethstr. 11.

Osk. Kost, L. Riebeckstr. 10.

Otto Krause, Eu., Thoresestr. 55.

Aug. Kruckinsky, Bernhardstr. 20.

H. Lischke, Döhlitz, Giebnerstr. 1.

Paul Neger, Mariannenstr. 46.

O. Pilling, Meseburgerstr. 50.

R. Preller, Eu., Hamburgerstr. 37.

Bob. Reiter, Körnerstr. 2.

Fritz Röger, St. Eichstädtstr. 25.

Arwed Rohrbach, Go., 1. Mitt. 44.

Max Schramm, Go., St. Privatstr. 10.

Arthur Schwendler, Körnerstr. 13.

Emil Thomas, Ang. Wörthstr. 8.

Herm. Vetter, Hildegardestr. 27.

K. Wiesenbüttler, Möhl., Kneiphof 93.

Leipziger Westend-
Fabrik Mehl, Brüderstr. 50.

Paul Schmidt, Leipziger-Lindenau

garantiert reines

Roggengroß. Voligericht.

Nudeln u. Mohngebäck, Spezialität.

Paul Gartner, Täubchenweg 60.

Max Rahrig, Rdn., Gemeindestr. 3.

Paul Richter, Pl., Meseburgerstr. 14.

Gust. Salomon, Eutritzsche,
Döhlitzscher Str. 60.

liefer. garantiert reines Roggen-

brot m. Vollgewicht. Tel. 8806.

Otto Schellenberg, L. Hähnelstr. 24.

Carl Schunk, Wurzner Str. 7.

Schülert, Fritz, Blümnerstr. 12.

Alwin Sela, Aurelianstr. 30.

A. Schwendler, Barneck. Str. 18.

E. Volkmar, Lind., Gundorferstr. 39.

Ernst Zängler, Breitestr. 10.

Rich. von der Weiß, L. E. Friedr. 19.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

Arnold, vorm. Fuchs, Bogislawstr. 23.

Betschneider, Co., Friedhofstr. 3.

Adolf Koch, Mühlstrasse 6.

August Meckel, Wurznerstr. 41.

Mathäikirchhof 28.

L. Odermannstr. 10.

V. Konradstr. 41.

Pfeff., Zschöchersche Str. 14.

Geb. Reiche, Zschöchersche Str. 14.

Ritter, Ltr. St. 48, König. St. 36

Telefon 798

G. Kläbe, E. Promenad. u. Elsterstr.

M. Köhler, L. Gundorfer Str. 23.

K. Köhler, L. Gundorfer Str. 28.

E. Kreuzheimer, Zweinsundorfer 1.

Karl Krömer, Auf. Hallischost. 57.

R. Kupfer, E. Schmiedeh.-Chr. Weißest.

A. Lange, Riebeckstr. 28.

Arthur Liebig, Hna., Bahnhofstr. 4a.

Joh. Mehlihorn, Zeitzerstr. 17.

Erscheint 3 mal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeitsmarkt bei
Hinkfuß zur Beschaf-
fung empfohlen

H. Oldaz, Südstr. 2.
A. Petsold, L. Birkenstr. 12.
W. Schmidt, Co., Pegauerstr. 18.
J.C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1790.
Rob. Zenzner, Dresdnerstr. 47.

Bildereinrahmungen

Friedr. Fränkel, Elisabethstr. 8.
Gust. Költing, Tauchaerstr. 12.
Bruno Meyer, Dresdnerstr. 36.
Gebr. Schlebel, Querstr. 19.
**Emil Theile, Eisenbahn-
str. 62.**

Blumen u. Kränze

A. Burckhardt, am. 1. Dom. u. Markth. 1.
Carl Frese, Eisenbahnstr. 24.

Böttcherwaren

A. Fröhlich, Göhlis, Elisabethstr. 14.
Gebr. Höglund, Zschöcherschestr. 17.
M. Otto, Krounstr. E. Blumengasse.
Oskar Fäßler, Eisenstr. 23.

Brauereien, Bierhandl.

F. A. Ueifach, Brauerei, Gohlis, Eisenbahnstr. 24.
Brauerei C. W. Naumann, Leipzig, Tel. 2803.

F. A. Ueifach

Brauerei C. W. Naumann, Leipzig, Tel. 2803.

Herrnstr. 29.

Georg Nüther, Volkmarisdorf

Kirchstr. 88.

Fahrer, Moyer, Täubchenweg 81.

Franz Michaelis, Albertstr. 4.

Curt Mühlendorf, Zweinaundstr. 25.

Br. Müller, Stöltz, Friedr. Jeat.-Str. 44.

Otto Müller, Torgauerstr. 20.

Friedr. Nach, Bayreicherstr. 63. 15120.

Georg Nüther, Volkmarisdorf

Kirchstr. 88.

Fahrer, Nüther, Volkmarisdorf

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

E. Seufz, Stö., Christ.-Weise-St. 34.
Theodor Schulze, Eisenstraße 34.
Max Schulz, Sib., Wurznerstr. 138.
Marg. Vetterlein, Mü., Hallstr. 240.
Emil Weißlogl Jnr., f. Gütestr. 9.
Martha Wohlraub, L., Albertinestr. 72.
Lina Wolf, Vo., Comeniusstr. 36.
Elsa Zlesche, Lößnig, Bornstr. 7.

Lederhandlungen

R. Assmuss, Ren., Rathausstr. 1.
A. Funk, L., Gundorferstr. 11.
Aug. Funk, Vo., Hildegardstr. 40.
Th. Müller, Gohl., Elsbethstr. 24.
L. Kellitz, L., Odermannstr. 13.
M. Bauermann, Mü., Mühlbachstr. 44.
Heinz. Rehse, L., Kleinzschocher.

Manufakturwaren

P. Dietzel, Probst, Grimm.-St. 330.
Paul Götz & Co., Lind., Comeniusstr. 1.
Emma Günther, Eisenstraße 71.
S. Hodes, markt 3.
P. Mothes, Go., Hallstr. 135.
Müller, R., Mühlbachstr. 31. Welt. v. Müller.
A. Neuber, Bogislawstr. 11.
Mario Früter, Papp., Freytagstr. 30.
Max Schmidt, Mü., Halleschestr. 221.
Geschw. Trommer, L., Kanzerstr. 1.
Herm. Wagner, L., Gutsmuthstr. 83.
M. Werner, Lützenstr. 39.

Möbelmagazine

Otto Bornschain, St., Christ.-Weisestr. 2.
Börner's Möbelhalle, Mü., Mühlstr. 136.
C. Breitschädel, vis-à-vis Kryatalp.
G. Bräutigam, Schlechterstr. 2.
O. Demme, Lützenstr. 11, Endlinestr. 23.
Wilhelm Ferrer, Eisenbahnstr. 115.
Herm. Fontius, Go., Hallstr. 106.
C.F. Gabriel, E. Reichstr. u. Goldstr.
C. Gundelfinger, Mü., Friedrichstr. 14.
A. Haupt, Ren., Oststr. 201. Etg.
Otto Hermann, Zeitzerstr. 20.
Herm. Hermsdorf, Jahnsstr. 19b.
J. Hörlisch, Siedlungstr. 24.
P. Jurisch, R., Gabelsbergerstr. 16.
Leipziger Möbel-Hallen
Ges. für Fach, Tuchenhain 32 (Schnellg.).
Möbelrap.sowie allein Fach schließt.
Arbeit billig! A. Busch, Niedergasse 10.
K. Oberndigler, Gerberstr. 5, i. u. 2. Etg.
A. Panster, Papp., Dippelstr. 17. Pfeifer.
E. Panter, PL. Mersch. Str. 18.
L. Plewo, L., Gutsmuthstr. 35.
Plagwitzer Möbelhaus
F. Hartmann, L., Siedlungstr. 106.
Gust. Röhl, L., Albertinestr. 68.
Albert Sämlisch, Eisenbahnstr. 121.
Roudn. Möbelhaus, neu u. gebraucht.
Herm. Molzer, Lützenstr. 4, 100% Schnellg.
R. Schramm, Siedlungstr. 5b.
Schüdel, L., Aurolienstr. 46, neu. pr.
Molkereien

Kurst Beyrich, Siedlungstr. 9.
Emilienstr. 4.
Bosatz, 4., Go., Gohliserstr. 63.
O. Büschel, Lange Straße 17/19.
Jos. Fritsch, Wagnstr. 22.
Edu. Häning, Eisenbahnstr. 115.
H. Hecht, Schenkendorfstr. 27.
Wib., Herber, Etr., Delitzs. 118.
C. Hofmann, Bayreuther Str. 57.
Tel. 6297.
K. Hoffmann, Weißenseestrasse 42.
G. Hund, Brandvorwerkstr. 40.
G. Lehmann, Eck.Roßstr.u. Herleifst.
Leipziger Sahnehäusl., Mühlstr. 10. Tel. 10173.
Leipziger Yoghurtmilch-Centr.
Tel. 14158. G. m. b. H. Scharnhorststr. 41.
Kurt Metzner, Hardenbergstr. 7.

Milchwirtschaft
A. Christel, Moltkestr. 38.
Melkz. fr. 6. ab. 1/6. 1. Etg. II. Sort. 24 Pf.
Richard Mühlner, Südstr. 14.
H. Papsdorf, Südstr. 57.
Hermann Poppl, Calvinstr. 13.
Bob. Schenck, Schkeuditzerstr. 40.
C. G. Teichmann, str. 42.
Thiel, H., Albertstr. 15.

R. Voigt, Eisenbahnstr. 90.
Nord. St. 16.
Edlichstr. 2, Ecke Wurznerstr.
Schönfeld, Leipzigerstr. 127.

J. Weidlich, Kochstr. 30.
Otto Weyland, L., Dürrnbergstr. 18.
Paul Weidner, Südstr. 7.
Emilie Wilhelm, Etr., Magdalstr. 1.

Markthalle Ost
Markt- u. Kaufhalle Ost
Passage Eisenbahnstr. 74, Konradstr. 23-24.

Otto Landmann, Fleisch- u. Wurstw.
Bernh. Zimmer, Fleisch- u. Wurstw.

Musik-Instrumente

Koalick, Berlin-Str. 11, Sproch-A. u. Rep.
O. Pletschmann, Schkeuditzerstr. 17.
O. Poller & Co., Auch Reparaturen.
E. B. Raunser, Petersteinweg 71.
P. Schelle, L., Moritzburger Str. 41.
A. Zulegar, Königplatz 6.

Billigste Bezugsquelle
für humorist. Kopfbedeckungen
Karnevals- und Scherzartikel
Girlanden + Polonäsenstäbe + Larven
Verlosungsspielarten, Kegelpreise.
Studentenmützen p. Gr. 2.60, Käpsel p. Gr. 1.50.
Reichhaltige Kataloge gratis u. franko.
Alfred Jahn, Versandgeschäft
L.-Schleusing, Goserstrasse 7a. Fernsprecher 17560.

0 stergetshenke, Zuckerdüten z. Schuleinführung
Osterhasen, Osterfeier, Schokoladen- u. Zucker-
waren, Kakao, Kaffee v. Richter, Tee, Marzipane,
Waffeln, Bonbons usw. empfohlen in grosser Auswahl
Geschw. Lützsch, Leutzsch, Hauptstrasse 91.

Obst, Grünwaren

Clara Arnold, Nikolaiestr. 18.
G. Berger, Kuhturmstr. 19.
Marie Biedermann, Pl. Zochoch. St. 57.
A. Bley, Dufourstr. 33.
Gust. Bräde, Zeitzer Str. 37b.
B. Dauthé, Stö., Leipzigerstr. 42.
Karl Dehne, Siemeringstr. 1.
Louis Dietel, Wurznerstr. 26.
R. Dittmar, Ang., Unterstr. 16.
Eitzel, Werner-Dietelsgut, 1. Obsth.
Moritz Flane, Bergstr. 41.
Max Freuzel, Zweinaudorferstr. 9.
Herrn. Gaußnitz, Wurznerstr. 33.
Oskar Hoye, Cöthenestr. 27.
Max Küng, Hedwig-E. Marienstr.
M. Leuschner (ab. Niedl.), 21. Wilhel.
Paul Nessig, Werner-Dietelsgut.
Franz Opitz, Eisenbahnstr. 128.
O. Paul, Käthe, 1. Obsth.
J. Pietzschka, Tauchaerstr. 26.
R. Hätsch, Go., Aus. Hallischestr. 95.
Rob. Reichert, Papp., Friedl.-Käppelstr. 11.
Edouard Schrock, Kochstr. 14.
Alfred Steiger, Torgauerstr. 38.
Gust. Thoma, Tauchaerstr. 48.
L. Weigel, Kreuzstr. 29.
Minna Wlenand, Schi., Könn.-Str. 40.
R. Zeller, Gohl., Regenstr. 2.
H. Ziller, Co., Bornaischestr. 70.
Otto Zschonker, Aus. Hallstr. 155.

Optiker

Curt Hegewald, Hohe Straße 2.
Papier- und Schreibwaren

O. C. Maak, Kontorhaus

Koblenzpapiere, Farbbänder,
Torpedo-Schreibmaschinen.

O. Burkhardt, Go., Mühlstr. 17.

H. Günther, Merseburgerstr. 88.

O. Lieberwirth, Co., Mühlstr. 11.

Straßenmann-Krause, Quistorstr. 1.

O. Körner, Körnerstr. 40.

H. Ziller, Co., Bornaischestr. 70.

Otto Zschonker, Aus. Hallstr. 155.

Photographische Ateliers

Paul Berg, L.-Anger, Frankestr. 9.

Theodor Heidecke, Mü., Wurznerstr. 12.

G. Thiele, Hospitalstr. 7.

Photogr. Artikel

Photo Sticht

Kurprinz-Str. 11.

Putz, Modewaren

H. Boier, Jahnstr. 10 b.

Marc. Friedrich, Tauchaer Str. 9.

K. Kaiser-Wilhelmsstr. 1.

Eisenbahnstr. 19.

Anna Heinz, L., Siedlungstr. 11.

E. Kneisel, Eu., Döllscherstr. 26.

A. Langrock-Nohf., Volk., Bergstr. 32.

Elsa Steinbach, E., Gundorferstr. 18.

Eduard Klemm, Eisenbahnstr. 36.

Chr. Konnecke, Petersteinweg 17.

Bruno Meyer, Dörsdnerstr. 36.

Otto Rauch, Wurznerstr. 77b.

E. Rast, Reitzenhainerstr. 37.

A. Schulz, Co., Bornaische Str. 32.

O. Tarlatz's Nohf., Oetzsch.

Paul Vogel, Plagwitz, Karl.-Heinestr. 77.

A. Volgt Nachl., L., Gundorferstr. 44.

A. Weiske, Reitzenhainerstr. 84.

Rich. Zaumell, G., Siedlungstr. 106.

Photographische Ateliers

Paul Berg, L.-Anger, Frankestr. 9.

Theodor Heidecke, Mü., Wurznerstr. 12.

G. Thiele, Hospitalstr. 7.

Putz, Modewaren

H. Boier, Jahnstr. 10 b.

Marc. Friedrich, Tauchaer Str. 9.

K. Kaiser-Wilhelmsstr. 1.

Eisenbahnstr. 19.

Anna Heinz, L., Siedlungstr. 11.

E. Kneisel, Eu., Döllscherstr. 26.

A. Langrock-Nohf., Volk., Bergstr. 32.

Elsa Steinbach, E., Gundorferstr. 18.

Eduard Klemm, Eisenbahnstr. 36.

Chr. Konnecke, Petersteinweg 17.

Bruno Meyer, Dörsdnerstr. 36.

Otto Rauch, Wurznerstr. 77b.

E. Rast, Reitzenhainerstr. 37.

A. Schulz, Co., Bornaische Str. 32.

O. Tarlatz's Nohf., Oetzsch.

Paul Vogel, Plagwitz, Karl.-Heinestr. 77.

A. Volgt Nachl., L., Gundorferstr. 44.

A. Weiske, Reitzenhainerstr. 84.

Rich. Zaumell, G., Siedlungstr. 106.

Schirms, Stöcke

Hahndorf, L., Kuhturnstr. 4.

M. Müller, Nsc., Eisenbahnstr. 26.

Math. Missbach, vis-à-vis Volksh.

Schleifereien

Kemper, W., Eisenbahnstr. 21.

Fellenfabrik Richter, Go., Schenke. 10.

Schnellbeschrift-Anstalten

Edward Rodeck, Idastr. 36 b.

Osw. Weinhold, Jahnstr. 7.

Schuhwaren, Schuhmacher

G. Albrecht, Nürnbergstr. 33.

E. Bechstedt, L., Rossmarktstr. 18.

M. Böschitz, L., Leipzigerstr. 55.

Friedrich Brähne, N., Kirchstr. 80.

R. Blittner, Soll., Wurzner Str. 31.

Robert Dignot, Waldstr. 30.

R. Edner, Spittelstr. 30.

Garbers, Promenadestr. 27b.

Eugen Große, L., Angerstr. 41.

Josef Holub, Schi., Jahnstr. 14.

Heinr. Kappe, Nürnbergstr. 27.

Herm. Keller, Tüb., Wurznerweg 54.

Klein Laden Schenkendorfstr. 19/1.

Musterverkauf von Schuh. Herren. u. Damengarderobe.

Jul. Kuhnert, Sch. Bachstr. 10.

August Kuhl, Auß. Halleschestr. 176.

Karl Lehninger, Eisenbahnstr. 111b.

Robert Dignot, Waldstr. 30.

R. Edner, Spittelstr. 30.

Garbers, Promenadestr. 27b.

Eugen Große, L., Angerstr. 41.

Josef Holub, Schi., Jahnstr. 14.

Heinr. Kappe, Nürnbergstr. 27.

Herm. Keller, Tüb., W

COCOSA

Feinste Pflanzen-Butter MARGARINE

Holl. Marg. Werke. Jurgens & Prinzen G.m.b.H. Goch, Rhld.

Vertretung und Lager: Eduard Brade, Leipzig, Montbéstr. 4. Telefon 2265.



Zur gefl. Beachtung!

Wirkliche Dauerwäsche muss monatlang, nicht ein bis zwei Wochen zu tragen sein. Kaufen Sie nur

Saxonia-Dauerwäsche

die nachweislich bis zu einem Jahr und länger ständig getragen werden kann.

Billigste Preise.

Verkaufsstellen: Petersstr. 31, Brühl 54 (Eingang Nikolaisir.)

Fahrräder

neu und gebraucht
stets billig, reell und gut.

Teilzahlung gestattet.

Laufdeck., Luftschi. u. L.

Reparaturen schnell u. billig.

Leipziger Gummi-Zentrale

W. Fleischer, Dresdner Str. 14.

Gardinen-

Rester, 1-5 Fenster pass., sowie Stores, Vitrinen wegen Aufgabe des Geschäfts

billig abzugeben [1776]

Schützenstr. 15, I.

Cremers Tapetenhaus

G. m. beschr. Haftung.

Günstigste Bezugsquelle für Hausbesitzer etc.

mit den riesig billigen Preisen

Reizende Tapeten	•	von 9 Pfg. an
Herrliche Goldtapeten	•	von 17 Pfg. an
Waschbare Golddrucktapete	•	von 18 Pfg. an
Linerusta-Imitation	•	von 80 Pfg. an
la. Fussbodenlackfarbe	•	Pfd. 60 Pfg.
Weiss Emaillelack	•	Pfd. 80 Pfg.
Ofenlack, geruchlos	•	Dose 25 Pfg.
Wanzentod, hilft sofort	•	Fl. 80 Pfg.
Kleistermehl, nicht durchschlagend	•	Pfd. 30 Pfg.
reicht für 12 Rollen.		

Nürnberger Strasse 27.

8 Detailgeschäfte. Eigene Tapetenfabrik. Nicht im Ring.

Telephone 15801.

Ostereier u. -Hasen, Atrappen und Geschenk-Artikel

In reichster Auswahl empfiehlt billigst

Kakao- u. Schokoladen-Haus Elsa Schulz, Elisenstrasse 1.

Bade- u. Schwimm-Anstalten

Königin Schwimmbad: Dienstag Volkstag 20.4.

Carola-Bad Frauen: Montags 5-9 Uhr abends.

Kinder täglich 1/2-8 Uhr 15 Pfg.

Dampfbad Frauen: Donnerstags 4-5 Uhr abends.

Diana-Bad Dampf-, Wannen-, Kur-

Bäder, Schwimm-Halle.

Lange Str. 8 Schwimm-Unterricht.

Dienstags Schwimmbad 20.4. f. Kind. tägl. v. 1/2-8.15.4.

Neugebauer

abab. geb. (nicht appr.) Kraft.

(fr. an Dr. W. Schwabes Politi.),

bef. u. komöd. u. Lichttheater,

Staats-, Pier., Mag., Darmb.,

Innenzenza, Luftdröhnenatarrath

Altm., Rheum., Tischlaß, Gicht

Epez., Rüttelbehandlung von

größter Zuverlässigkeit gegen

Frauenleiden, bel. Weißkunz,

20 Jahre Erfahrung, vorz. Erfolg.

Klostergasse 2/4, Fahrstahl,

im Hause, Sprach.: 10-2, 5-8, Sonnt. 10-1.

Elekt. Lichtbäder, 8-12, 2-9,

Sonnt. 9-1, Damen wochentags 10-12, 8-6.

Neuheiten : Lichte

Tapeten

nur erstklass. Fabrikate.

Große Posten ältere Bestände zu jed. annehmbarer Preise.

Stirmann & Krausche

Querstr. 1, Eckhaus

Grimm. Steinweg.

kleiner Anzeiger

Vermietungen

Zentrum.

Neumarkt 36, III., b. Gutmacher
rebl. Schlossstelle an 2 Herren.

Osten.

Laden m. Wohn. sof. zu verm.
Se erfr. Busselstrasse 3, II. r.

Leere Stube mit ob. ohne Ra.
I. 1. 4. zu verm. Zu erfragen
Weissenburgstraße 19, pt. r.

Westen.

Pl. Henrichstr. 11, II., gr. 2ff.
leere Stube, z. 1. 4. zu verm. Zu
erfr. Albertinerstr. 90, p. r.

Ruh. Logis v. pl. z. 2. 1. 7. gef.
Rz. Bahnhofstr. 6, Pad., zuerf.

Verhänse

Ein neues Haus

für 2 ob. 3 Familien passend,
entw.: 5 Stub., 3 Ra., 2 Küch.,
2 Keller, Wasch., 2 Abortzts.
u. Garten. Pr. 9000. Ab klein.
Anzahl zu verkaufen. [1856]
Ernst Schubert in Dürrenberg.

Möbel

kompl. Einrichtungen
liefer zu billigen Preisen
auch gegen Teilzahlung

Humboldtstr. 18
Telephon 5370. *

Möbel neu u. gebraucht.

ganze Ausstatt. *
Vorleihalle Bezugsquelle f. Brühl. u. fan.
Alles in sol. Ausführ. zu bill. Preisen.

Paschy, Gerberstr. 29.

Möbel perf. präz.
Grimm. Stimm. 10.1. Tel. 16542

Möbel

in groß. Auswahl, als Ruh.,
Schränke 28.4, Bettlos 30.4,
Siegels 8.50.4, Bettst. m. Pl.
28.4, Kommoden 21.4, Stühle
8.4, Plüschtosa 45.4. Liefer

Lendl, Lind., Aurelienstr. 4.

Möbel neu u. gebraucht.*
Lütz. Str. 22, I.r.

Gebr. Rückenschrank, Bettst.
in Matr. Aurelienstr. 4, pt. I.*

Dauerh. Bettstellen mit guten
Sprungf., Matratzen (beste Arbeit) 25.4.
G. Böhl, Tap., vis-a-vis Pant.
Dresdner Str. 23, S. Geb. I.

Matr., Matr., W.-Uhr. Neuditz. Str. 19, II.

Achtung, Genossen! Neue u.
gebr. Möbel, q. Ausstattung,
v. f. bill. Pl., Ronnenk. 388.4

Wohn-, Klar., Kontormöb., best.

u. einf., a. eins. Hörd. Nr. 52, II. r. *

Pl.-Sofa, Bettst. m. Matr.,

St. u. Liegewag. verl. bill.

Lindenau, Söhnenstr. 10, I. I.

Bettst. m. Matr. 12. Söhl. 6.

Rom. 10, Sofa 28, Klößch. 20.4

sof. b. g. verl. Wöhner Str. 45.4.

Gebr. Plüschtosa z. verkaufen.

Marktstr. 3, I. r., nur vormitt.

2 hochm. Bettst. m. M.,

rotes Plüschtosa sof. b. g. verl.

Wilhelm Dietrich, Markt 11.

Verlesene Speisekartoffeln

Str. 4.10 Wf. Ostmarkthalle,

Eisenbahnstrasse 74.

Musikwerke und

Sprechmaschinen

25.422*) zu verkaufen.

Wilhelm Dietrich, Markt 11.

Strickmaschinen

und alles Zubehör [*

Maschin.- u. Strickgarne

billig zu verkaufen.

• Teilzahlung gestattet. •

Klisch., Maschinenstrickerie

Eko Glessner- und Bahnhofstr.

Fahrräder extra

billig!

gebrauchte von 14.- M an

neue von 48.- M an

bis zu den allerfeinsten

auf bequeme Teilzahlung

Luftschläuche von 1.70 M an

Luftbeden von 1.75 M an

alles Zubehör spottbillig.

Böhler Blösch. Str. 59.

Dresden, Str. 29.

Gebt Federbettten

neu, 14 M. billig. *

Elisabeth Heide, Dorotheenstr. 2.

Bettfedern-

Reinig. und

Verk. bill.

G. Junke, R. Niedersch. 7a.*

Konfirmanden - Jackette

Bräutikloider,

Ball- u. Strassenkloider,

neu, u. wenig getrag., spottbill.

Neue Röcke, Mäntel, Schu.

Luchjedet, Leib. u. woll. Blus.

Röde all. Art. z. halben Preisen

Damen-Mon.-Garderothe,

Wächterstr. 24. II. fein Laden. *

Achtung! Einige Hrn. - Ans. b.

zu v. Reichstr. 26, III. R. *

Neues Kleid, 7-8 J., z. verl.

Vi., Obermannstr. 11, III. r.

Gardinen